

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 14 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1984

Mittwoch, den 14. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1984.

Die Arbeiterverhältnisse auf den staatlichen Bergwerken.

Der Unfall auf der Zeche „Vorussia“, der in den letzten Tagen im deutschen Reichstag wie im preussischen Abgeordnetenhause einer Besprechung unterzogen worden ist, bietet Veranlassung, sich mit den Arbeiterverhältnissen auf den staatlichen Bergwerken zu befassen. Wir halten uns dabei an das dem Landtage zugegangene amtliche Material: die Nachrichten von dem Betriebe der unter der preussischen Verwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1904 und die Denkschrift über die Wohlfahrts-Einrichtungen für die Bergarbeiter.

Das Berichtsjahr war für die Bergwerksindustrie ein glänzendes: die Nachfrage nach Kohlen und Koks war infolge der guten Lage der Industrie eine lebhaftere. Die staatlichen Steinkohlenbergwerke an der Saar erhöhten ihre Förderung um rund 3 Proz., die ober-schlesischen Steinkohlenbergwerke um etwa 5 Proz., obwohl sie den durch die Arbeiterausstände an der Ruhr und in Rußland bedingten zeitweiligen größeren Abfall von ober-schlesischer Kohle nicht voll ausnutzen konnten. Bei dem Steinkohlenbergwerk am Deister übertraf der Abfall den des Vorjahres um 5,78 Proz., die Steinkohlenbergwerke bei Oberniskirchen hatten gleichfalls einen erheblich größeren Ueberschuß zu verzeichnen wie im Vorjahre. Auch das Steinkohlenbergwerk Jbbendüren arbeitete mit erfreulichem Erfolg, während das Gesamtergebnis der im Oberbergamtsbezirk Dortmund betriebenen Staatsbergwerke kein günstiges war.

Zur ganzen standen im Jahre 1904 für Rechnung des Staates 38 Bergwerke, 12 Hütten und 64 Salinen in Betrieb, der Gesamtwerth der Erzeugnisse bezifferte sich auf 224 Millionen, 9 1/2 Millionen oder 4,43 Proz. mehr als im Jahre vorher. Die Belegschaft betrug aus 82 548 Köpfen, 2451 oder 3,06 Proz. mehr als im Jahre 1903. Der rechnungsmäßige Ueberschuß in Höhe von 27 1/2 Millionen übertraf den des Vorjahres um etwa 3 1/2 Millionen und den Voranschlag um 2 1/2 Millionen.

Wie hoch die Ueberschüsse in den letzten zehn Jahren waren, und wie stark die Belegschaft, ergibt sich aus folgender Tabelle:

Jahr	Ueberschuß	Belegschaft
1895:	19 440 106 M.	88 942 Mann
1896:	23 084 868	62 106
1897:	26 079 589	64 217
1898:	30 058 468	66 796
1899:	37 261 782	69 863
1900:	47 056 850	73 727
1901:	41 273 138	74 875
1902:	33 970 279	77 064
1903:	24 272 541	80 097
1904:	27 659 200	82 548

Wodurch diese Schwankungen in den Ueberschüssen der einzelnen Jahre hervorgerufen sind, darüber gibt die amtliche Denkschrift keine Auskunft. Insbesondere ist nicht zu ersehen, wie hohe Abschreibungen in den einzelnen Jahren vorgenommen sind oder welche Summen für neue Anlagen und Betriebsverbesserungen veranschlagt wurden — Maßnahmen, die naturgemäß die Höhe des Ueberschusses erheblich beeinflussen.

Was die Löhne der Bergarbeiter betrifft, so hat der frühere Minister Müller einmal im Abgeordnetenhause erklärt, die Regierung sei bestrebt, die Löhne möglichst gleichmäßig zu halten. Herr Müller ist der Ansicht, daß es für die Arbeiter in Ungünstigkeit sei, wenn sie mit der günstiger werdenden Konjunktur höhere Einnahmen erzielen, da sie sich dadurch an eine bessere Lebenshaltung gewöhnen, und dann, wenn mit der wirtschaftlichen Krise ihre Einnahmen abnehmen, doppelt schwer empfinden. Diese eigenartige Lohnpolitik ist um so seltsamer, als die amtlichen Zahlen beweisen, daß der Verdienst der Bergarbeiter recht erheblich den Schwankungen ausgesetzt ist. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund z. B. stieg von 1887 auf 1891 der Jahresarbeitsverdienst im Durchschnitt von 796 auf 1086 M., er sank dann wieder auf 908 M. im Jahre 1895, stieg dann allmählich bis auf 1332 M. im Jahre 1899, um im Jahre 1901 auf 1131 M. zu sinken und dann allmählich bis auf 1208 M. im Jahre 1903 zu steigen. Dies Steigen und Fallen der Löhne steht in direktem Widerspruch zu der Müllerschen Lohnpolitik.

Ueber die Unfälle im Bergbau gibt leider die offizielle Denkschrift nur sehr mangelhaften Aufschluß. Sie begnügt sich mit der Konstatierung der Tatsache, daß die Zahl der tödlichen Verunglückungen gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Es kamen durch Betriebsunfälle 112 Personen oder 1,330 auf tausend Mann der durchschnittlichen Belegschaft zu Tode gegen 128 Personen oder 1,566 pro Tausend im Jahre vorher. Aber darüber, wieviel Personen durch Unfälle mehr oder minder schwer verletzt wurden, über die Ursache der Unfälle usw. werden wir nicht belehrt. Ob es sich hier um eine absichtliche Unterlassung der Verwaltung handelt, bleibe dahingestellt. Immerhin gibt schon die Zahl der durch Betriebsunfälle ums Leben gekommenen Personen von neuem Veranlassung, energisch die Aufstellung von Grubenkontrolloren zu fordern. Die Unfallsziffer im preussischen Bergbau, der ja den größten Teil des deutschen Bergbaues ausmacht, ist eine verhältnismäßig hohe; die Verwaltung hätte daher allen Grund, jede Maßnahme, von der

sich eine Verminderung der Betriebsunfälle erwarten läßt, in ihrem eigenen Interesse zu unterstützen. Aber leider ist die Furcht, es könnte vielleicht einmal ein Grubenkontrollleur sozialdemokratische Anschauungen haben, so groß, daß die Verwaltung eine so selbstverständliche Forderung unerfüllt läßt. Die Debatte über den „Vorussia“-Unfall im Landtage hat jeden Zweifel daran beseitigt, daß die Verwaltung sich in einer rein wirtschaftlichen Frage von politischen Erwägungen leiten läßt.

Genau wie die Eisenbahnverwaltung glaubt auch die Bergverwaltung durch allerhand Wohlfahrts-Einrichtungen sich einen gefügigen Stamm von Arbeitern sichern zu können. Sie hat dabei über den Begriff Wohlfahrts-Einrichtungen ihre eigenen Anschauungen, die sie in einer besonderen Denkschrift niederzulegen sich bemüht hat. Nach allgemeinem Sprachgebrauch liegt es im Wesen einer Arbeiterwohlfahrts-Einrichtung, daß die Förderung des Wohles der Arbeiter Selbstzweck der Veranstaltung ist. Nach dieser Definition gibt es auf den Staatsbergwerken eigentliche Wohlfahrts-Einrichtungen überhaupt nicht, denn bei keiner einzigen Veranstaltung der Regierung ist die Förderung des Wohles der Arbeiter Selbstzweck, sondern stets und ständig fördert die Regierung dadurch zugleich ihre eigenen Interessen, die sie als Arbeitgeberin hat. Es sei nur erinnert an das von der staatlichen Bergverwaltung in Saarbrücken geübte Verfahren der Darlehn- und Prämien-gewährung, wodurch es gelungen ist, 6870 Arbeiter oder rund 15 Prozent der Belegschaften nicht nur mit angemessenen Wohnungen zu versorgen, sondern zu Hausbesitzern zu machen. Die Regierung weiß sehr wohl, daß sie mit diesen Darlehen und Prämien in erster Linie ihre eigenen Geschäfte befördert, sie rechnet damit, daß Arbeiter, die im Besitze eines Hauses sind, sich von einer Streikbewegung fern halten, weil ihr Besitz sie an die Scholle fesselt. Als streikende Bergarbeiter finden sie in ihrer Heimat in einem anderen Beruf kaum Arbeit, und am Verlassen hindert sie eben dieser Besitz. Mit dem Augenblick, wo ein Arbeiter sich an einem Streik beteiligt, muß er gewöhnlich auch seine Wohnung räumen. Wir erinnern nur an den großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1890. Es ist bekannt, daß die Regierung damals die streikenden Bergarbeiter mitten im Winter aufs Pflaster warf, um sie durch ihre Obdachlosigkeit zur Rückkehr zur Arbeit zu zwingen.

Alzuviel ist es übrigens nicht, was die Regierung sich die Wohlfahrts-Einrichtungen kosten läßt. Abgesehen von den Anlagekosten bzw. den einmaligen Ausgaben, die sich im ganzen auf 16 1/2 Millionen belaufen, gibt die Regierung nur etwa 600 000 M. jährlich dafür aus. Eine weit größere Summe spart sie an Löhnen, sie macht also mit ihren Wohlfahrts-Einrichtungen ein recht gutes Geschäft.

Die Arbeiter, die sich zur Erkenntnis ihrer Massenlage durchgerungen haben, verzichten auf solche Wohlfahrts-Einrichtungen, durch die sie in gewissem Sinne immer zu Sklaven ihrer Arbeitgeber werden. Weil mehr liegt ihnen daran, daß sie unabhängig bleiben und daß ihre Bewegungsfreiheit in keiner Weise gehemmt wird. Die Arbeiter werden aber niemals von ihren Rechten den ihnen gut dünkenden Gebrauch machen können, so lange sie sich durch Wohlfahrts-Schwindeln von der Verwaltung betören lassen.

Es wäre Pflicht der preussischen Volksvertretung einmal energisch diesem Wohlfahrts-Schwindel entgegenzutreten. Gelegenheit dazu bietet sich bei der bevorstehenden Beratung des Vergetats. Leider haben wir auf Grund unserer bisherigen Erfahrung wenig Hoffnung, daß im Dreiklassenparlament auch nur eine einzige Stimme sich für die Bergarbeiter erhebt. Ein Parlament, von dem durch ein plutokratisches Wahlsystem die Arbeitervertreter ferngehalten werden, hat für die Arbeiter, mögen sie nun im Dienste des Staates oder im Dienste eines privaten Arbeitgebers fronden, nichts übrig. Einem solchen Parlament ist es gleichgültig, ob die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben ausgestaltet werden oder nicht, ihm geht das Interesse der Unternehmer über alles, das der Arbeiter gilt ihm nicht.

Die Revolution in Rußland.

Der Absolutismus vor der Abdankung.

Der Absolutismus verliert, der kommenden Volksvertretung — gleichviel welche Form sie auch annehmen möge — möglichst viel gleichgerichtete Arbeit vorwegzunehmen. Die russische Regierung entwickelt eine bemerkenswerte Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, dem Lande noch vor der Einberufung der Reichsduma diejenigen Befehle und Bestimmungen zu geben, die von den ersten Volksvertretern in Rußland nach Meinung der jetzigen russischen Staatsoberkeit nicht zweckentsprechend ausgearbeitet werden könnten. Nach dieser Richtung werden jetzt in Jaroslawe Selo fast täglich kleinere oder größere Konferenzen abgehalten, wonach das betreffende Gesetzesprojekt dem Ministerrat, dem „besonderen Rat“ oder dem Reichsrat zur weiteren Bearbeitung überwiesen wird. So soll sich der russische Ministerrat noch im Laufe dieser Woche mit einem neuen Projekt zum Schutze der russischen Staatsordnung beschäftigen, das vom russischen Ministerium des Innern ausgearbeitet worden ist und Ausnahmeverordnungen zum Schutze der Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit in Rußland vorsieht. Zwar haben sich die Schöpfer des neuen Projektes bemüht, demselben die Bestimmungen des Jaroslaweskes vom 30. Oktober zugrunde zu legen; im großen und ganzen aber wird den russischen Administratoren noch wie

vor die weitgehendste und ziemlich unbeschränkte Vollmacht in bezug auf die Verhängung von Ausnahmeverordnungen gewährt, wenigstens die meisten der jetzt in Rußland geltenden Vorschriften, betreffend den verstärkten Schutz und Ausnahmeverordnungen aufgehoben werden. Das neue Projekt besteht aus 17 Paragraphen.

Die russische Finanzklemme.

Die Regierung sieht sich genötigt, eine vierte innere Anleihe aufzunehmen. Nachdem alle Versuche für eine größere Anleihe im Auslande gescheitert sind, hat sich das russische Finanzministerium mit dem Gedanken vertraut gemacht, in Rußland selbst Geld zu beschaffen und sich bereit erklärt, hierbei größere Zugeständnisse an die russische Bevölkerung zu gewähren. Doch werden der letzteren nicht etwa größere politische Freiheiten, sondern zunächst finanzielle Vorteile zugestanden. So soll die geplante innere fünfprozentige Anleihe im Betrage von 200 Millionen Rubel mit alljährlich zweimal stattfindenden Ziehungen verbunden sein, wobei jedesmal Gewinne im Gesamtbetrage von mindestens 600 000 Rubel ausbezahlt werden. Man beabsichtigt, die neue Anleihe erst in 50 Jahren zu tilgen, andererseits aber die einzelnen Stücke zu 50 Rubel auszugeben und den Kurs ziemlich niedrig zu nominieren. Die früheren inneren Anleihen sind bekanntlich noch nicht einmal gedeckt.

Sorgen.

Der nach Petersburg bezogene schwedische Botschafter Baron Meyendorff wurde vom Zaren in besonderer Audienz empfangen. Verfragt über die Lage in den Ostseeprovinzen äußerte sich Baron Meyendorff dahin, daß die Situation im höchsten Grade ernst ist. Längeres Verweilen der Truppen in den Ostseeprovinzen ist absolut notwendig. Wie sich die Lage in den Ostseeprovinzen demnächst gestalten wird, ist momentan sehr schwer zu sagen.

Neue Knebel.

Petersburg, 13. Februar. Der Ministerrat einigte sich in seiner gestrigen Sitzung über die Strafbarkeit der bewussten Verbreitung falscher Gerüchte über die Regierung, Amtspersonen und die Truppen durch die Presse; das Strafmaß wurde auf zwei bis acht Monate Gefängnis oder Geldstrafe bis 3000 Rubel festgesetzt. Falls die falschen Gerüchte zu Aufruhr oder Widersehlichkeit oder Störung der Ordnung der Truppenteile geführt haben, beträgt die Strafe 16 Monate Gefängnis. Zusätzlich für die Aburteilung sind die Friedensrichter bzw. die Kreismitglied der Bezirksgerichte.

Der „weiße Schrecken“.

Warschau, 13. Februar. In hiesigen Gefängnissen sind gegenwärtig 1450 politische Verbrecher in geheimer Haft interniert.

Die „Sirius“-Expedition.

Herr Cornelissen sendet uns zu unserer Mitteilung über die Abenteuer des Walfischschiffes „Sirius“ eine Nichtigstellung, in der es heißt, daß die Publikation eines Artikels wie der seinige im „Volksdagsblad“, nur möglich war mit Mitwissen und auf Ansuchen der betreffenden georgischen Genossen. Alle, die in der Organisation der Sirius-Expedition direkt mitarbeiteten und diese Expedition leiteten, haben einstimmig die Publikation der Tatsachen beschlossen. Es würde schon gleich nach dem Auslande der Walfisch aus Rußland der Walfisch gehöhrt, zu dieser Publikation überzugehen, praktischer Motive wegen, trotzdem aber drei Wochen gewartet, bis das Schiff wieder nach Amsterdam zurück war.

Die Motive zur Publikation waren:
 1. Durch diese Bekanntmachung wird der Beweis geliefert, daß das georgische Volk, es möge auch in den Bergen des Kaukasus abgelegen wohnen, doch nicht ganz so isoliert ist, wie wohl die russische Regierung meint, und daß dort eine sozialistische Organisation besteht, die sich rührt.

2. Aus verschiedenen Momenten während der Fahrt ist bewiesen, daß die Revolutionäre besser die Pläne der Regierung kannten (man denke nur am Aufzuge der Flotte im Schwarzen Meer) wie umgekehrt.

3. Die Regierung in ihrer Verdoorntheit und Ohnmacht darzustellen, wird bei der herrschenden Reaktion gerade in diesem Augenblicke in Rußland nützlich sein.

4. Es istien uns besser, die Tatsache der Reise selbst der Wahrheit entsprechend zu publizieren, als zu warten, bis die russische Regierungsbeamten unwahre oder nur teilweise wahre Berichte verbreiten, die nur Unklarheit verursachen würden — besonders in einem so großen Lande, wo noch viel zu wünschen übrig bleibt, was Organisation und Zusammenhalten anbelangt.

Als Beispiel für dies letztere gebe ich eine Episode aus der Sirius-Expedition, die wirklich interessant ist.

Die Karlen, worin Gewehre und Munition vom „Sirius“ an Land gebracht wurden, setzten Kurs nach verschiedenen Orten, wo sie von der Bevölkerung erwartet wurden. Eine Karle, welche ein schlechtes Segel hatte, wurde in der Tat mit großer Aufseherung und Mut vonseiten der Besatzung, durch den „Sirius“ bei Nacht bis in den Hafen von Poti geschleppt. Dies ist das einzige Fahrzeug, wovon wir Nachricht empfangen über ein Treffen mit den Truppen beim Auslande.

Aber wie? Ein Reuter-Telegramm vom 27. November meldete, daß in der vorigen Nacht am nördlichsten Hafenhof im Hafen von Poti ein Kampf stattgefunden hatte zwischen den Truppen einerseits und der Bevölkerung andererseits beim Auslande von Waffen. Dieser Kampf hatte sechs Stunden gedauert und eine Anzahl Karlen mit Gewehren und Patronen waren schließlich in die Hände der Truppen gefallen.

Dieser Bericht ließ vermuten, daß der Inhalt dieser Karle vielleicht größtenteils verloren war. Jedoch war das Telegramm den Polizeireport entnommen und man vergesse es jetzt mit der wirklichen Sachlage. Die Karle kam am 28. November im Laufe des Abends gegen zehn Uhr, in den Hafen von Poti mit 1400 Gewehren und 200 000 Patronen an.

Die Bevölkerung, welche schon wartete, brach die ersten Karlen auf und bewaffnete 160 Mann, die mit Gewehren umzugehen wußten,

Diese dienten als Wacht, während die Bauern aus der Umgegend und die Arbeiter der Stadt weiter ausluden. Man legte diese Arbeit fast bis nach Mitternacht fort, bis ein Beamter der Hafenpolizei zufällig vorbeikam. Dieser konnte sich nicht nähern, aber ließ die Hafenpolizei benachrichtigen und danach die Truppen. Die Garnison, welche im kleinen Fort nur 200 Mann zählte, kam am Hafen zusammen. Die Arbeiter warfen Barrikaden auf und ihr Gewehrfeuer trieb den ersten Anfall zurück. Dann ist ein Kampf von Mann gegen Mann erfolgt, der von 1 Uhr bis in den Morgen dauerte, aber währenddem wurde nicht mit dem Aus-länden innegehalten. Der Polizeireport meldete, daß viele Bauern mit Gewehren und Munition ins Gebirge „entflohen“ sind. Doch diese „Flucht“ war von der Art, daß, wie in der Morgen-dämmerung die 150 Mann abzogen, die nur einige wenige Kisten zurückließen, während über 1000 Gewehre mit der zugehörigen Munition in Sicherheit waren. Auf beiden Seiten fielen Tote und Verwundete; die Revolutionäre hatten 2 Tote und 20 Verwundete.

Es ist nun nicht begreiflich, daß die russischen Freunde lieber diese Wahrheit bekannt gemacht haben wollen, wie das offizielle Telegramm, worin augenscheinlich die leeren Kisten mitgezählt sind bei den eroberten Gewehren?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar.

Die Diktatur des Kapitals.

Im Reichstage machen die Verteidiger der Diktatur des Kapitals die lebhaftesten Anstrengungen, von ihr nicht das mindeste abbrechen zu lassen. Verneinende und brutale Naturen weitern, der gegen diese grausame Diktatur ankämpfenden Sozialdemokratie jede Hoffnung auf die Erlösung der Arbeiter aus den Fesseln des Kapitalismus zu zerschlagen. Innerhalb und außerhalb des Parlaments sind die bürgerlichen Parteien einig im Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung und ihre parlamentarische Vertretung. Reicht die Diktatur des Unternehmertums nicht zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung aus, dann versucht es die bürgerliche Gesellschaft mit schärferer Anwendung der Geseze, mit drakonischen Urteilen gegen prononcierte Vertreter der Arbeiterpartei und findet dazu immer die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags.

Heute, am letzten Tage der Beratung des Etats des Reichs-amts des Innern gaben sich einige der Scharfmacher noch alle Mühe, die Rückständigkeit der sozialpolitischen Verhältnisse des Reiches zu leugnen und den Kampf gegen die Unzulänglichkeiten der amtlichen Sozialpolitik als sozialdemokratische Hetzerei hinzustellen. Der nationalliberale Abg. Sage-mann empfahl gegen die Sozialdemokratie strenge Handhabung der Geseze! Er mag wohl zu der Einsicht gelangt sein, daß der von ihm reklamehaft angepriesene Reichsverband der Scharfmacher gegen die Sozialdemokratie ohnmächtig ist; deshalb erhofft er von rigoroser Klassenjustiz die Uebertragung eines „heilvollen“ Schreckens auf die sozialdemokratischen Missetäter. Die boshaften Juristenpolitik dieses Herrn ist jedoch nichts Neues; in den Bismarckschen Zeiten hat die Sozialdemokratie dergleichen giftbeieende Experimente glänzend überwunden, und neuerliche Justiztaten der gleichen Art verschärfen höchstens den Klassenkampf. Uns kann's recht sein!

Auch dann, wenn bürgerliche Redner das Gebiet der Sozialpolitik kritisierend streifen, steht natürlich das Interesse der Arbeiter im Vordergrund. Die Abgeordneten Kulewski (Pole) und Werten (freisinnig) forderten Schutz für die Seimarbeiter, der — da die Seimarbeitsausstellung allen Menschenfreunden klar macht, daß der Staat Schuld an der Verpflanzung der Industrie in das Heim des Arbeiter trägt — eine der allernächsten gesetzgeberischen Aufgaben ist. Sonst verlör sich die Debatte in persönlichen Entgegnungen, wobei allerdings scharfe Späne fielen.

Der „Sozialpolitiker“ des Zentrums, Herr Trimborn, markierte große Entrüstung, weil man den Reichtum der Familie Trimborn als ein gewisses Hindernis für sozialpolitische Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter in Bergwerken bezeichnet hatte. Er besitze — so deklamierte er — gar keine Auzer, nur sein großer Bruder habe viel von dem Zeug, er selber jedoch habe nur Aktien, bloß Aktien ererbt. Diese Art Selbstverteidigung rief nicht nur bei den Sozialdemokraten ein überlegenendes Lächeln hervor. Wie sagte doch jüngst Graf Posadowsky? Reichtum sei selten ein Verdienst, er sei auch keine Tugend, aber eine Annehmlichkeit. Für die Wahrheit dieses Wortes zeugte die Selbstverteidigung Trimborns.

Der Abg. v. Nassow schüttelte in unzusammenhängenden Redensarten die ganze Schale seines unferlichen Hornes über Herrn v. Gerlach aus, der dem Wirrwort Nassow dann einiges in persönlichen Bemerkungen zurückgab. Dagegen ließen sich unsere Redner, die Genossen Horn, Schöpslin und Förster, durch die Angriffe der Gegner nicht ablenken, sondern schützten nach kräftiger Abwehr aller Angriffe die Mißstände in den Arbeitsverhältnissen der Glasindustrie, der Braunkohlenwerke und der Textilindustrie. Horn und Schöpslin machten besonders dem Scharfmacher Hagemann die Hölle heiß, und Förster rednete gründlich mit der Wahrheits-verbrehung des Siebenmonatigen Lehmann ab, der bei den nächsten Wahlen wohl zu seinen „väterlichen Dachsen“ versammelt werden wird. Im Parlament hat er seinen Verurf befehlt.

Und so bekam denn heute nach Schluß der Debatte der Staatssekretär Graf Posadowsky sein Gehalt bewilligt.

Morgen, am Schlußtage, wird der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag weiter verhandelt.

Vergabuliche Fragen im Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung beraten. Der neue Minister, Herr Delbrück, der zum erstenmal diesen Etat vertrat, ließ in seinen verschiedenen Reden keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er in fast allen wichtigen Fragen genau die gleiche Stellung einnimmt wie sein Amtsvorgänger Möller. Auch er ist ein Freund von Verstaatlichungen, er ist gern bereit, weitere Kohlenruben für den Staat anzukaufen, ja er ist sogar bestrebt, die übrigen Aktien der „Hibernia“ für den Staat zu erwerben, falls er sie zu annehmbaren Bedingungen erlangen kann. Wie Möller, so bringt auch Delbrück den Syndikaten, vor allem dem Kohlenyndikat, große Sympathien entgegen. Dem von konservativer Seite ausgeprochenen Verlangen nach einem Ausfuhrzoll für Kali widerlegte er sich einmal unter dem Hinweis auf die dadurch bewirkte Schädigung der Kali-Industrie und zweitens, weil ein solcher Zoll finanziell ertraglos wäre.

Auch in der Behandlung der Bergarbeiterfrage steht der neue Minister auf dem gleichen Standpunkte wie sein Vorgänger; beide fühlen sich eins mit den Unternehmern. Auf eine Minderung des nationalliberalen Grubenbarons

Silb erklärt er, daß die Untersuchungen über die Ursachen des letzten großen Bergarbeiterstreiks deshalb nicht bis zum Schluß fortgeführt werden konnten, weil die beteiligten Arbeiter ihre Mitwirkung verweigerten und die als Zeugen geladenen einfach nicht erschienen seien. Daß die Furcht vor Maßregelungen die Arbeiter veranlaßt hat, ihr Zeugnis zu verweigern, daß sie — wie der Abg. Goldschmidt (fr. Rp.) später mit Recht hervorhob — ihre Erzählung nicht aufs Spiel setzen wollten, verschwieg der Minister. Wenn er, trotzdem die Untersuchungen nicht beendet sind, dennoch zu dem Resultat kam, daß von Mißständen in dem behaupteten Umfang auch nicht annähernd die Rede sein könne, daß irgendwelche allgemeine Mißstände in den 35 untersuchten Gruben nicht aufgedeckt seien, sondern daß nur in einzelnen Gruben gewisse vorübergehende Mißstände vorlagen, die den Arbeitern zu berechtigten Klagen Anlaß geben konnten, so beweist er damit, daß er sich lediglich auf die Angaben der Unternehmer stützt. Vielleicht kommt Herr Delbrück im Laufe seiner Amtsführung dazu, sich einmal persönlich von den Zuständen auf den Gruben zu überzeugen; er wird dann bei objektiver Untersuchung sein Urteil wohl von Grund aus ändern.

Irungen — Wirrungen.

Kurz vor Beginn der Marokkokonferenz stellten wir die Situation ungefähr so dar: Man dürfe den Verhandlungen zu Algiciras mit einigem Vertrauen auf friedliche Schlichtung der Differenzen entgegenzusehen; indessen bei der Eigenart des Diplomaten-geschäftes sei es doch nicht ausgeschlossen, daß aus irgendwelchen Stimmungen heraus bei diesem oder jenem Punkte sich Gegenfälle herausstellten, die zu mehr oder minder heftigen Zusammenstößen, zu mehr oder minder betrüblichen Konsequenzen führen könnten. Also sei es Pflicht der beteiligten Völker, den Ruchhändlern von Algiciras auf die aristokratischen Fingerringe zu setzen.

Der Lauf der Dinge hat uns recht gegeben. Eintönig und schleppend zogen sich die Verhandlungen hin. Die nach Algiciras entbotenen Zeitungs-korrespondenten zerlauten hunderte von Feder-haltern, um ihren Auftraggebern wenigstens ein paar mittelwichtige Sätze pro Tag schreiben oder telegraphieren zu können. Und siehe da! urplötzlich — als man die ganze hochedle Gesellschaft schon sanft entschlofen glaubte — gab's eine Sensation: Neues! Allermeistes aus Algiciras! Zwist zwischen Frankreich und Deutschland! Vielleicht Krieg in Sicht!

Woher kam das? Wie war das möglich? Das offiziöse deutsche — Wolffsche — Depeschendebureau hat ein Telegramm herausgegeben, das diese verwirrende Irrung verschuldet. Im Augenblick ist es noch nicht gut möglich, zu durchschauen, ob hier wirklich — wie von einigen Seiten behauptet wird — ein bewußter Vorstoß diplomatischer Känkelei vorliegt oder ob bloß die Unfähigkeit dieser oder jener Instanz Schuld trägt an diesem gefährlichen Spiel mit dem Feuer. Wer allerdings weiß, daß des Deutschen Reiches Fürstkanzler oder einer seiner Beauftragten den Wolffschen Depeschen seinen Segen zu erteilen hat, ehe sie in die Lande hinausreisen dürfen, dem wird es schwer fallen, zu glauben, daß hier der Teufel seine Hand nicht im Spiele hatte.

Uebrigens ist der saule Zauber nicht einmal allzu geschickt gefingert worden; denn daß die deutsche Regierung Lust verspüren sollte, sich gerade in die marokkanischen Polizeiverhältnisse aktiv mit einzumischen, das kann man im Ernst sogar diesem Händchen Dampf in allen Gassen kaum zutrauen.

Die Hauptfrage ist jedenfalls, daß die Wollen sich augenblicklich zu verzieren scheinen und daß über Algiciras wieder der politische Himmel in Klarheit zu blauen beginnt. Wenigstens lauten die neuesten Nachrichten — nicht von Wolff: Die Schwierigkeiten seien überbrückbar; die Amerikaner geben sich „redliche“ Mühe, den Frieden zu erhalten; die Italiener hören auf, gegen Deutschland zu operieren; die Pariser Börse bleibe fest und ruhig — na, und die muß es ja eigentlich mit am besten wissen. Dazu kommt dann noch, daß die deutschen Vertreter in Algiciras, die sich in den letzten Tagen die Finger wund telegraphiert hatten, diese ihre kostspielige Tätigkeit nunmehr etwas eingeschränkt haben.

Die Maschine, die auf einem „toten Punkt“ gestanden haben soll, hat wieder Dampf, und nun kann die Arbeit von neuem beginnen. Der „Daily Telegraph“ nimmt den Algiciras'ern sogar die Mühe des Denkens ab — er gibt ihnen, wie die Sache am besten zu regeln wäre: Deutschland gibt in der Polizeifrage nach, d. h. es überläßt den Franzosen — allein oder in Gemeinschaft mit den Spaniern — das mehr als zweifelhaft Vergnügen, die Polizeiangelegenheiten von Marokko zu überwachen; dafür erhält Deutschland dann Zugeständnisse bezüglich der Staatsbank. Also: Hau' du meinen Juden nicht, hau' ich deinen Juden nicht!

Zu guter Letzt bringt dann auch Wolff ein wenig Kleinlaut folgendes Telegramm:

Algiciras, 13. Februar. Nach Beendigung der gestrigen Kommissions-sitzung wurde von französischer Seite angeregt, die Verhandlungen über die Organisation der Staatsbank heute wieder aufzunehmen, womit sich die deutschen Delegierten einverstanden erklärten.

Wie alledem nun sei — wir können unsere Auffassung nur wiederholen: Die Völker, denen der Frieden lieb ist, seien nach wie vor auf der Hut. Was gestern und heute durch glücklichen Zufall oder unter dem Einfluß von Vernunftgründen verhindert ist, das kann morgen oder übermorgen eintreten — überraschend, von niemand vorausgesehen. Trau' einer den Diplomaten, zumal denen vom Schläge eines Bernhard v. Bilow! —

Deutsches Reich.

Der neue Unterstaatssekretär des Kolonialamtes.

Entgegen allen Dementis bestätigt sich, daß Herr Professor Paasche die Stelle eines Unterstaatssekretärs im neuen Reichs-kolonialamte angeboten worden ist. Auch die „Aethiops-West.-Ztg.“, die zu den Kreisen der Kolonialfreunde und Kolonialsege gute Beziehungen hat, versichert, daß Herr Paasche zum Unterstaatssekretär ausersehen ist. Die Entscheidung liegt zur Zeit beim Kaiser; und wenn, meint das Blatt, man auch hier auf Ueberredungen immer gefaßt sein müsse, so sei es doch kaum wahrscheinlich, daß der Kaiser nicht den Vorschlag des Fürsten Bälow akzeptieren werde.

„An sich“ fährt das Blatt der Zeitschreiberin fort, „erscheint es etwas verwunderlich, daß Professor Paasche seine bisherige unabhängige und dabei doch einflußreiche Stellung zugunsten eines Unterstaatssekretärspostens aufgibt, umsonst, als man ja auch weiß, daß Paasche ein wohlhabender Mann ist, den die Bezüge eines Unterstaatssekretärs kaum locken. Und manchem möchte es wohl dünken, daß man eigentlich als Vizepräsident des Reichstages etwas mehr ist, denn als Unterstaatssekretär. Mag nun auch die Neigung zu derartiger Tätigkeit Professor Paasche zur Annahme des Angebotes veranlassen, so steht doch außer Zweifel, daß er damit seinen Ehrgeiz noch nicht als befriedigt anzusehen braucht. Man glaubt nicht, daß der Erbprinz von Hohenlohe seinen Posten sehr lange behalten wird. An sich war es ja für ihn einigermassen eine Degradation, wenn er, der eben noch Regent

eines Bundesstaates gewesen war, nun im Reichstag auf dem vierten oder fünften Sessel vom Reichskanzler weg am Bundesratsstische sitzen, sich von jedem Sozialdemokraten ansetzen lassen und auf jede Anfrage Rede und Antwort stehen muß. Und als solche Degradation wurde seine neue Stellung vielleicht im Kreise seiner Verwandten noch weit mehr empfunden, als von ihm selbst, den vielleicht das Gefühl einer fruchtbareren und verantwortlichen Tätigkeit über diese Aeußerlichkeiten hinwegsehen ließ. . . . Aus diesem Grunde hat Herr Paasche allen Anlaß zu der Vermutung, daß er nicht allzulange die verhältnismäßig untergeordnete Stellung im Kolonialamt einnehmen und dann zu dessen Leitung berufen werden wird.“

Herr Paasche wird also schließlich nach langen Bemühungen seinen Ehrgeiz befriedigt sehen; zwar besitzt er keinerlei Kenntnisse unserer prächtigen Schuggebiete, aber wenn der Herr ein Amt gibt, dem gibt er auch befanntlich Verstand. —

Reise-Stipendien.

Wie es scheint, betrachten die großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften es als eine höchst vorteilhafte Propaganda für die Welt- und Flottenpolitik, alljährlich dem Reichstage eine Anzahl Plätze auf ihren großen Vergnügungs-dampfern für eine sogenannte „Studienfahrt“ zur Verfügung zu stellen, hat doch die Erfahrung gelehrt, daß solche Fahrten ein vorzügliches Mittel sind, den daran teilnehmenden Reichstags-Abgeordneten die Erkenntnis der Notwendigkeit einer rascheren Flottenvermehrung zu erschließen. Diesmal offeriert der wohlthätige Norddeutsche Lloyd 20 Plätze für eine Studienfahrt nach Ostasien zur Verewnderung unseres „Platzes an der Sonne.“ Die Abreise erfolgt am 1. August von Genua aus, die Rückkehr dahin am 22. November oder 6. Dezember. Ein Ausflug in das Innere der Insel Ceylon ist vorgesehen, ferner ein fünf-tägiger Aufenthalt in Hongkong, ein acht-tägiger in Schanghai, eine Flußfahrt den Yangtse hinauf bis Hankau. Für Tjingtau sind vierzehn Tage gerechnet, für Japan zwei bis drei Wochen. —

Die Handelskammern und die Reichsteuervorlagen.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, wie sich die Handelskammern bei ihrer Stellungnahme zu den Reichsteuervorlagen nicht nur höchst einseitig von den speziellen Interessen des Handels und Gewerbes ihres Bezirks, sondern noch weit mehr von den persönlichen pekuniären Interessen der großen Firmeninhaber leiten lassen. Mit Ausnahme jener Handelskammern, in deren Bezirken die Tabak- und Zigarettenindustrie eine größere Rolle spielt, haben durchweg die wichtigeren Handelskammern sich für die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer ausgesprochen lediglich mit der Einschränkung, daß eine wesentliche Beeinträchtigung der Fabrikation und des Betriebes durch die Art der Steuererhebung nicht stattfinden, das heißt mit anderen Worten: der Betrieb und die Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten nicht gehindert werden dürfe. Gegen eine Mehrbelastung des Konsums haben die Handelskammern durchaus nichts einzuwenden. Ebenso wissen sich meist auch die Handelskammern mit der geplanten Fahrkartensteuer recht bequem abzufinden. Der Uebel größtes erblicken sie allesamt in den Frachturkunden- und Quittungssteuern, denn diese treffen, da sie im allgemeinen mit der Größe des Geschäfts und Umsatzes steigen, den größeren Geschäftsmann am stärksten, und schmälern damit dessen Einkommen. Nach handelskammerlichen Begriffen ist aber diese Verringerung des Profits weit bedenklicher, als die Belastung und Verteuerung des Konsums der großen Masse.

Einen neuen Beweis hierfür liefert die Leipziger Handelskammer, die folgende Resolution gefaßt hat:

„Die Handelskammer erkennt die Notwendigkeit der Einführung neuer Steuern zur Ordnung des Reichshaushalts und Stärkung der deutschen Kriegsmarine an und billigt den in der Bundesratsvorlage ausgesprochenen Grundsatz, daß alle Reichsbürger unter tunlichst gerechter Verteilung der Belastung hierzu beitragen. Sie hält in Uebereinstimmung mit der Reichsteuervorlage Bier und Tabak einschließlich Zigaretten, für geeignete Steuerobjekte. Mit Rücksicht auf den angeführten Erfolg der Steuer kann sie jedoch nur eine Art der Besteuerung empfehlen, die die Gefahr eines wesentlichen Rückganges des Bier- und Tabakverbrauchs sowie eine unbillige Schädigung aller mit der Herstellung und dem Betrieb der betroffenen Verbrauchsgegenstände besetzten Industrie- und Handelszweige herbeiführen könnte und die Abwälzung auf die Konsumenten nicht ermöglicht. Gleichzeitig muß aber für die Zukunft eine erhöhte Besteuerung des Trimbromweins ins Auge gefaßt werden. Die Kammer spricht dabei allerdings die Erwartung aus, daß nach Erledigung der jetzigen Vorlage eine weitere steuerliche Veunruhigung der vorstehenden Verbrauchsgegenständen abhängigen Geschäftszweige vermieden wird. Mit der Erbschaftsteuer und der Steuer auf Kraftfahrzeuge erklärt sich die Kammer einverstanden. Auch der Fahrkartensteuer glaubt sie zustimmen zu können, wenngleich sie sich den Bedenken, die gegen jede Verteuerung des Eisenbahnverkehrs erhoben werden müssen, nicht verschließt. Sie muß sich aber gegen die unwirtschaftliche Belastung und Hemmung unseres gesamten Verkehrslebens durch die in Aussicht genommenen Steuern auf Frachturkunden und Quittungen aussprechen, zumal diese in ihrer jetzt vorgeschlagenen Gestalt eine mit dem Grundsatz gerechter Steuer-Verteilung nicht zu vereinbarende Sonderbelastung der kleinen Industrie und einzelner Handelszweige, besonders der Detailgeschäfte, mit sich bringen.“

Der Fall Stephan. Das Gesuch der deutschen Regierung um Auslieferung des ehemaligen Polizeikommissars Stephan beruht sich auf Artikel 1, Ziffer 21 des deutsch-schweizerischen Auslieferungs-vertrages, wonach die beiden Staaten Auslieferung bei Unter-schlagung seitens öffentlicher Beamten bewilligen. — Das „Zürcher Volksrecht“ teilt mit, daß die Straßburger Staatsanwaltschaft der Anfrage der Züricher Justizdirektion nach dem Gegenstand der Anklage und dem Datum der Begehung des angeblichen Amtsdelikts aus-gewichen sei mit dem Bescheid, daß das diplomatische Aus-lieferungsgebeten bereits eingereicht wäre. Beim schweizerischen Bundesrat hat der Rechtsbeistand Stephan bereits Protest gegen die Auslieferung eingelegt, da das Delikt, das Stephan begangen haben soll, nach Züricher Gesetz bereits verjährt sei. Der Rechts-anwalt des Angeklagten vertritt außerdem auf Grund der vor-liegenden Akten mit Entschiedenheit den Standpunkt, daß über-haupt keine Unter-schlagung amtlicher Schriftstücke vorliege.

Gefährliche Flottenagitation. Die Propaganda des Flottenvereins geht selbst den Konservativen gegen den Strich. Nachdem jüngst schon die „Aethiops-Ztg.“ sich gegen die widerliche Sache gewandt hatte, spricht sich jetzt auch die „Deutsche Tageszeitung“ gegen das neueste Flugblatt des Flottenvereins aus. Sie meint: „Wir stehen nicht an, eine derartige Agitation als ungesund gefaßlich und überaus bedenklich zu bezeichnen. Ganz abgesehen davon, daß dadurch das Zustandekommen des neuen Flotten-gesetzes keinesfalls gefördert wird, sind doch derartige Ueber-reibungen dem Auslande gegenüber in keiner Weise zu rech-tfertigen oder zu entschuldigen. Sie würden geradezu als anti-national und als Verhöhnung am vaterländischen Interesse ge-brändmarkt und verurteilt werden müssen, wenn man nicht über-zeugt sein dürfte, daß sie im Auslande ebenso wenig ernst ge-nommen werden, wie von den verständigen Kreisen des In-landes.“

Poeten-Trug.

Gestern (Dienstag) abend bringt die „Vossische Zeitung“ ein Gedicht von Ernst v. Wildenbruch: „Die Valken und ihre Verfolger“. Das Poem singt die alte Vitani vom Welschenschen als Edelmann, als Herrenmenschen. Es himmelt im Bardenstil das Deutschland an, jenes Deutschland, das dem Slaventum himmelhoch überlegen sein soll usw. Einem Wildenbruch kann man solche rollende Reimerei nicht übel nehmen. Was man aber dem Dichter historisch sein sollender Dramen wohl verargen kann, das ist die Einseitigkeit der Information, auf die hin er dieses Gedicht verbrochen hat. Die baltischen Adligen sind nach seiner befangenen Darstellung unschuldige Lämmerschwänze, die nichts verbrochen, die ohne allen Grund beraubt, deren Kinder von den revolutionären Norden getötet, deren Weiber geschändet, ja — deren Gut sogar — nach Wildenbruch — erwidert wurde! Das „herrliche Volk“ der baltischen Junker aber hat keinen Frevel begangen, keinem Menschen ein Haar gekrümmt, es ist reiner von Schuld und Fehle als der unschuldigste Engel Wildenbruchscher Poetenabkunft.

Der brave Herr v. Wildenbruch hat sich letzters dagegen verwohnt, daß man ihn einen „Hohenzollernsdichter“ nenne. Wir denken — man wird ihn, wenn er so fortfährt, bald den „Romanowdichter“ nennen müssen.

Eine hochkomische Demonstration.

In der Montag- Stadtverordnetenversammlung in Halle spielte sich eine ergögliche Szene ab. Der Magistrat beantragte dem „gemeinnützigen Verein für das Wohl der notleidenden Klassen“ zwölf Mark. Sage und schreibe zwölf Mark zu schenken. Als der Stadtverordnete Genosse Osterburg diese Art Wohlthätigkeit geißelte und daran erinnerte, daß der jetzt verstorbene Ehrenbürger, Großindustrielle Geheimrat Dehne der Stadt Halle ein Kaiserdenkmal geschenkt und zur selben Zeit seinen Arbeitern zehn Prozent vom Lohne abgezogen habe, erhoben sich etwa dreißig erkrankte Stadtverordnete, schlugen in turbulenter Weise mit den Fäusten auf die Tische, schrien „Maus!“ „Maus!“ und verließen demonstrativ den Sitzungssaal.

Die Sache sah so gefährlich aus, daß man annehmen konnte, die Herren wollen die bekannte Halle'sche Demonstrations-Festungspitze holen; sie setzten sich aber in den Platzheller und spülten ihren Zorn mit einem kräftigen Schoppen hinter. Als dann Genosse Thiele ankündigte, die Beschlußfähigkeit anzuzweifeln, kehrten die Demonstranten wieder zurück.

Deutsch-amerikanische Handelsvertrags-Verhandlungen.

Nach einer augenscheinlich offiziellen Mitteilung der „Köln. Ztg.“ will die Regierung, da an das Zustandekommen eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika zum 1. März d. J. nicht mehr zu denken ist, mit der Washingtoner Regierung ein Provisorium abzuschließen. Die „Köln. Ztg.“ schreibt:

„Ueber den Stand der Verhandlungen zwischen Amerika und Deutschland wird eine nahe Zeit genaue Aufklärungen bringen, doch ist es noch nicht möglich, näheres darüber mitzuteilen, weil die letzten und endgültigen Beschlüsse heute noch nicht erfolgt sind. Daß in der kurzen Zeit bis zum 1. März kein Handelsvertrag abgeschlossen werden kann, ist selbstverständlich, und es kann sich daher, wenn ein Zollkrieg vermieden werden soll, nur um ein Provisorium handeln. Dieses würde voraussichtlich nicht den Charakter eines provisorischen, in allen Bestimmungen vom Reichstage genehmigten Vertrages haben, sondern der Reichstag würde der Reichsregierung Vollmacht zu bewilligen haben, die Zollbeziehungen zu Amerika zu regeln für eine bestimmt begrenzte Zeit, die einerseits so kurz bemessen sein müßte, daß ihr der Charakter eines Provisoriums gewahrt bleibt, andererseits aber lang genug ist, um in ihr zu einem wirklichen Handelsvertrage mit Amerika zu gelangen oder zu der Ueberzeugung, daß der Zollkrieg nicht vermieden werden könne.“

Zur sächsischen Wahlrechtsreform.

Die freie Wahlrechtskommission, die die Zweite Kammer auf eigne Hand eingesetzt hat und der auch Genosse Goldstein angehört, hat sich konstituiert. Der Erzieher und Wahlrechtsverfechterer Dpiz wurde zum Vorsitzenden, der liberale Abg. Schulze zum Berichterstatter gewählt. Nach dem festgestellten Arbeitsplane sollen zunächst alle einzelnen Wahlrechtssysteme durchgearbeitet und das Resultat zu einem Berichte zusammengefaßt, dem Landtage unterbreitet und der Regierung als Material überwiesen werden. Es dürfte dann nochmals zu einer Verhandlung darüber in der Zweiten Kammer kommen.

Bayerischer Landtag.

Das Reich und die Einzelstaaten.

München, den 13. Februar 1906.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

In der Bayerischen Abgeordnetenkammer begann am Dienstag die Beratung des Etats des Ministeriums des Äußeren. Die Generaldebatte ist jedoch nach dem bisherigen Verlauf nichts weiteres, als die Fortsetzung der allgemeinen Budgetdebatte, die bei Beginn der Session stattfand. Damals hatte der Ministerpräsident v. Podewils das Recht des Landtages bestritten, über die auswärtige Politik des Deutschen Reiches zu verhandeln, weil nach Artikel 11 der Reichsverfassung dem Kaiser die Leitung der auswärtigen Politik als persönliches Recht zustünde. Vom Zentrum wurde aber sofort angeklagt, daß man bei dem Etat des Äußeren auf diese Sache zurückkommen wolle. Das geschah jetzt durch den Oberlandesgerichtsrat Geiger, der auf Artikel 7 der Reichsverfassung Bezug nahm, wonach der Bundesrat über alle Vorlagen, die dem Reichstage vorliegen, zu beschließen habe. Hier träte die Verantwortlichkeit der Bundesregierungen in volle Aktion. Es sei das zweifelloste Recht des Bundesrats, Vorlagen, die dem Reichstage unterbreitet werden, abzulehnen. Unter diesen Umständen sei es nicht zu verstehen, wie der Ministerpräsident habe das Recht des Landtages bestreiten können, über derartige Angelegenheiten zu verhandeln. Man werde auch für die Zukunft an dem Rechte festhalten, dem verantwortlichen bayerischen Minister gegenüber über die auswärtige Politik zu sprechen, zumal es das Volk sei, das die Kosten für diese Politik zahlen müsse. Der liberale Abg. Dr. Keffelmann begann seine Ausführungen mit einem erneuten Vorstoß gegen den Ministerpräsidenten v. Podewils, dem die liberale Fraktion noch ebenso mißtrauisch gegenüber stehe, wie bei der Budgetdebatte. Er richtete weiter an den Ministerpräsidenten die Frage, ob nicht der Ministerrat sich bereits über die Auflösung des Landtages schlüssig gemacht habe und ersuchte ihn, wenn dieses jetzt noch nicht geschehen sei, diese Angelegenheit in die Wege zu leiten, da das Volk ein großes Interesse daran habe. Der gegenwärtige Landtag müsse einem neuen Platz machen, der auf Grund des in beiden Kammern verabschiedeten neuen Wahlgesetzes gewählt sei. In bezug auf die Zuständigkeit des Landtages in Fragen der auswärtigen Politik des Reiches verpflichtete der Redner dem Abgeordneten Geiger bei, jedoch müsse er betonen, daß der Landtag nicht bei allen Gelegenheiten von diesem Recht Gebrauch machen soll und sich vielleicht als kleiner Reichstag aufspiele. (Die Debatte wird fortgesetzt.)

Erfolge unserer Kolonialpolitik.

Ein Telegramm aus Windisch meldet: An Typhus sind gestorben: Reiter Willy Kurzbach, geboren am 3. Mai 1884 zu Berlin, früher im Garde-Jäger-Bataillon, am 7. Februar im Feldlazarett Aminuis. Reiter Max Wolff, geboren am 17. Mai 1881 zu Königsberg i. Pr., früher im Infanterie-Regiment Nr. 151, am 10. Februar in Ostjondonu.

Ferner: Gefreiter Theodor Bengowski, geboren am 30. Aug. 82 zu Waldenburg, früher im Infanterie-Regiment Nr. 141, am 1. Februar in Kutab in Ostjondonu bei Sforbut gestorben.

Nachträglich gemeldet: Reiter Ludwig Scheidt, geboren am 11. Jan. 83 zu Gröningen, früher im Lehr-Regiment der Feldartillerie-Schießschule, am 19. November 1905 im Feldlazarett Hafaur an Typhus gestorben.

Ausland.

Italien.

Neue Befehle lehren gut.

Wolffs Bureau meldet aus Rom:

Ministerpräsident Sonnino hat durch ein Rundschreiben an die Präfekten die Zensur für Prelektogramme aufgehoben. Künftig dürfen nur Depeschen, die die Sicherheit des Staates gefährden oder gegen die guten Sitten verstoßen, konfisziert werden. Wir hatten letzte Woche zu berichten, daß unser römischer Korrespondent gerade es war, der sich über Zensurierung, auf deutsch *Verfürmung*, seiner an den „Vorwärts“ gerichteten Telegramme zu beklagen hatte. Es versteht sich von selbst, daß diese Angelegenheit weiter verfolgt wurde, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Beschwerde unseres Korrespondenten den Anstoß zur Aufhebung der bisherigen italienischen Zensurverordnung gegeben hat.

England.

Aus der Arbeiterpartei.

London, 10. Februar. (Sig. Ber.)

(Auch unser Korrespondent kommt auf die Laifache zu sprechen, daß Burns jüngst im Wahlkampfe liberale Kapitalisten gegen gewerkschaftliche Arbeiterkandidaten unterstützt, und schreibt über den von uns bereits gestern erwähnten Fall Nunciman-Turner):

Um dem deutschen Leser einen Begriff davon zu geben, wie Burns sich der Arbeiterbewegung gegenüber benimmt, wollen wir einige biographische Einzelheiten mitteilen: Nunciman ist Reeder und Kaffier, Turner arbeitet seit seinem zehnten Lebensjahre in einer Textilfabrik. Fröh trat er in die Gewerkschaft ein. Im Jahre 1891 gründete er das Gewerkschaftsstell in Bailey; 1893 wurde er in die Schulkommission gewählt, später zum Ehrensekretär (unbezahlter Sekretär) des Textilverbandes von Northire, 1904 zum Vorsitzenden des Allgemeinen Verbandes der Weber gewählt; seit 18 Jahren schreibt er für das Jahrbuch der Textilarbeiter; er ist einer der Gründer der unabhängigen Arbeiterpartei, eifriger Genossenschaftler. Und gegen diesen Mann agitierte John Burns!

Ein ähnlicher Fall liegt in Rommouth vor, wo der Bergarbeitervertreter Winston gegen den liberalen Fabrikanten Haslam kandidierte. Burns trat für Haslam ein. Dasselbe tat er in Leeds, wo der Kandidat der Arbeiterpartei, der Eisenbahner Albert Fox, gegen den liberalen Rechtsanwalt Walton kandidierte, so daß der Verband der Mechaniker, dessen Mitglied Burns ist, und der ihm ein Ehrengeld von 2000 M. jährlich zahlt, an die Arbeiter nach Leeds telegraphierte, keine Notiz von Burns Schreiben zu nehmen!

Am 15. d. Mts. findet im Hydepark wieder eine Arbeitslosen-Demonstration statt, an der die Arbeiterabgeordneten Thorne, Steadman, O'Grady sowie eine Anzahl von sächsischen Arbeitervertretern teilnehmen werden. Die vorgelegene Resolution verlangt Staatsmittel, um das im vorigen Jahre angenommene Arbeitslosengesetz in Kraft setzen zu können, sobald Aufforderung der Waage, Ackerbau-Genossenschaften, Verkürzung der Arbeitszeit, um auf diese Weise das Uebel der Arbeitslosigkeit zu mildern und gleichzeitig einen Schritt zur sozialen Beherrschung der Produktionsmittel zu machen, da nur durch eine solche Beherrschung die Arbeitslosenfrage gelöst werden könne.

Etwa 150 Arbeitslose marschierten dieser Tage von Liverpool und Umgebung nach London, um die Aufmerksamkeit des Volkes auf die Lage der Arbeiter zu lenken. Die Arbeitslosen wurden von Arbeiterabgeordneten und Sozialliberalen empfangen und bewirtet.

Die „Justice“, das Organ der sozialdemokratischen Föderation, erklärt ihre Haltung zur Arbeiterpartei in folgenden Worten:

„Wir gehören nicht zur neuen Partei, obwohl wir darauf Anspruch machen dürfen, daß wir unser Teil dazu beigetragen haben, sie ins Leben zu rufen. Die sozialdemokratische Föderation, als eine Körperschaft, die zur Verbreitung und Vertiefung sozialistischer Lehren organisiert wurde, konnte sich logischerweise nicht mit einer Partei verschmelzen, die nicht offen sozialistisch ist; wir dürfen wohl zuweilen nicht-sozialistische Kandidaten unterstützen, wenn diese für gewisse Forderungen eintreten, die auch uns am Herzen liegen, aber wir konnten uns nicht von vornherein auf Unterstützung solcher nicht-sozialistischen Kandidaten festlegen. Dies sind die Gründe, die uns veranlassen, unsere Selbständigkeit zu wahren, aber gleichzeitig eine durchaus freundliche Haltung gegenüber der Arbeiterpartei einzunehmen. Jedoch haben wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es für die Partei nötig wäre, eine Prinzipienklärung als Basis ihrer Verfassung niederzulegen und ein Programm zu entwerfen, das den gewählten Vertretern als Leitfaden dienen könnte. Das Nichtvorhandensein eines Programms kann leicht zu Schwierigkeiten führen, wenn die Abgeordneten einmal daran sind, ihre Marschrouten zu bestimmen. Wir hoffen, daß die Sozialisten unter ihnen instande sein werden, die nötige Leitung zu geben; denn wir sind dessen gewiß, daß eine selbständige Arbeiterpartei ihre Existenz im Parlamente nur dann behaupten kann, wenn sie sich nach sozialistischer Richtung bewegt. Wir erkennen die Schwierigkeiten der neuen Partei an und werden von ihr nicht viel verlangen; so lange die Partei sich nach sozialistischer Richtung bewegt, wird sie unsere Unterstützung haben.“

Ueber die Aufgaben der Arbeiterpartei spricht sich der „Labour Leader“ folgendermaßen aus: „Man muß nicht denken, daß die Partei sich im Parlament auf reine Arbeiterpolitik beschränken werde. Die Aufgaben der Partei sind viel weiter; sie umfassen das ganze soziale Leben. Maßregeln, wie zum Beispiel Gewerkschaftsrecht, Achtstundentag, Arbeitslosengesetze usw. werden sicherlich den enthusiastischen Weisheit der Partei finden; aber auch Wohnungsreform, Alterspensionen, Municipalsozialismus, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Minen, des Grund und Bodens, Gleichberechtigung der Frauen, internationale Schiedsgerichte, internationaler Friede gehören zu unseren Aufgaben, an deren Ausföhrung wir enthusiastisch arbeiten müssen.“

Zusammentritt des Parlaments. Gestern (13. Februar) trat das Parlament zusammen, aber die eigentlichen Arbeiten beginnen erst sechs Tage später. In der Zwischenzeit konstituierten sich die Parteien und werden die Mitglieder eingeschworen. Am 19. d. Mts. wird die Thronrede verlesen, worauf die Session beginnt. Wir werden in einem Artikel auf die bevorstehenden Arbeiten zurückkommen.

Die Arbeiterpartei hat durch ihren Sekretär eine besondere Einladung (Whip) an ihre Abgeordneten erlassen, sich im Parlament einzufinden — was nach englischen Einrichtungen auf die Selbständigkeit der Partei hindeutet. Die liberalen Arbeiterabgeordneten haben diese Whip vom Premierminister, dem Führer der liberalen Partei erhalten! —

Schweden.

Für den geschlichen Lebenslauf.

Beide Kammern des schwedischen Reichstages haben am Sonntagabend auf Vorschlag des Gesetzgebungsausschusses beschlossen, die Regierung aufzufordern, ein Gesetz auszuarbeiten, das den Kommunen das Recht gibt, eine bestimmte Zeit festzusetzen, während welcher innerhalb der Kommune die Verkaufsläden geschlossen sein müssen. In der Zweiten Kammer wurde der Beschluß mit 111 gegen 75 Stimmen, in der Ersten Kammer mit 56 gegen 42 Stimmen gefaßt. Daß in diesem „Herrenhaus“ überhaupt eine Mehrheit für den Antrag stimmte, ist dem Zufall zu verdanken, daß ein großer Teil der reaktionären Abgeordneten abwesend war.

Mit diesem Reichstagsbeschlusse ist allerdings nur der erste Anstoß gegeben, um die Ausbeutung der Handlungsgehilfen ein wenig

einzufränken; es wird noch viele Agitation notwendig sein, bis das Gesetz zustande kommt, und wenn dies erreicht ist, erneute Agitation, um die Gemeindevertretungen zu veranlassen, von dem Gesetze Gebrauch zu machen.

Ganz ähnlich wie in Deutschland. —

Asien.

Unruhen in China.

Wie dem „Daily Telegraph“ berichtet wird, mehren sich die feindseligen Ausgebungen gegen die Fremden in China, besonders im Süden des Reiches. In der Provinz Fo-sien wurden jüngst wieder einige christliche Kirchen zerstört. Die Volksstimmung richtet sich an vielen Orten gegen den wachsenden Einfluß der Fremden, wie auch nach Washington in der letzten Zeit häufig berichtet wurde. Bekanntlich haben die Amerikaner in Erwartung größerer Unruhen ihre Truppenmacht auf den Philippinen verstärkt, und von Tokio wird berichtet, daß die Japaner ein wachsendes Auge für die Unruhen in China haben und zu einem sofortigen Einschreiten bereit sind! — Die Kaufleute beklagen sich bitter, daß ihr Warenabfuhr unter der Agitation gegen die Fremden schwer zu leiden hat. Ein Komitee des Senats in Washington beschäftigt sich gegenwärtig mit der Lage in China und hat von dem Kriegssekretär Taft Aufschlüsse verlangt. —

Soziales.

Ist der Sonntag in die dreitägige Meldefrist für Krankenkassen einzurechnen? Ueber die An- und Abmeldung der Versicherungs-pflichtigen einer Ortskrankenkasse bestimmt § 49 des Krankenversicherungs-gesetzes, daß die Abmeldung spätestens am dritten Tage nach Beendigung und die Anmeldung spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung zu erfolgen hat. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift zieht für den Arbeitgeber Strafe bis zu 20 M. und die Verpflichtung zur Erstattung seitens der Kasse vorausgesetzter Unterstühtungen nach sich. Diese nur für die Innungs-kassen nicht gültige Vorschrift bezweckt die Kontrolle über den Versicherungs-zwang zu erleichtern. Ein Arbeiter, der einer versicherungspflichtigen Beschäftigung angehört, wird auch, wenn er nicht angemeldet ist, infolge seiner Beschäftigung kraft gesetzlicher Vorschrift Mitglied der Kasse. An diese, nicht an den Arbeitgeber, hat er sich für den Fall einer Erkrankung zu wenden. Das mag gegenüber diefemselben Irrtum, der auf diesem Gebiete besteht, bemerkt werden. Die eingangs angeführte Vorschrift des § 49 ist eine wesentlich für die Kassenverwaltung erhebliche Vorschrift, deren Vernachlässigung insbesondere kleinen Unternehmern recht böse Nachteile zufügen kann. Die Frage, ob ein in die dreitägige Anmeldefrist fallender Sonntag mitzuzählen ist, ist, wie dieser Tage auch das Kammergericht entschieden hat, zu bejahen.

Ueber den abgeurteilten Fall liegt uns folgender Bericht vor. Ein Herr Jakob wurde wegen Nichtbeachtung der Vorschrift durch einen Tag verspätete Abmeldung eines Fensterputzers bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht erachtete für festgesetzt, daß er das seiner Ehefrau gehörige Reinigungsinstitut betreibe und somit für die Beachtung der Meldevorschriften des Gesetzes nach § 2a als „Leiter“ verantwortlich sei. Bei der Berechnung der Abmeldefrist rechnete das Landgericht den in dieselbe fallenden Sonntag mit. — Namentlich dieser Umstand, abgesehen von anderen Gründen, veranlaßte den Angeklagten, die Revision einzulegen. Er meinte, die Abmeldung hätte spätestens am dritten Werktag nach Beendigung der Beschäftigung erfolgen müssen. Der Sonntag sei nicht mitzurechnen. Wenn das Gesetz auch nicht ausdrücklich von Werktagen spreche, so folge doch aus der Kürze der Frist, daß das Gesetz nur die Tage im Auge hätte, wo Abmeldungen beziehungsweise Anmeldungen erfolgen könnten. Wäre aber der dazwischen liegende Sonntag nicht mitzurechnen, dann wäre die dreitägige Frist hier gewahrt worden. Das Kammergericht verwarf die Revision, indem es unter anderem ausführte: Daß der Sonntag bei Berechnung der Frist für gewöhnlich nicht ausseide, ergebe sich aus § 78a des Krankenversicherungsgesetzes und aus § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Das Krankenversicherungsgesetz bestimme im Absatz III des § 78a, daß die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werktags ende, wenn das Ende einer Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag falle. Und § 193 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimme: „Ist an einem bestimmten Tage oder innerhalb einer Frist eine Willenserklärung abzugeben oder eine Leistung zu bewirken, und fällt der bestimmte Tag oder der letzte Tag einer Frist auf einen Sonntag oder einen am Erklärungs- oder Leistungsorte staatlich anerkannten allgemeinen Feiertag, so tritt an die Stelle des Sonntags oder des Feiertages der nächstfolgende Werktag.“ — Nach beiden Paragraphen scheidet also der Sonntag oder allgemeine Feiertag bei der Fristberechnung nur aus, wenn der letzte Tag der Frist auf ihn falle, was hier nicht der Fall gewesen sei.

Gewerkschaftliches.

Moderne Esslaverri.

Ein Königsberger Arbeiter hat von einem Herrn Max Wunderlich zu Stolp in Pommern, der dauernd für eine Fabrik am Rhein Arbeiter gebraucht, folgendes gedrucktes Zirkular erhalten:

An Arbeiter D.

Imseitig finden Sie die Bedingungen, unter welchen Arbeiter angenommen werden. Wenn diese Bedingungen für Sie passend sind, dann kommen Sie her. Die Reise von Königsberg nach Stolp kostet 6,00 M., welche Sie vorläufig auslegen müssen. Ferner müssen Sie hier in Stolp noch 8,40 M. auf die Weiterreise auslegen, das übrige schicke ich vor. Für jede Woche, die Sie gearbeitet haben, bekommen Sie 50 Pf. auf die ausgelegten 15 M. wieder zurück. In den Fabriken werden 4000—5000 Mann beschäftigt, und es ist dort noch niemals Streik gewesen.

Verheiratete Arbeiter, die sich als brauchbar und ordentlich erweisen haben, können in den Häusern der Fabrik billige Wohnungen erhalten. Wer im Jungesellenheim wohnt und voll beschäftigt werden will, hat ein tägliches Verpflegungsgeld von 1,10 M. für Essen und Wohnung zu entrichten.

Wenn Sie nun kommen wollen, müssen Sie mir solche Papiere einsenden, aus denen zu erschen sein muß, daß Sie längere Zeit auf einer Stelle gearbeitet haben, mindestens drei Monate.

Außerdem muß jeder ein polizeiliches Führungs-attest über die Zeit vom 1. Februar 1905 bis jetzt beibringen.

Max Wunderlich.

Es folgen nun die Bedingungen, die auf der Rückseite gedruckt sind und folgendermaßen lauten:

Stolp i. Pom.

H. P.

Auf Ihre Anfrage benachrichtige ich Sie, daß ich für eine Fabrik am Rhein dauernd Arbeiter brauche. Die Leute dürfen den dem Hirsch-Dunderschen und sozialdemokratischen Gewerkschaftskarte angehörigen Gewerkschaften und Verbänden, sowie deren Hülfs- oder Krankenkassen nicht angehören. Es gelangen nur solche Leute zur Einstellung, die vom Fabrikarzt für voll-kommen gesund und arbeitsfähig befunden werden. Die Leute müssen deutsche Reichsangehörige und nicht unter 21 oder über 40 Jahre alt sein. Die Eisenbahnfahrt wird teilweise, auch das Beleggeld von 3 M. vorgeschossen. Die Reiseflosten werden in wöchentlichen Raten von 1/2 Mark wieder zurückgegeben. Verheiratete Arbeiter können nach einiger Zeit ihre Familien nachkommen lassen und werden die Umzugslosten vorgeschossen und nach einem Jahre geschenkt. Lohn wird je nach Leistung ge-

zahl, doch beträgt der Mindestlohn für die stündige Schicht 3 1/2 Mark. In den Fabriken werden Farben auf Leinwand hergestellt. Es gemacht, und es ist auch Holzbearbeitungsfabrik und Maschinenbauwerkzeugfabrik vorhanden. In der Speiseanstalt der Fabrik wird Mittag und Abend die Woche zwei Mahlzeiten im Junggefellensheim das Nachquartier 30 Pf. Wer die Arbeit annehmen will, muß mit der Invalidentarife und polizeiliches Abgangsattest überreichen und polizeiliches Führungsattest.
Die Arbeit beginnt morgens 1/2 Uhr.
Mittagspause 1 1/2 Stunden.

Max Wunderlich,
Amst. Nr. 1.

Zunächst möchten wir die Gewerkschaftskarteile auf diese Vermittlungsfirma aufmerksam machen, da sie dauernd Arbeiter sucht für Betriebe, in denen noch niemals (?) gestreikt worden ist. Verdächtig ist, daß für die Fabriken, in denen es so fulant zugehen soll, derart die Werbetrommel gerührt werden muß. Auch am Rhein gibt es Arbeitskräfte genügend, und wenn es in den Fabriken anständig zugehen würde, bräunte man nicht Arbeiter aus Ostpreußen zu holen. Es ist auch bezeichnend, daß nicht der Name und Ort der Fabrik genannt wird. Daß die Arbeiter nicht einmal den Hirsch-Dünkerschen Verbänden und den Hilfskassen angehören sollen, ist zu toll. Ebenso, daß man den Arbeitern gnädigst gestatten will, nach einiger Zeit ihre Familie nachkommen zu lassen. Weiter ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeiter die Reiseflohen auslegen müssen, werden sie aber vom Arzt als nicht tauglich befunden, was geschieht dann mit ihnen? Lassen sich kein Arbeiter auf solche Dinge ein.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiter der Treppengeländerbranche (Holzarbeiter-Verband) besetzten sich am Montag im „Königsplatz-Kaffee“ mit dem Ergebnis der nachmaligen Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber betreffend der in dem neuen Tarifvertrag vorgesehenen prozentualen Lohnerhöhung. Herausgenommen ist bei den Verhandlungen nicht mehr viel. Es bleibt im Prinzip bei der Lohnerhöhung von 4 Prozent, so wie sie vom Einigungsamt vorgeschlagen war, jedoch soll die Schlichtungskommission besagt sein, diesen Satz für diejenigen Geschäfte zu erhöhen, die mit ihren Löhnen bisher noch unter den in der Branche üblichen Durchschnittslöhnen geblieben sind, so daß auch hier der Durchschnitt erreicht wird. Eine generelle Lohnerhöhung um 6 Proz. wurde von den Unternehmern dagegen unter Berufung auf den Vorschlag des Einigungsamtes abgelehnt. Demnach enthält der neue Tarif jetzt folgende Hauptbestimmungen:

Die Arbeitszeit beträgt 52 Stunden. Der Mindestlohn in der Werkstatt beträgt pro Stunde 57 1/2 Pf., bisher 55 Pf. Dieser Lohn ist an jeden Arbeiter zu zahlen, der noch nicht in der Treppengeländerbranche gearbeitet hat. Für die durch Unfall, Alter oder Invalidität minderleistungsfähigen Arbeiter, sowie für die Junggefellens im ersten Befestigungsjahr unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung. Diejenigen neu eingetretenen gelernten Arbeiter, welche vier Wochen in derselben Werkstatt gearbeitet haben, erhalten einen Mindestlohn von 62 1/2 Pf. pro Stunde. Alle anderen Arbeiter haben entsprechend ihrer Tätigkeit höhere Löhne zu verlangen. Die zur Zeit gezahlten Löhne sind um 4 Proz. zu erhöhen. Jeder auf dem Bau beschäftigte Lohnarbeiter erhält bei vollem Arbeitstag 90 Pf., bei nur stundenweiser Beschäftigung 10 Pf. pro Stunde Zuschlag. Die Abrechnung erfolgt von Freitag zu Freitag. Die Auszahlung erfolgt am Sonnabend gleich nach Arbeitschluss. Das Reinigen der Maschinen am Sonnabend muß vor Arbeitschluss beendet sein. In denjenigen Betrieben, in denen günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter bestehen, als in diesem Vertrage festgelegt sind, bleiben dieselben während der Vertragsdauer in Geltung. Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche sich aus diesem Vertrage ergeben, sollen von der Schlichtungskommission der Holzindustrie geschlichtet werden. Dieser Vertrag gilt vom 1. Februar 1906 bis 1. Februar 1907. Die Festsetzung der Akkordpreise erfolgt von der Schlichtungskommission unter Zugrundelegung der im Tarif vereinbarten Lohnsätze.

Die Korbmacher sind in eine Lohnbewegung eingetreten. So fordern die Grünarbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von drei Stunden in der Woche. Die bisherige Arbeitszeit beträgt für diesen Zeitraum 58 Stunden. Außerdem fordern sie eine Lohnerhöhung von 5-10 Proz. Drei Unternehmer haben die Forderungen ihrer Leute bewilligt. In vier Werkstätten befinden sich die Arbeiter im Streik. In der Holzbranche befinden sich die Arbeiter der Firma Hübner, Kaufherr, 12 in einer Lohnbewegung. Die Geschäftsbearbeiter der Firma Ancon u. Co. erzielten eine Lohnerhöhung von 5 Pfennigen pro Korb. — Es wird vor Zugzug, namentlich bei der Firma Hübner gewarnt.

Die Differenzen bei der Firma Schwidetzky, Holzbearbeitungsfabrik und Lagerplätze, sind in allen drei Betrieben, Berlin, Schöneberg und Wilmersdorf, durch Verhandlungen zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt. Ein Tarif ist abgeschlossen, der bis zum 1. Mai 1907 läuft. Nach dem Tarif ist die Arbeitszeit eine 10stündige, Ueberstunden dürfen nur an den ersten fünf Tagen der Woche gemacht werden und sind mit einem Zuschlage von 10 Pf. zu bezahlen. Der Anfangslohn für Flieg- und Hilfsarbeiter beträgt pro Stunde 40 Pf. und steigt nach 13 Wochen auf 42 Pf. Löhne, die jetzt schon höher sind (für Schlosser, Heizer und Maschinenisten) werden um 2 Pf., nach 13 Wochen um weitere 3 Pf. erhöht.

Ein schöner Erfolg der Lohnbewegung ist es, daß jetzt alle Arbeiter der Firma dem Verbande der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter angehören, während vor der Bewegung keiner derselben organisiert war.

Achtung, Arbeiter! Wegen Tarifbruchs sind die Bauten des Unternehmers Marianowski, Ludwigstr. 11a, gesperrt; in Betracht kommen die Bauten Kommissarstr. 16 und 76. — Ferner die Bauten der Firma Nowak, Rindhofenstr. 11; die Bauten sind Eisenacherstr. 26 und 27.

Die Sperre über die Firma Gaudenreiter, Jorndorferstr. 11, aufgehoben.

Arbeiter, Parteigenossen! Wir haben schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht, daß die Barbiergehäfte der Firma Max Gros u. Co. gesperrt sind. Die betreffende Firma hat sich bisher in Verhandlungen noch nicht eingelassen, trotzdem aber verteilt sie in Berlin Kesseltageblätter mit der Aufschrift: „Die Forderungen der Gehilfen sind in unserem Geschäft bewilligt.“ Es haben nur diejenigen Geschäfte bewilligt, wo die weiß-grüne Kontrollkarte sichtbar am Spiegel angebracht und die laufende Woche abgestempelt ist. Dieselben werden durch den Nachweisdorfbeher Baumgart von 10 bis 11 Uhr auf dem Nachweis, Schillingstr. 15/16, ausgegeben. Telefon: Amt 7 Nr. 2524. Die Geschäfte der gesperrten Firma Max Gros u. Co. befinden sich: Alexanderplatz 3, Neue Königsstr. 62, Stallschreiberstr. 63, Köpenickerstr. 14, Weissenhofstr. 69, Vergmannstr. 112, Mannsbergstr. 2, Adlerstr. 32, Schöneberg, Colonnenstr. 54, Steglitz, Schützenstr. 54.

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gehilfen.

Deutsches Reich.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Leipziger Baumwollspinnerei befinden sich in einer Bewegung zur Erreichung des Zehnfundentages. Der von den Arbeitern eingesetzten Kommission sowie dem Arbeiterschuß, welche mit dem Direktor verhandelten, erklärte dieser, daß die zehnständige Arbeitszeit nicht eingeführt

werden könne. Ohne Grund wurden plötzlich innerhalb einiger Tage 11 Personen entlassen. Die Entlassenen sind sämtlich Familienväter und waren jahrelang bei der Firma beschäftigt. Eine Versammlung der Textilarbeiter beschloß, die Sperre über die Leipziger Baumwollspinnerei zu verhängen. Die Firma hat Streikbrecheragenten nach allen Orten geschickt, um Arbeitswillige nach Leipzig zu holen. Arbeiter und Arbeiterinnen, übt Solidarität, haltet den Zugang fern. — Die Leipziger Baumwollspinnerei erzielte im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 1 008 177 M. 480 000 M. wurden als 10 prozentige Dividende an die Aktionäre verteilt, das übrige für Reserven, Amortisation, Rückstellungen und Abschreibungen verwendet. Bei einigem guten Willen kann die Firma recht gut den Arbeitern und Arbeiterinnen entgegenkommen. Arbeiter und Arbeiterinnen, wir bitten um moralische Unterstützung. Mitteilungen und Briefe wolle man an den Unterzeichneten senden.

Die Textilarbeiter Leipzigs.

J. A.: Moritz Herrnsdorf, Windmühlenstraße 11 I.

Streik der Textilarbeiter in Bramsche bei Osnabrück. Die Weber, Weberinnen und Spulerrinnen der Firma J. V. Sanders und Söhne sind am Donnerstag in den Streik getreten. Die Firmen Webe, Sanders und Deune u. Co. werden Sonnabend folgen. Die Forderungen der Unternehmer sind äußerst minimal. Der eine bewilligt annähernd 0,2 Proz., ein anderer circa 2 1/2 Proz. Unter diesen Umständen waren die Arbeiter gezwungen, in den Streik zu treten. Daß die Entlohnung der Bramsche Arbeiter und Arbeiterinnen durchaus ungenügend ist, haben die Unternehmer jetzt selbst bestätigt. In einem „Aufklärung“ überschriebenen Inserat in den Lokalblättern geben sie folgendes bekannt: Der Durchschnittslohn betrug in den Jahren 1903, 1904 und 1905 pro Tag und Kopf bei der Firma Heine u. Co. 2,29, 2,52, 2,64 M., bei Gebr. Sanders 2,34, 2,48, 2,60 M., bei J. V. Sanders u. Söhne 2,11, 2,15, 2,23 M. Die von den Unternehmern veröffentlichten Zahlen beweisen, daß es wahre Hungerlöhne sind, die hier gezahlt werden. Sie beweisen ferner die Notwendigkeit der Lohnbewegung. Zugug ist streng fernzuhalten.

Textilarbeiterausperrung in Mülhausen i. El.

Seit längerer Zeit versuchen die Textilarbeiter in Mülhausen im Elsaß die Fabrikanten zu beschleunigen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses zu bewegen. Alle derartige Bemühungen scheiterten jedoch an dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer. Ein erneuter Versuch dieser Art ist wieder im Januar dieses Jahres gemacht worden. Die Arbeiter schickten allen Fabrikanten ihre Forderungen zu und ersuchten um mündliche Verhandlungen. Gefordert wird hauptsächlich der 10stündige Arbeitstag und eine Lohnerhöhung um 15 Proz. — Die Unternehmer haben teils ablehnend, teils gar nicht auf das Ersuchen der Arbeiter geantwortet. Am 7. d. M. haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollspinnerei von Frey u. Co. gekündigt, weil alle ihre Anträge auf Verbesserung des Arbeitsverhältnisses abgelehnt worden sind. Darauf hat der Fabrikantenverein beschlossen, daß die Arbeiter in sämtlichen Betrieben ausgesperrt werden, falls die Kündigung bei Frey u. Co. nicht zurückgezogen wird. Die Arbeiter sind entschlossen, ihre Kündigung aufrechtzuerhalten, die am 21. d. M. abläuft. Für diesen Tag ist also, wenn die Unternehmer ihren Beschluß durchführen, die allgemeine Aussperrung aller Textilarbeiter Mülhausens zu erwarten. Es wird ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Die Brauer von Nürnberg, Fürth und Umgebung haben beschlossen, eine Bewegung einzuleiten, um eine Reihe von Verbesserungen des bestehenden Tarifvertrages, der demnächst abläuft und bei dem sich mancherlei Mängel herausstellen, zu erzielen.

In der Maschinenfabrik von Ewald in Pritzwalk sind Differenzen ausgebrochen. Zugug von Metallarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

Die Oridverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Musland.

Die Talarbeiter in Lyon beschloßen den Gesamtkonflikt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, den Zehnfundentag und die Aufhebung der Nachtarbeit.

Lohnbewegung der Schneider in Dänemark.

In den dänischen Provinzstädten besteht im Schneidergewerbe eine eigentümliche Einrichtung zur größeren Ausbeutung der Arbeiter. In allen diesen Städten, mit Ausnahme von Aarhus, wo größtenteils noch die Heimarbeit herrscht, arbeiten die Schneidergesellen in den Werkstätten der Meister, müssen aber dafür 5 Proz. von ihrem Arbeitsverdienst an den Meister abgeben und außerdem müssen sie noch die Furnituren bezahlen, so daß sie jede Woche mit einem Abzug von 1,50 Kr. von ihrem laun 14 bis 15 Kr. betragenden Verdienst zu rechnen haben. In den letzten Wochen haben nun Verhandlungen zwischen dem Dänischen Schneiderverband und dem Zentralverein dänischer Schneidemeister stattgefunden, wobei es sich hauptsächlich darum handelte, daß die Meister ihre Werkstätten unentgeltlich zur Verfügung stellen sollen, daß die Heimarbeit, soweit sie noch besteht, abgeschafft werde und die Meister die Furnituren bezahlen sollen. Außerdem wird eine Erhöhung des Lohnes für die feineren Arbeiten um 7 Proz. und die Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden verlangt. Bis jetzt haben die Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis geführt, sie werden jedoch fortgesetzt.

Ein Gewerkschaftshaus in Paris. Die Pariser Syndikate tragen sich mit der Absicht, sich auf eigene Füße zu stellen, das heißt, ein eigenes Gewerkschaftshaus zu gründen. Die Schikanen und Verlästigungen, denen die in der „Bourse de Travail“ untergebrachten Arbeiterorganisationen von Magistrat, Polizei und Regierung fortwährend ausgesetzt sind, bilden die Veranlassung zu diesem Entschluß. Bekanntlich haben zurzeit eine Reihe Gewerkschaften die „Bourse de Travail“, zu deren Unterhalt Subventionen aus öffentlichen Mitteln hergegeben werden und in deren Verwaltung deswegen die Behörden auch Einnahmungsrechte haben, wegen Streitigkeiten mit den letzteren bereits verlassen.

Gerichts-Zeitung.

Zur Blutstücken-Untersuchung. Von der hohen Wichtigkeit und Bedeutung nicht nur des Radwärters von Menschenblut an sich, sondern auch der wissenschaftlichen Würdigung der am Tatorte eines Verbrechens gefundenen Blutstücken geben zwei in neuester Zeit durch das Geständnis der wegen Mordes zum Tode verurteilten Verbrecher nachträglich klar gestellte Fälle einen auch weitere Kreise interessierenden drastischen Beweis. In beiden Fällen hat der durch seine Blutuntersuchungen bekannte Gerichtschemiker Dr. Jeserich in Berlin zu einer Zeit, als weder durch die Voruntersuchung noch durch das Geständnis der Angeklagten oder durch Zeugenaussagen Anhaltspunkte über Ort und Art des Mordes gegeben waren, lediglich nach seiner Untersuchung aus der Form und Lage der Blutstücken folgend, den Vorgang beim Mord genau bestimmt und ist dieser durch das spätere Geständnis vollständig bestätigt worden:

Im ersten Falle war die Dienstmagd Seuges in Mannheim von dem Arbeiter Georg Beder im Chammer ihrer Herrschaft in rohester Weise erschlagen worden. Gegen Beder sprach zunächst nur, daß er kurz vor der Tat in Gesellschaft der Camorden und in der Nähe des Nordhauses gesehen worden war. Er bestritt die Tat auf das allerentzückendste. Es wurde Dr. Jeserich sofort nach dem Mord telegraphisch nach Mannheim berufen. Dort am Tatorte folgte er genau aus den Blutspürigen in dem Zimmer, an welchen Stellen die ersten Schläge gegen das Opfer geführt worden waren und wie es, aus der Tür stehend, an dieser zusammengebrochen war und am Boden liegend, die letzten Schläge erhalten hatte. Aus einem an der Wand gefundenen Ab-

druck konnte wiederum die Art der Mordwaffe erkannt werden. Schließlich führte Dr. J. aus Fingerabdrücken (Papillarien), die sich an der Tür befanden, den Nachweis, daß diese von den Blutigen ersten beiden Fingern der linken Hand des Beder stammten. Der Verdächtige gestand nunmehr zunächst zu, am Tatorte gewesen zu sein. Nach seiner Verurteilung zum Tode durch das Schwurgericht in Mannheim gestand er dann weiter zu, die Tat allein und zwar genau in derselben Weise, wie sie von Dr. J. vorher beschrieben worden war, ausgeführt zu haben.

Der zweite Fall lag so, daß bei einem zu Gangan bei Ostrowo an dem Mörder Jilipal von einem gewissen Walczak verübten Mord zunächst aus Zeugenaussagen und sonstigen Umständen als feststehend angenommen werden konnte, daß die Tat im Stalle des Walczak ausgeführt worden war. Aus mehreren an einem Wagenbrett gefundenen Blutstücken und -spritzern folgte Dr. J. jedoch im Gegenteil zu der ersten Annahme, daß Jilipal am rechten Borderrad eines Wagens auf dem Hofe erschlagen sein müsse. Nach dem hierauf gesprochenen Todesurteil und nachdem die gegen dasselbe eingelegte Revision vom Reichsgericht verworfen war, legte auch hier der Verurteilte ein offenes Geständnis ab und erklärte, daß er tatsächlich den Jilipal nicht im Stalle, sondern am rechten Borderrad des Wagens auf dem Hofe ermordet habe.

Ein unerheblicher Automobilunfall hatte gestern ein Nachspiel vor dem Schöffengericht I. Wegen Straßenpolizeikontravention war der Kraftfahrzeugführer Emil Koyke angeklagt. Der Angeklagte ist Führer der Automobilmaschine Nr. 7689 und kam mit dieser am 19. Oktober v. J. gegen 5 Uhr nachmittags über die Kaiser Wilhelmbrücke von der Burgstraße her nach den Linden zu gefahren. Um die gleiche Zeit wurde die Anfahrt des Kaisers erwartet, der im Automobil vom Brandenburger Tor her nach dem Schloße fuhr. Am Lustgarten waren deshalb durch drei Schaulente Absperrungsmaßregeln getroffen. Das dem Angeklagten von dem Schaymann gegebene Zeichen zum Halten beachtete dieser nicht, sondern fuhr in ziemlich schnellem Tempo weiter. In demselben Moment kam das Automobil des Kaisers über die Schloßbrücke gefahren. Beide Fahrzeuge konnten sich nicht mehr ausweichen, im nächsten Augenblick erfolgte ein Anprall, dessen Wucht nur durch die Heistesgegenwart der Fahrzeugführer abgeschwächt wurde, so daß es bei einigen Schrammen und einem gebrochenen Kotflügel blieb. — Wegen den Angeklagten wurde durch amtsgewaltige Verfügung ein Strafbefehl über 40 Mark erlassen, weil er das Haltezeichen des Schaymanns unbeachtet gelassen und gleichzeitig sich dadurch einer Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung schuldig gemacht habe, indem er bei Absperrungen, die aus besonderen Anlässen entstanden sind, in einer anderen als in der von den Ordnungsbeamten angeordneten Weise gefahren sei. Außerdem sollte er einige Tage später am 30. Oktober vorigen Jahres in übermäßig schnellem Tempo die Straße unter den Linden nach dem Platz am Opernhause zu entlang gefahren sein. Wegen das Strafmandat stellte er den Antrag auf richterliche Entscheidung. In dem zweiten Punkte des Strafbefehls gelang es, den Nachweis zu führen, daß der Angeklagte um die fragliche Zeit, in der er die Linden zu schnell entlang gefahren sein soll, infolge eines Reifendefekts in Lichtenberg festgelegt hatte. Bezüglich des Zusammenstoßes mit dem Automobil des Kaisers nahm das Gericht einen Verstoß gegen das Straßenpolizeireglement an, ermäßigte jedoch den Strafbefehl auf zwanzig Mark Geldstrafe.

Mißglückte Justifikationen. Am Montag standen wieder einmal in Breslau zwei Prozesse gegen „terrorisierende“ Arbeiter an. In beiden Fällen erlitt die Staatsanwaltschaft, die durch ihren Vertreter jedesmal Gefängnisstrafe beantragt hatte, ein glänzendes Fiasko. Sämtliche Akten wurden freigegeben; im ersten Falle, wo christliche Arbeiter von Gewerkschaftlern sich bedroht fühlten, von der dritten Strafkammer; im zweiten vom Schöffengericht; hier handelte es sich darum, daß wieder einmal zwei Arbeiter, der Leiter des Fabrikarbeiterverbandes und ein Lithograph, den Arbeitgeber durch Androhung von Streik zur Anektierung eines Tarifs zu bewegen versucht haben sollen. Das Gericht schloß sich der Anschauung des Staatsanwalts Genossen Simon an, daß § 153 C. O. nicht diese Auslegung zulasse.

Die Nachwahl im 16. sächsischen Wahlkreis.

die sich durch die Mandatsniederlegung des Genossen Schippel notwendig machte, war ein glänzender Sieg unserer Partei. Wie uns eine Privatdepesche meldet, erhielt, bisher Genosse Redakteur Koske 31 628 Stimmen, der Startkandidat Herrnsdorf 10 890 Stimmen und der Freisinnige Günther 9052 Stimmen. Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 wurden für Genossen Schippel 84 266 Stimmen abgegeben. Von den Gegnern erhielten die Nationalliberalen 13 078, die Freisinnige Volkspartei 3703 und das Zentrum 188 Stimmen.

Trotz der außerordentlich heftigen Anstrengungen der Gegner ist aus den bis jetzt vorliegenden Ziffern zu ersehen, daß der Sieg unser ist.

Chemnitz, 18. Februar. (W. Z. B.) Bei der heute stattgehabten Erloywahl für den 16. sächsischen Reichstagswahlkreis wurden bis 9 1/2 Uhr abends gezählt für Herrnsdorf (L.) 10 890, Günther (fr. Sp.) 9052 und Koske (Soz.) 31 730 Stimmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Antisemitische Umgangsformen.

Wien, 13. Februar. (W. Z. B.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu unerhörten Skandaliszenen anlässlich der von den Alldeutschen eingebrachten Dringlichkeitsanträge. Ministerpräsident von Gautschi hatte den Alldeutschen den Vorwurf gemacht, daß sie die Anträge nur eingebracht hätten, um die Beratung der Wahlreform zu verhindern. Dieser Bemerkung folgte ein ungeheurer Tumult. Man schrieb dem Minister entgegen: Dieb, Schurke, Lügner! Die Worte des Ministers verhallten in dem Lärm, man sah nur noch seine Gestikulationen; schließlich erklärte Gautschi, er werde unter keinen Umständen die von den Alldeutschen gewünschte Vorlage über die Trennung der Armeen vorlegen (Renewlicher Tumult). Der Alldeutsche Stein wendet sich in seiner Antwort in erster Reihe gegen die Anhebung Gautschi, daß die Alldeutschen die Dringlichkeitsanträge nur zum Zwecke der Obstruktion gegen die Wahlreform eingebracht hätten. Die Erklärung des Ministers sei ebenso frech wie dumm. (Rufe: Weineidiger Demagog, Gautschi Abzug!)

Die antimilitaristische Propaganda.

Paris, 13. Februar. (W. Z. B.) Der Justizminister hat beschlossen, die Urheber des neuen antimilitaristischen Aufruhrs strafrechtlich verfolgen zu lassen. Es heißt, daß die Staatsanwaltschaft gegen dieselben die Anklage auf Grund des Anarchistengesetzes erheben wolle, um sie vor das Richterpolizeigericht stellen zu können.

Eine Bombe.

Wien, 13. Februar. (W. Z. B.) Auf einer Straße im Mittelrunde der Stadt explodierte eine Bombe, wobei acht Personen schwer verletzt wurden.

Reichstag.

42. Sitzung vom Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Die zweite Lesung des Etats des Reichamtes des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Hagemann (natl.): Der Abg. Peus hat hier gestern das Hohe Lied der russischen Revolution gesungen, wahrscheinlich um sich Vergeltung für seine revisionistischen Sünden zu holen. Das Schicksal seines Fraktionsgenossen Cramer, der zum Großherzog gegangen war, hat ihn wohl gewarnt. Der Abg. Stülcken hat die Mitglieder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als Fehlgänge bezeichnet, weil sie gemietete Redner ausschieden, selbst aber warm zu Hause sitzen. Das ist nicht richtig. Die Mitglieder gehen höchst persönlich in die politischen Versammlungen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Jeder sollte doch vor seiner eigenen Tür lehren. Wenn eine Partei bei ihrer eigenen Interpellation trotz ihrer 78 Mandate und trotz der Unterstützung anderer Parteien keine 50 Mann zusammenbringt, so muß ihr von ihrer eigenen Presse der Standpunkt klargemacht werden. Es ist eine Annäherung sondersgleich, wenn Sie sich als einzige Arbeitervertreter bezeichnen. Aber man kann es Ihnen nicht recht machen! Als mein Freund Lehmann in Jena in die Versammlung des Herrn Webel ging, nannte ihn die „Erfurter Tribüne“ „schön dumm“. Als ich bei einer ähnlichen Gelegenheit nicht in eine sozialdemokratische Versammlung ging, weil mir die Einladung zu sehr nach dem Zukunftsstaat roch, wurde ich als Feindling bezeichnet. Wir haben Ihnen aber bei sechs Nachwahlen gehörig eingezeigt! So gingen die bürgerlichen Stimmen in Hof um 18 Proz. voran, die sozialdemokratischen um 10 Proz. zurück. Wir haben jetzt im Reichsverbande 90 000 Mitglieder, 88 Ortsgruppen und 240 Vereine. Wir nehmen das Wort „Schwarzmacher“ ganz gern für uns in Anspruch: wir wollen die Gewissen schärfen zum

Kampfe für die christliche Weltanschauung.

Redner führt nun eine Reihe von Fällen an, in denen sozialdemokratische Kaffierer Gelder veruntreut haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Stehen die Fälle schon drin in Ihren Veröffentlichungen?) Nein, sie kommen aber jetzt in das stenographische Protokoll des Reichstags, das genügt ja. Sie greifen die Angehörigen des Reichsverbandes an, was haben Sie selbst für Angehörige? (Abg. Webel ruft: Bei Ihnen sind keine Lügner und Betrüger!) Ach seien Sie doch still, Abg. Webel,

das Lügen und Betrügen überlassen Sie doch uns!

(Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zurufe: Zum wir gern.)

Präsident Graf Ballestrem (zu den Sozialdemokraten): Sie brauchen doch keine Zwischenrufe zu machen, da noch zehn Redner von Ihnen auf der Liste stehen. (Rufe rechts: Ruh! Unruhe.)

Abg. Hagemann (fortfahrend): Graf Posadowsky hat nemlich gesagt, der Besitz sei meist ein Verdienst, wie eine Tugend, aber meist eine Annehmlichkeit. Wir müssen dringend bitten, daß die Regierung nicht solche katholisch-sozialistischen Weisheiten hier vorbringt. Der Besitz ist meist eine Last. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Her damit!) Um so weniger wir mit den Behauptungen des Grafen Posadowsky übereinstimmen können, um so mehr war uns die Herrenausrede des Fürsten Bismarck aus der Seele gesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich resumiere mich dahin: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wird von Erfolg gekrönt sein, wenn alle bürgerlichen Parteien zusammenhalten und wenn uns die Regierung möglichst selten einen Anknüpf zwischen die Beine wirft. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Derga (Rp.) wünscht, daß die auf dem Automobiltage beschlossene Resolution bei der Regierung die nötige Berücksichtigung finde.

Unterstaatssekretär Bermuth stellt für die allernächste Zeit eine einheitliche polizeiliche Ordnung des Automobilverkehrs und einen Gesegentwurf auf diesem Gebiete erneut in Aussicht und gibt dem Bedauern des Grafen Posadowsky darüber Ausdruck, daß es ihm infolge wichtiger Beratungen im Finanzressort nicht möglich sei, zu Anfang der Sitzung der Beratung seines Etats beizuwohnen.

Abg. Kulorski (Pole): Es ist hier wiederholt das Wort von der gefüllten Kompostschüssel angeführt worden. Man weiß ja nicht, bei welcher Gelegenheit das Wort gefallen ist, jedenfalls aber beweist es einen gewissen Synismus bedingten, der es ausgesprochen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) einen Mangel an Verständnis und Gefühl für das Elend der Arbeiter. Die Altersgrenze für die Alters- und Invalidenversicherung sollte man auf 65 Jahre herabsetzen. Die freiwillige Versicherung sollte ausgedehnt werden auch auf die Ehefrauen der Unternehmer, die 2 oder weniger Gehältern beschäftigen. Das Los der Landarbeiter hat Herr Rogalla v. Bieberstein als ein wahres Paradies geschildert. Wenn die Agrarier auch nicht mit den Sozialdemokraten zu vergleichen sind, so gibt es doch auch unter ihnen bezüglich wenig Gemüthslosen, die z. B. dem Arbeiter, welchem die Kuh krepiert, das Geld für eine neue geben. Eier, Butter usw. werden zwar in der Wirtschaft der Landarbeiter selbst hergeheißt, aber sie können

höchstens daran riechen,

selbst haben sie davon nichts, weil sie alles verkaufen müssen. Und da, wo die Arbeiter ein Deputat haben, sind die Geldlöhne ganz außerordentlich niedrig. Ersparnisse haben die Leute; aber man muß wissen, wo diese herkommen. Die Leute hungern und darben und arbeiten von früh bis spät, um nur ihr Ideal zu erreichen: sich für das Alter ein kleines Häuschen kaufen zu können. Man muß nur ihre Bedürfnislosigkeit kennen, um zu verstehen, wie die Spargroschen zusammenkommen, von denen Herr v. Oldenburg sprach.

Der polnische Handwerker leidet direkt unter dem Wohlstand der Behörden. Bei Submissionen erklärt er auch als Mindestbietender nie den Zuschlag, nur weil er Pole ist. Selbst in Rußland sind die Polen weit besser daran. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Konhard (fr. Sp.): So gut wie Herr Stadthagen behauptete, geht es den Ärzten denn doch nicht. Auf dem Standpunkt der freien Arztwahl stehen auch viele Arbeiter. Redner tritt für die fortgesetzte Bekämpfung der Lungenkrankheit ein. Auch dem Alkoholismus und vor allem der Syphilis muß energisch zu Leibe gegangen werden. Auf diesem Gebiete verdienen die Forschungen des Herrn Geheimrats Reiter lebhafteste Unterstützung. Eine wirksame Kasernierung der Prostitution halte ich für technisch unbrauchbar. Mit der Kasernierung würde der Staat die Verantwortung für die Gesundheit der Prostituierten in den Vorderplan übernehmen, kein Arzt aber kann mit Bestimmtheit erklären, ob jemand noch an Syphilis krank ist oder nicht. In enger Beziehung mit den Geschlechtskrankheiten steht der Alkoholismus; denn der Weg zu den Geschlechtskrankheiten geht meist durch ihn. Nach der Schweizer Todesursachenstatistik verursacht der Alkohol 10 Proz. aller Todesfälle. Die stetig zunehmende Zahl der Perzranken, die starke Belegung der Krankenhäuser und Irrenanstalten ist durch ihn verursacht. Natürlich läßt sich der Alkoholismus nicht durch neue Steuern einschränken, sondern nur gemäß dem trefflichen Wort, mit dem Graf Posadowsky im Jahre 1903 den internationalen Kongreß zur Bekämpfung des Alkohols eröffnete: „Nicht mit Zwangsmitteln, sondern mit

Aufklärung

müssen wir gegen die gefährlichen Volksfeinde ankämpfen.“ (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Horn-Sachsen (Soz.) [auf der Tribüne schwer verständlich]:

Der Abg. Hagemann mag sich ruhig versichert halten, daß die Meinungsfreiheit bei uns bester geschützt ist als im bürgerlichen

Lager. Nur darf man nicht mit sogenannter Meinungsfreiheit Handlungen beden wollen, die unserem Programm direkt zuwiderlaufen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Hagemann wird sich doch bitter darin täuschen, daß ein Verband, der so brutal gegen alle Arbeiterforderungen auftritt wie der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die Arbeiter uns je abspenstig machen könnte. Der Abgeordnete Hagemann ist ja früher für Ausnahmegeetze gegen uns eingetreten. (Hört! hört! links.) Jetzt erklärt er sie für überflüssig, fährt aber richterliche Urteile an, die wegen allerhand Kleinigkeiten Sozialdemokraten zu schweren Strafen verurteilen, und meint danach, daß die bestehenden Geetze ausreichen. Daß Herr Hagemann als Richter Urteile fällen würde, die Sozialdemokraten wegen Kleinigkeiten ins Zuchthaus bringen, traue ich ihm allerdings ohne weiteres zu.

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen nicht sagen, daß ein Kollege in seiner richterlichen Tätigkeit das tun dürfte, was Sie ihm soeben zugerufen haben. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. Horn (fortfahrend): Man wirft uns Sozialdemokraten „Verberbung“ vor. Aber das Zentrum predigt Gift und Dolch gegen die sozialdemokratischen Agitatoren; und den Terrorismus, den die Pfarrer gegen uns ausüben, kennt das Zentrum ja ganz genau. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky warf der Sozialdemokratie vor, daß sie Forderungen stelle, die auch der Zukunftsstaat nicht erfüllen könne. Dann wäre ja ein Versuch damit für Sie ungehörlich. Graf Posadowsky würde jedenfalls als Staatssekretär des sozialistischen Reichsamts des Innern viel fruchtbarer wirken können als jetzt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky warf uns Un dankbarkeit gegenüber dem vor, was auf sozialpolitischem Gebiete schon in Deutschland geleistet sei. Aber damit wir dankbar sein könnten, müßte wirklich dieser Klassenstaat aufhören, jedem Versuche der Arbeiter ihre Lage zu verbessern, die größten Schwierigkeiten in den Weg zu legen, müßte die Ausbeutung d. i. breiten Schichten des arbeitenden Volkes wenigstens etwas mehr eingeschränkt werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie ungenügend unsere Sozialpolitik noch ist, zeigt recht deutlich die

vollkommene Schutzlosigkeit der Glasarbeiter.

Im vorigen Jahre hat der Reichstag in einer Resolution verlangt, daß noch im Laufe derselben Session ein Gesegentwurf vorgelegt werde, der eine Beschränkung der Arbeitszeit und die Durchführung der Sonntagsruhe in der Glasindustrie einschleife. Aber von einer Ausführung dieses Beschlusses ist gar keine Rede. Es ist sehr bedauerlich, daß ich alle Jahre immer wieder auf dieselben Notwendigkeiten hinweisen muß, da nichts für die Glasarbeiter geschieht. Ein Maximalarbeitsgesetz für die Glasarbeiter wäre sehr wünschenswert. Leider werden noch immer zahlreiche Kinder in den Glasbläthen beschäftigt. In Wirklichkeit werden viel mehr Kinder beschäftigt, als in der amtlichen Statistik angegeben wird. In der amtlichen Statistik werden nur die Kinder aufgeführt, die „regelmäßig“ arbeiten. Was soll aber das Wort „regelmäßig“ heißen? Das ist eine ganz dehnbare Bezeichnung! Eine Arbeiterkommission hat festgestellt, daß „unregelmäßig“ massenhaft Kinder beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei dehnte sich die Kinderarbeit vielfach bis zu täglich zwölf Stunden aus! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das arbeitende Volk genießt in Deutschland überhaupt nicht die Rechte, die auf dem Papiere ihm zugesichert sind. Ich möchte nur auf die vielfältigen Klagen aus dieser Session über Ausweisung von sogenannten „lästigen“ Arbeitern eingehen: Zwei Arbeiter in Oberhausen erhielten den Bescheid von der Polizei, sie seien ausgewiesen, weil sie dem Glasarbeiterverbande angehörten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Sozialdemokraten seien; Sozialdemokraten habe man in Deutschland genug. Diese Antwort beweist, wie es mit den „Rechtsgarantien“ in Deutschland aussieht. Man sollte doch den Arbeitern, die man vom Ausland heranholt, vorher sagen, daß sie in Deutschland das Recht nicht haben, ihre Interessen zu vertreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (3.): Herr Sachse hat behauptet, die Familie Trimborn, der die Grube „Fortuna“ gehören soll, schmeiche sich um das Wohl ihrer Arbeiter nicht zu kümmern. Ich stelle fest, daß ich mit der Grube nicht das geringste zu tun habe; es hat lediglich einer meiner Brüder (Heiterkeit)

ein paar Ruge

dieser Grube. Dieser Bruder ist Herr Sachse natürlich ganz gleichgültig, und da man an mich nicht heranlann, spricht man von der „Familie“ Trimborn. Um diese Kampfesweise zu charakterisieren, selbst mir der parlamentarische Ausdruck. Der Abg. Sachse ist gar nicht wert, daß ich mir ihm zu Liebe einen Ordnungsruf zuziehe. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Es sind aber außerdem Flugblätter außerhalb dieses Hauses verteilt worden. Ihre Verfasser stehen wahrscheinlich auch außerhalb dieses Hauses. Deshalb kann ich mich diesen Flugblättern gegenüber deutlicher ausdrücken. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Ich erkläre also: die in diesen Flugblättern eingeschlagene Kampfesweise als eine vollständig unanständige und häßliche Methode. (Beifall im Zentrum.) In den Flugblättern heißt es immer in Fettdruck:

Familie Trimborn, Streik, Aussperrung.

Das soll dann der Leser zusammenreimen. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Außerdem ist noch von einer Zuckfabrik die Rede. Da habe ich in der Tat Aktien geerbt. Man kann doch schließlich nichts dafür, wenn man so etwas erbt. (Heiterkeit im Zentrum.) In dieser Zuckfabrik hat nie ein Streik stattgefunden. Es ist eine ganz unständige ländliche Siederei. Im Flugblatt aber hieß es: In dieser Fabrik werden die Arbeiter ganz in derselben Weise ausgebeutet wie in allen Fabriken. Aber jedenfalls

„Familie Trimborn, Aussperrung.“

(Heiterkeit rechts und im Zentrum. Mit gehobener Stimme): Wie soll man nun aber denjenigen bezeichnen, der diese Methode hierher ins Haus verpflanzt? Ja, kann nicht anderes tun, als ihn den Verhältnissen preisgeben, welche Sie alle wohl darüber haben werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Werten (fr. Sp.) kommt auf die vom Abg. Bergmann angeregte Frage des Vogelshauses zurück. — Vom Vogelshaus komme ich auf den Kinderstich. In den Glasperlen, die für ein Spottgeld gekauft werden, hängen unmaßige Kindertränen. Wenn ein Käufer unter den weißen Perlen plötzlich schwarze entdeckt, dann sollte ihm das ein Symbol der Kindertränen sein! Das Kinderstichgesetz, das doch seit dem 1. Januar 1904 gelten soll, steht

nur auf dem Papier.

Es besteht eine Kälteschere, nämlich den § 3, welcher einen Unterschied zwischen „eigenen“ und „fremden“ Kindern macht. Erfreulich aber ist, daß einzelne Staaten wie Württemberg und Posen schärfere Bestimmungen erlassen haben. Der letzte Kinderstich ist das einfache Verbot der Kinderarbeit. Wer die Kinder gesehen hat, wie sie

für 2 1/2 Pf. die Stunde

Tag für Tag ohne Erholung künstliche Blumen fertigen, der wird sich für diese Produkte der Kinderbeutung bedanken. Fraglich ist, ob die Polizisten und Gewerbe-Inspektoren im Stande sind, die Durchführung des Kinderstichgesetzes zu garantieren. Wir fordern also, daß die Lehrer und Kerze zur Kontrolle hinzugezogen werden. Ein Artikel in der Münchener „Medizinischen Wochenschrift“ hat ausgezeichnetes Material dafür beigebracht, wie notwendig die ärztliche Kontrolle der Kinderarbeit ist. (Beifall links.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) polemisiert gegen den Abg. Rogalla v. Bieberstein und den Abg. v. Oldenburg. Letzterer erzählte von der alten Frau mit den Tälern im Unterrod. Wenn eine Frau in 40 Jahren 1000 M. erspart hat, so bedeutet das nur, daß sie jährlich

30 M. gespart hat. Das ist kein Beweis für allzu hohe Löhne. Die heutige Regelung der Armenpflege auf dem Lande ist gänzlich ungenügend. In einem Armenhause, das nur aus einem Raum bestand, waren drei verschiedene Parteien untergebracht, darunter ein alter idiotischer Mann und ein halbwüchsiges Mädchen, das den greulichsten Attentaten von Seiten dieses Mannes ausgelegt war. (Hört! hört! links.) Redner geht näher auf die auf den ostelbischen Gütern gezahlten niedrigen Gehälter und Löhne ein: Ein Schäfer erhält 600 M. Gehalt, davon nur etwa 100 M. in bar. Will er einmal Urlaub haben, so muß er seinen Vertreter bezahle; jeden Tag kann er entlassen werden, während er an eine lange Kündigungsfrist gebunden ist. Abg. Rogalla v. Bieberstein nannte die Löhne in seinem Wahlkreise kolossal gering. Sie betragen jetzt für den männlichen Arbeiter 300 M., für den weiblichen 210 M. jährlich. (Hört! hört! links.) Wie müssen sie dann erst früher gewesen sein! (Sehr richtig! links.) Dabei ist die Gefindeordnung derart, daß ein Knecht nicht einmal seinen Dienst verlassen darf, wenn ihn sein Dienstherr mit der Peitsche traktiert hat. (Lachen rechts.) Ja,

Sie haben gut lachen,

Sie stehen nicht unter der Gefindeordnung! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Weiber! Zuruf rechts: Sie ja auch nicht!) Nein, aber ich habe das nötige Gerechtigkeitsgefühl. (Zuruf des Abg. Rogalla von Bieberstein: Ja auch!) Nun, wenn Sie das haben, dann werden Sie auch in den Kampf gegen die Gefindeordnung eintreten. Da sich auch die polnische Fraktion, obgleich sie vorwiegend aus Landwirten besteht, für

Beseitigung der Gefindeordnung

ausgesprochen hat, und da auch das Zentrum in dem Abgeordneten Wedberts nach den Ausführungen, die er leider nur außerhalb dieses Hauses gemacht hat, einen Vorläufer gegen die Gefindeordnung gefunden hat, so wird dieses alte Goldwerk unter Unterstützung des Gerechtigkeitsgefühls des Herrn Rogalla (Heiterkeit) doch endlich fallen. (Beifall links.)

Abg. v. Waffow (L.): Herr v. Gerlach hat mich neulich in der stärksten Weise persönlich angegriffen. Seine Kritik war unter aller Kritik. Während ich hier ganz ruhig auf meiner Bank sitze, (Heiterkeit) fängt Herr v. Gerlach eine Rede an, die mit Ungezogenheiten anfängt und mit der Bemerkung schließt: Dieser Artikel wird vertreten von dem edelkonversationen Herrn v. Waffow. Auf Herrn v. Gerlach wirken diese beiden Worte wie das rote Tuch auf gewisse Tiere. (Heiterkeit rechts.) Dieser junge Mann, der als Junge noch mit dem Hombzettel hinten „raus“ rumlief, (Stürmische Heiterkeit rechts) als ich bereits mehrere Feldzüge hinter mir hatte, scheint ein schlechte Erziehung genossen zu haben, daß er einen alten 63jährigen Mann in dieser Weise angreift. (Lachen links.) Herr v. Gerlach hat einen schriftlichen Kontrakt eines Schäfers vorgelegt; er zieht aber willkürlich nur solche Sachen heraus, die er für seine Degeneration gebrauchen kann. Im allgemeinen schließen wir gar keine schriftlichen Kontrakte. In diesem Falle ist der Vertrag schriftlich abgeschlossen, weil der betreffende Gutbesitzer sich an einen Agenten gewendet hat. Herr v. Gerlach behauptet, Landarbeiter kämen mit ihren Bezügen auf höchstens 600 M. Ja habe hier die Berechnung eines Sozialdemokraten. Der rechnet für sich 1770 M. heraus. (Hört! hört! rechts.) Ich habe hier einen Kontrakt von vor 20 Jahren. Damals erhielt ein Arbeiter bei mir mit Deputat 888 M., und seitdem sind die Verhältnisse wesentlich andere geworden. Ich will Ihnen hier aus einer Zeitung vorlesen, wie man über Herrn v. Gerlach denkt. Da wird geschrieben, kein Mensch nehme ihn politisch ernsthaft, er wechsle seine Farbe häufiger als das Chamäleon, er hebe auch die Dienstmädchen gegen die Herrschaften auf.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht lachen —

Abg. v. Waffow: Das steht in der Zeitung. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Auch dann dürfen Sie das nicht von einem Abgeordneten sagen.

Abg. v. Waffow: Herr Mehring, der Herrn v. Gerlach sehr nahe steht, nennt ihn einen „politischen Leichenfledderer“. (Stürmisches Gelächter rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Wenn Sie mit diesen Vorlesungen nicht aufhören, muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Schöpfkin (Soz.):

Die Braunkohlenindustrie im Königreich Sachsen weist höhere Krankheits- und Unfallziffern auf als die Steinkohlenindustrie sowohl in Sachsen wie in fast allen anderen Reichsteilen, obwohl die Arbeit sich meist über Tage oder bei höchstens 10—12 Meter Tiefe vollzieht. Von Jahr zu Jahr sind Krankheits- und Unfallziffern ständig gestiegen. Der Staatssekretär sollte daher seine Aufmerksamkeit mehr als bisher der Braunkohlenindustrie zuwenden, zumal der sächsische Berginspektor über diese empörende Situation mit ein paar gleichgültigen Worten hier weggeht. Kollage Que, der infolge seiner langjährigen Tätigkeit im Bergbau wohl Erfahrung besitzt, hat kürzlich dieses Gebiet bereist und erklärt, daß die Lage der Braunkohlenarbeiter tatsächlich noch schlechter sei als die der übrigen Bergarbeiter. Dabei ist der Abbau der Braunkohlengruben von Jahr zu Jahr lohnender geworden, so daß die Industrie die Kosten für einen wirksamen Arbeiterschutz wohl tragen könnte. Sollte in nächster Zeit nichts Ernsthaftes auf diesem Gebiet geschehen, so werde ich später noch ausführlicher darauf zurückkommen.

Der Abg. Hagemann hat sich heute darin gefallen, eine Leporelloliste von Angehörigen in der Arbeiterbewegung vorzutragen, die Geld unterschlagen hätten. Wir haben keine Ursache zu kugnen, daß unter den 4 Millionen Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern in Einzelfällen wohl auch Unredlichkeiten vorkommen. Aber der Abg. Hagemann sollte doch nicht außer acht lassen, daß zum großen Teile die Leute durch ökonomische Verhältnisse, durch die Schikane der Unternehmer gerade gegen die in der Arbeiterbewegung Tätigen zu ihrer Tat gedrängt worden sind. Jedenfalls könnten wir Ihnen von Spitzbuben aus den staatsbehaltenden Parteien hier wesentlich längere Listen vorlesen. Von wachsenden Nationalliberalen allein würde ich mich verpflichten, nur aus dem letzten Jahre das Doppelte von Fällen anzuführen. Ich gelte ganz offen, daß ich nicht genug war, dem Abg. Hagemann mehr Geschnap zu vertrauen. Ich hätte mir aber sagen sollen, daß er ein Nationalliberaler ist; und wie tief ein Nationalliberaler sinken kann, hat uns ja seit zwei Jahren der Abg. Lehmann zur Genüge gezeigt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hörster (Soz.):

Der Abg. Lehmann ist bei seiner Schilderung der Aussperrung der sächsisch-schärfingischen Textilarbeiter noch über die Denkschrift des Unternehmerverbandes hinausgegangen und hat sich damit sicherlich den Dank seiner Auftraggeber verdient. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Soweit er Tatsachen ansführte, war die Darstellung ganz einseitig und falsch; im allgemeinen hat er sich deshalb mit den Redensarten von „Terrorismus“ und „Agitatorenhebe“ begnügt. Aber von allen polizeilichen Eistierungen während des Streiks ist auch nicht eine einzige vom Gericht als gerechtfertigt anerkannt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hingegen müßte gegen den Terrorismus der Arbeitwilligen in zwei Fällen sowohl vom Gericht wie nach dem Streik von den Unternehmern selbst eingeschritten werden. (Erneutes Hört! hört!) Ueber die Einkommensverhältnisse der Textilarbeiter in Greiz gibt die amtliche Steuerstatistik viel objektiver Auskunft als die Mitteilungen von Unternehmern, auf die sich der Abg. Lehmann gestützt hat. Danach hatten im Jahre 1904 unter 400 M. Einkommen 2493 Rentner (Wiesches Hört! hört! links), von 401 bis 600 M. 3280 Rentner, von 601 bis 900 M. 1786 Rentner. (Erneutes Hört! hört! links.) Dabei geben die Unternehmer selbst der Steuerbehörde an, daß die Arbeiter verdienen, und spielen noch die freiwilligen Eretuloren, und die Leute mit diesem fabelhaft geringen Einkommen

werden noch zu den Kommunalsteuern herangezogen. Die Einkommen bis zu 400 M. tragen 1,75 bis 4,88, die Einkommen bis 600 M. 4,88 bis 7 M. Kommunalsteuer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Textilarbeiter werden ja allerdings nicht nur in Greiz, sondern überhaupt außerordentlich schlecht bezahlt (Sehe wahr! bei den Sozialdemokraten), und es ist außerordentlich charakteristisch, daß gerade die höchst entwickelte Industrie Deutschlands die längste Arbeitszeit und die allerhöchste Entlohnung hat.

Die „unbilligen“ Forderungen der Arbeiter gingen auf eine zehnständige Arbeitszeit und eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Die „Humanität“ der Unternehmer bestand darin, selbst diese Forderungen abzulehnen. Das „Entgegenkommen“ der Unternehmer zeigte sich im Abnehmen aller Verhandlungen. Dabei gestanden sie sich untereinander zu, daß die Textilindustrie sehr wohl höhere Löhne zahlen könne, und daß sie sich für nächstes Frühjahr auf eine Lohnerhöhung vorbereiten müßten, sollte der Standard of Life (gewöhnliche Lebenshaltung) der Textilarbeiter gesichert werden. (Hört! hört! bei den Soz.) So hat nach Ausweis ihres eigenen Protokolls ein Unternehmer selbst erklärt, daß die jetzigen Löhne den Arbeitern einen genügenden Lebensunterhalt nicht sichern. Aber die Herren Fabrikanten erklären, daß sie allein das Recht haben, die Höhe der Löhne zu bestimmen. Da wären die Arbeiter allerdings schlecht daran; denn wenn man die Herren Unternehmer hört, so gewinnt man den Eindruck, als wenn sie die allerärmsten wären. Die Herren Großgrundbesitzer bezeichnen sich ja auch immer als die Kollektenden. Die Herren Fabrikanten verhandelten nun darüber, ob man die Zugeständnisse an die Arbeiter veröffentlichten solle. Das wurde aber abgelehnt mit der Motivierung, daß man ja später die Preisauflage gegenüber den Arbeitnehmern mit diesen Zugeständnissen motivieren müsse. Die Zugeständnisse schienen also den Herren selbst für diesen Zweck zu gering. Herr Lehmann führte aus, welche widerhaarige Mäxer die Textilarbeiter gewesen sind. Er hat uns erzählt, daß die Textilarbeiter in Unterhandlungen eintreten wollten, aber es ablehnten, mit dem Verbands zu verhandeln. Wenn aber Tarifverträge abgeschlossen werden, so muß doch eine Macht dahinter stehen; daher werden solche Tarifverträge immer von Organisation zu Organisation abgeschlossen. Aber, verehrter Herr Abgeordneter, warum waren Sie nicht so ehrlich, auch bekannt zu geben, daß die Arbeiter schließlich sich sogar dazu bereit erklärt haben, da ihnen die Aufbesserungen der Existenzbedingungen der Arbeiter höher als Formalitäten ständen, trotz dieses Verlangens mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten. Aber die Unternehmer stellen auch daraufhin einfach das Ultimatum: Das und das bewilligen wir. Wenn ihr wollt, gut; wenn nicht, so finden keine Verhandlungen mehr statt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Greiz haben die Textilindustriellen sich eine christliche Organisation geschaffen, aber entgegen ihren Erwartungen machten diese christlichen Arbeiter — zu ihrer Ehre sei es gesagt — wenigstens im Anfang vollständig gemeinsame Sache mit den anderen Arbeitern. Als die Fabrikanten sahen, wie die Sache lief, machten sie bekannt: Wir öffnen jetzt unsere Fabriken für diese Zeit. Es kamen aber nur sehr wenige Arbeiter: von 35 000 nur etwas über 3000. Darauf wurden die Fabriken wieder geschlossen und die Arbeitswilligen von den Fabrikanten unterstellt. Schließlich ging der Kampf zum Kampfe zu Ende. Aber sobald sie sich wieder erholt haben, wird die elende Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen sie zwingen, den Kampf von neuem zu versuchen. Die Unternehmer haben zum Frühjahr einige Aufbesserungen versprochen. Ob sie aber ihr Versprechen einhalten werden, scheint mir sehr zweifelhaft. — Herr Lehmann sprach vom Terrorismus der Arbeiter. Ja, die Herren Textilindustriellen sehen einen Terrorismus schon darin, wenn die Arbeiter für ihren Verband Propaganda machen! Mit Ihrem Geschrei vom Terrorismus werden Sie im Lande keinen Erfolg haben. Sie können uns nur dadurch bekämpfen, daß Sie die Forderungen der Arbeiter erfüllen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt

Abg. v. Gerlach (Pres. Bg.): In der Rede des Abg. v. Maffow befindet sich eine einzige und bestreitbare Tatsache, nämlich daß er älter an Jahren ist als ich. Weil sich in dem Namen eines Ortes, den ich neulich erwähnte, ein Druckfehler befand, hat der Abgeordnete v. Maffow angedeutet, ich hätte mir die Gedächtnisse aus den Fingern gezogen. Wenn er das jetzt leugnet, so besitzt er nicht die Fähigkeit, seine Worte und seine Gedanken miteinander in Einklang zu bringen. (Weißall links.) Als Herr v. Maffow dann mit seinem eigenen Geiste zu Ende war, was ziemlich rasch ging —

Präsident Graf Kallstrem: Das ist keine persönliche Bemerkung.

Abg. v. Gerlach (fortfahrend) hat er eine Zeitung herausgezogen und hat sich den Inhalt des schmutzigen Pamphlets von einem ehemaligen Wahlhelfer zeigen lassen oder hat jedenfalls nicht versucht, den Eindruck, als ob er ihn sich zeigen möchte, zu verwehren. Auch Herr Dr. Lehning hat er als Kronzeugen gegen mich angeführt. Ich möchte zum Schluß noch den Wahlspruch der Familie v. Maffow anführen. —

Präsident Graf Kallstrem: Selbst wenn Sie der Familie v. Maffow angehören würden, dürften Sie in einer persönlichen Bemerkung diesen Wahlspruch hier nicht zitieren. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Gerlach (fortfahrend): Die ganze Rede des Herrn v. Maffow war durchaus würdig des Pamphlets, das er vorlas. (Weißall links.)

Abg. Lehmann (natl.): Die Arbeiter haben in der Tat stets abgesehen, ohne Verband mit den Unternehmern zu verhandeln. Sonst habe ich der Rede des Abg. Förster nichts hinzuzufügen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird das Gehalt des Staatssekretärs und Titel 7 (Fortdauernde Ausgaben für das Reichsamt des Innern) bewilligt. — Gegen die Stimmen der Rechten wird eine Resolution Albrecht und Genossen (Soz.) angenommen, welche lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsminister zu ersuchen, daß eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Großindustrie eingeleitet werde. Die Untersuchung wäre unter anderem auf folgende Punkte zu erstrecken:

1. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit oder die Dauer der Arbeitsschichten;
2. über die Ueberstunden und Ueberarbeiten unter Berücksichtigung der Zahl der Ueberarbeit leistenden Arbeiter für jedes einzelne Werk sowie der auf jeden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Zahl der Arbeitsschichten;
3. über die Einwirkung der Arbeitszeit sowie der Nacht- und Ueberarbeit auf die Unfallhäufigkeit und die Erkrankungsgefahr für die Arbeiter;
4. über die Durchführung und die Wirkung der bis jetzt erlassenen Schutzbestimmungen für die Arbeiter;
5. über die von den Betriebsleitungen getroffenen Einrichtungen, wie Waschgelegenheit, Badeeinrichtungen, Räume zum Einweichen von Maschinen usw.“

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen Initiativanträge. Zunächst Fortsetzung der Beratung des Antrages Albrecht und Genossen betreffend Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und gehehmen Reichstagswahlrechts in sämtlichen Bundesstaaten. Dann der Antrag Kiehl (L) und Genossen betreffend die Gewährung von Beihilfen an Kriegsveteranen.
Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die freiwilligen Steuerfucher bei der Arbeit. Die Finanzreformkommission beschloß gestern die Frage der Besteuerung der Personenzehrenten. Die Vorlage schlägt eine Stempelsteuer für

Zaharten im Eisenbahnverkehr auf inländischen Bahnlagen I. Wagenklasse 40 Pf., II. 20 Pf., III. 10 Pf. und IV. 5 Pf. vor. Zaharten von Klein- und Straßenbahnen, die verschiedene Wagenklassen nicht führen, gleich der III. Klasse, und ebenso für den Dampfschiffverkehr, ausgenommen diejenigen Dampfschiffe, die mehrere Klassen führen, wofür alsdann eine Stempelgebühr von 20 Pf. zu entrichten sein soll.

Befreit von der Stempelgebühr sollen sein Zeilarten, deren tagmäßiger Fahrpreis den Betrag von 2 M. nicht übersteigt, sowie Militär- und Arbeiterfahrarten.

Dazu liegt ein von den Nationalliberalen vorbereiteter Antrag vor, der außer von Dr. Becker und Westermann auch unterzeichnet ist von Vokelmann, Kardorff und Müller-Fulda. Dieser lautet:

a) Zaharten, Fahrheime und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personenzehrentes im Eisenbahnverkehr auf inländischen Bahnlagen, wenn sie berechtigen zur Fahrt

1. in der I. Wagenklasse	1 Pf. pro Kilometer.
2. „ II	1/2 „ „
3. „ III	1/4 „ „

Zaharten von Straßen- und ähnlichen Bahnen, welche getrennte Wagenklassen nicht führen, werden wie Zaharten III. Klasse behandelt.

b) Zaharten usw. im Dampfschiffverkehr auf inländischen Wasserstraßen 1/4 Pf. Wenn das Dampfschiff verschiedene Klassen führt, gilt der Soz von 1/4 Pf. für die niedrigste Fahrklasse. Für die höheren Fahrklassen beträgt in diesem Falle die Stempelabgabe gleichmäßig 1/4 Pf. pro Kilometer. Bei Zaharten von und nach ausländischen Orten ist die Abgabe nur für die im Inlande zurückgelegte Strecke zu entrichten. Stempelbeträge bis zu 5 Pf. bleiben unberücksichtigt, höhere Beträge werden bis auf 10 Pf. abgerundet. Befreit sind 1. Zaharten der III. Wagenklasse, soweit im Eisenbahnverkehr eine IV. Wagenklasse nicht geführt wird und der Fahrpreis der III. Wagenklasse den Soz von 2 Pf. für das Kilometer nicht übersteigt; 2. die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Militär- und Arbeiterfahrarten.

Der Referent Westermann tadelt an dem Regierungsentwurf, daß er den sogenannten kleinen Verkehr genau so belasten will wie den großen. Demgegenüber seien er und seine Freunde zu der Ansicht gelangt, daß es gerechter sei, den großen Verkehr schwerer zu treffen. Dadurch würde auch ein bedeutend höherer finanzieller Erfolg erzielt, denn nach der Berechnung der Antragsteller brähe die Steuer nach ihrem Vorschlage mindestens 45 Millionen, während sich die Regierungsvorlage auf eine Einnahme von 13 1/2 Millionen beschränkt. Durch diese Art der Besteuerung würde auch der Auslands- oder Fremdenverkehr mitgetroffen, und trage er aus diesen Gründen kein Bedenken, den Antrag zur Annahme zu empfehlen und die Regierungsvorlage abzulehnen. Dr. Biemer als Korreferent ist der gleichen Ansicht in bezug auf die Regierungsvorlage, aber entgegengesetzter Ansicht bezüglich des Antrages Becker und Genossen und beantragt beide abzulehnen. Es sei eine merkwürdige Erscheinung zu einer Zeit, wo die weitgehenden Beschränkungen in bezug auf die Tarifreform im Eisenbahnverkehr gegeben seien, mit einer Steuervorlage zu kommen, die den Verkehr versteuere und erschwere. Die Folge könne nur eine Belastung des Handels und Verkehrs sein. Die Ertragsberechnung der Antragsteller entbehre jeder realen Grundlage und sei ins Blaue hinein gemacht.

Der Regierungsrat Dr. v. d. Leyden aus dem preussischen Eisenbahnministerium erklärte, daß die Eisenbahnverwaltung die schwerwiegendsten Bedenken gegen den Antrag habe. Es sei ihr ohnehin schon nicht leicht gefallen, der Regierungsvorlage zuzustimmen, weil sie einen Rückgang der Einnahmen befürchte, aber dieser Antrag geht noch weit darüber hinaus. An der Hand sorgfältiger Berechnungen sucht er den Antragstellern klar zu machen, daß durch die der Verwaltung dadurch ausgehenden Schwierigkeiten, die eine erhebliche Vermehrung des Beamtenheeres erfordern würden, durch die Verschlebung der Einnahmen für Zaharten II. statt I. und III. statt II. Klasse bei einem so erheblichen Zuschlage die Mehraufwendungen und Mindereinnahmen auf mindestens 26 Millionen zu berechnen seien. Nach den Berechnungen der Verwaltung würde der finanzielle Effekt mit der Belastung und Erschwerung des Verkehrs in gar keinem Verhältnis stehen.

Auf Antrag des Genossen Singer wird die Erklärung des Regierungskommissars im Protokoll festgelegt.

Müller-Fulda als Mitunterzeichner des Antrages hält die Erklärungen und Berechnungen der Regierungskommissare nicht für zureichend, zumal sie mit den Fahrpreisen gerechnet haben, die die Tarifreform erst bringen soll, während die Antragsteller mit den gegenwärtig gültigen Fahrpreisen gerechnet haben. Wenn durch Annahme des Antrages die Tarifreform beschleunigt würde, so könne das nicht schaden. Der Antrag treffe mit dem Kilometerzuschlag das richtige Prinzip, es sei eine Art ausgleichender Gerechtigkeit, die auch den großen Fremdenverkehr mit treffe. Die große breite Masse des Volkes aber schone. Die preussische Eisenbahnverwaltung habe überhaupt eigenartigen Prinzipien. So sei ihm z. B. unbegreiflich, weshalb sie Sonntagsfahrarten billiger abgabe wie Wochenfahrarten. Die Sonntagsfahrten seien doch meist nur Vergnügungsfahrten, also ein Luxus. Hinzu komme das Moment, daß die Arbeiter für Sonntagsarbeit höhere Bezahlung verlangten. Zum Schluß beklagt er sich bitter, daß die Bemühungen der freiwilligen Steuerfucher nicht einmal von der Regierung gewürdigt würden.

Die Bundesratsvertreter von Bayern, Sachsen, Württemberg und Mecklenburg geben nach der Reihe die Erklärung ab, daß der Antrag für ihre Regierungen unannehmbar sei. Der sächsische Vertreter Dr. Küger sagt hinzu, daß man in Sachsen seit der geringen Verteuerung der Zaharten für die Wagenklasse von I bis III schlimme Erfahrungen gemacht habe. Der Uebergang von der III. zur IV. Wagenklasse sei ein ganz enormer gewesen und ebenso der von der II. zur III. Klasse.

Genosse Singer kennzeichnet die Antragsteller als reaktionärer wie die Regierung, in deren Vorlage ein weniger verkehrsfeindlicher und hindernder Standpunkt zum Ausdruck komme als in dem Antrage. Im Namen seiner Freunde erklärt er sich sodann gegen beide Vorschläge. Er gliederte die aus den geplanten Verkehrssteuern erwachsenden Schranken als im Widerspruch stehend mit den Worten: wir stehen im Zeichen des Verkehrs. Die ganzen Steuervorlagen sind ein Anstoß der Flotten- und Weltpolitik und wir lehnen die Verantwortung dafür ab. Gegen Müller-Fulda polemisierend, behauptet er, daß das Eisenbahnministerium nicht die Konsequenzen aus seiner Auffassung gezogen und jede Beschränkung des Verkehrs abgesehen habe. Entschieden richtiger aber seien die Ansichten der Regierungsvorlage gegenüber Müllers rüchziger Auffassung. Ganz besonders würde durch Annahme des Antrages der Kleinbahnverkehr beeinträchtigt werden, den zu fördern und zu heben eine Notwendigkeit ist. Dieser wird durch größtmögliche Billigkeit gehoben und ausgedehnt. Wenn man, wie die Antragsteller, namentlich aber Müller besonders gern die Fremden treffen wolle, so sei das ein Zeichen von besonderer Rücksichtslosigkeit. Dann könne man ja ebensowohl soweit zurückgehen, daß man wieder eine Fremdensteuer einführe und das zu einer Zeit, wo man sich in den verschiedensten Bevölkerungskreisen um eine internationale Verbrüderung, namentlich zwischen Deutschland und England, so emsig bemühe. Welche gewaltigen Summen führt nicht der Fremdenverkehr dem Inlande zu, vermehre den Nationalreichtum. Und nun gar die Ansicht Müllers, als Mitglied des Zentrums den erholungsbedürftigen Arbeitern und kleinen Leuten die Sonntagsausfahrt zu verteuern, das bedürfnis nach frischer reiner Luft als Luxusfahrt mit einer besonderen Steuer zu belegen. Das kennzeichne die Arbeiter, die Mittelstandsfremdenlichkeit der Herren vom Zentrum. Der Redner weist dann Herrn Müller noch einige Unrichtigkeiten in seinen Behauptungen über Eingaben vom Vorstande des Handelsrates und der Kölner Handelskammer

nach, die Erklärung abgegend, daß wir gegen Vorlage und Antrag stimmen, aber bereit seien, uns bei der Erbschaftsteuer-Vorlage entgegenkommender zu zeigen.

Da Kardorff sich verwundert darüber zeigt, daß auch der Vertreter für Mecklenburg, seinem Geburtslande, sich gegen den Antrag erklärt, trotzdem die Fahrpreise in Mecklenburg höher seien wie in Preußen, antwortet ihm dieser kurz: „Ja, gerade deshalb sind wir gegen weitere Verteuerung durch Ihren Antrag.“ Nachdem auch der Pole, Graf B u r z e w o - M i e l z y n s k i sich gegen Vorlage und Antrag erklärt, weil in letzter Linie immer der kleine Brauereigewerbetreibende am schwersten dadurch belastet werde, sucht sich Müller-Fulda gegen die Abfertigung durch Singer zu verteidigen, wählt dazu aber ein untaugliches Mittel. Er exemplifiziert auf Frankreich, wo eine Zahartensteuer besteht und sucht die Sache so darzustellen, als ob diese Steuer von unseren dortigen sozialistischen Genossen beschlossen und eingeführt sei, wofür fälschlich Hieb von Singer sofort pariert wird mit der Bemerkung, daß diese Steuer in Frankreich eingeführt worden ist, als es noch keine Sozialisten in der Kammer gab und wenn dies wirklich der Fall wäre, so sei das immer noch nicht maßgebend für Deutschland und für uns.

Der Reichssekretär hält seine Lage dadurch für erschwert, daß er nun zwischen zwei Feuern sitze. Denn die Kommission, die bisher alle Vorschläge der Regierung abgelehnt und die Forderungen auf ein Minimum heruntergedrückt habe, bringe ihm jetzt eine größere Steuer dar, als die Regierung sie wünscht, demgegenüber aber erklären die Vertreter mehrerer Regierungen, daß sie diese Steuer nicht akzeptieren können. Er bittet zum Schluß die Regierungsvorlage in dieser ersten Lesung anzunehmen und bis zur zweiten eine Verständigung anzubahnen.

Nachdem sich dann noch Dr. Wolff von der Wirtschaftlichen Vereinigung gegen, Die rich für den Antrag ausgesprochen, wird derselbe mit 14 (Konservative, Zentrum, Nationalliberale) angenommen, gegen 11 Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen und Wirtschaftliche Vereinigung).

Damit ist auch diese Regierungsvorlage gefallen, aber eine noch höhere Besteuerung ausgebehalten.

Am Mittwoch kommt die Automobil- und Duitungssteuer zur Beratung.

Hilfsklassengesetz-Novelle. Die Kommission zur Vorberatung der Hilfsklassengesetz-Novelle hielt gestern vormittag eine mehrstündige Sitzung ab. Das Resultat derselben war ein an die Regierung gerichteter Ertrag, der Kommission Material zur Verfügung zu stellen, das ersichtlich mache, weshalb man Schwindelklassen nicht habe entgegenzutreten können, ob man diesen ohne Aufhebung, vielleicht durch einige Änderungen des Hilfsklassengesetzes entgegenzutreten könne, ob es möglich sei, objektive Merkmale für das Vorhandensein einer Schwindelklasse festzulegen und welche Maßregeln zum Schutz der freien Hilfsklassen möglich und zweckmäßig seien. Die nächste Sitzung findet am 23. Februar statt.

Anherordentlicher Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Atten, 11. Februar. (Eig. Ber.)

In überfülltem Saale begann heute morgen die Beratung der Militärfrage.

Der Referent, Genosse Greulich, behandelte Punkt für Punkt die vom Parteikomitee hierzu gestellten Anträge. Ohne eigentliche Debatte fand These 1 Annahme. Sie lautet:

„Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstrebt im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der anderen Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern. Sie verlangt die Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte.“

Eingehender verbreitete sich Greulich über These 2:

„So lange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mittel-europas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschließlichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.“

Greulich stellte die demokratischen Einrichtungen der Schweiz sowie ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse den Verhältnissen anderer Länder gegenüber, um zu dem Schluß zu kommen, daß der Schweizer doch immerhin etwas zu verteidigen habe! Schützenfestenhusaren, Hurrapatrioten und Chauvinisten wollen wir allerdings nicht sein. Aufs schärfste beurteilte er die Umtriebe der „Antimilitaristen“, die Gemeindefürsten irrezugreifen und sie zum Anschlag an ihre Liga zu verleiten. Sagen wir es nur offen heraus: Die betrübten und unreifen Bestrebungen der Antimilitaristen sind ein Ausfluß utopistischer-anarchistischer Anschauungen...

Nicht verschwommen und schwankend wie die Antimilitaristen, sondern klar und entschieden wollen wir in unseren Anschauungen und Bestrebungen sein. Und da dürfen wir vor allem nicht die nationale Gemeinschaft mit unserem Volke ablehnen, und da wollen wir uns erinnern an den Wahlspruch der alten Internationalen: Gleiche Pflichten und gleiche Rechte, und ihn auch heute anerkennen und jederzeit befolgen. Wir weisen mit aller Entschiedenheit die anarchistisch-antimilitaristischen Bestrebungen zurück und fordern ein demokratisch organisiertes Volksheer, das unser Land verteidigt.

In französischer Sprache referierte in ähnlichem Sinne Genosse Dr. R a p i n - L a u f a n n e.

Als Vertreter der Antimilitaristen wandte sich zuerst gegen Greulich und gegen die These 2 der Züricher Anarchosozialist Dr. med. B r u b p a c h e r: Die Demokratie sei ja eine schöne Sache, aber sich für sie loszusprechen zu lassen, so viel sei sie nicht wert. Brubpachers hochtrabende Erklärung, in Zürich die Arbeiterschaft hinter sich zu haben, löste den lauten Widerspruch der Delegierten aus.

In der weiteren lebhaften Diskussion betonte Genosse Lang die grundsätzliche taktische Verschiedenheit zwischen Sozialisten und Anarchisten. Gegen die Antimilitaristen ließ er wachen, nannte er ihre Bestrebungen die größte Ideologie, für deren Förderung sie die Herrschaft der Phrase aufgerichtet haben. Demgegenüber stellte er die Tatsache fest, daß das Schweizer Volk mit Einschluß der Sozialisten für seine nationale Unabhängigkeit einstehe und daß ein auswärtiger Angriff auf sie alle Schweizer einig finden würde. Ein Volk, das für seine nationale Selbständigkeit nicht mehr einsteht, ist von Grund aus faul und auch nicht mehr aufnahmefähig für den Gedanken des Sozialismus.

In der Abstimmung wurde These 2 mit 204 gegen 35 Stimmen angenommen.

Greulich referierte nun über These 3, welche lautet:

„Die Partei protestiert gegen die Verwendung von Wehrmännern zugunsten des Unternehmertums bei Streiks. Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung. Die Partei fordert ihre Mitglieder auf, bei Militäraufgeboten in Streikfällen sich ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern bewusst zu sein und deren verfassungsmäßiges Streik- und Versammlungsgesetz nicht verletzen zu lassen. Sie hält dafür, daß die beste Garantie gegen die Verwendung der Truppen in Streikfällen in der Verstärkung ihrer politischen Macht in Staat und Gemeinde liege.“

Greulich führte aus, daß die hierzu gestellten Anträge der Genossen verschiedener Orte, betreffend die Aufforderung zur Behorsamsverweigerung, für die Partei unannehmbar seien; denn ihre Befolgung hänge rein von der individuellen Auffassung und Befähigung ab. Verweigerung der einzelnen den Gehorsam, so werde freilich die Arbeiterschaft für ihn eintreten, wie seinerzeit die Unterstützung der verurteilten 17 Genfer Dienstverweigerer mit 10 000 Franc gezeigt habe.

In der Diskussion vertrat zunächst Birz-Jürich den Antrag auf Behorsamsverweigerung, ebenso Pfister-Jürich, Dr. Tobler-Jürich, Jünger-Winterthur, Elias-Bern, Oberholzer-St. Gallen und andere. Kein einziger Redner befürwortete die These 3! Sehr

wirkungsvoll redete Genosse Lang, der die Militäraufgebote gegen streikende Arbeiter als verfassungswidrig erklärte und insbesondere gegen die Worte vom „inneren Feind“ im ersten Artikel der militärischen Dienstordnung protestierte. Die meisten Redner empfahlen den Berner Antrag, der lautet:

„Die Schweizer sozialdemokratische Partei protestiert gegen den Mißbrauch von Wehrmännern bei Streiks. Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung. So lange sie ihr nicht gegeben sind, rät sie den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die finanziellen Folgen, die den einzelnen und seine Familie treffen, zu erleichtern suchen und sich zu diesem Zweck mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung setzen. Die beste Gewähr, daß keine Gewalt gegen die im Streik stehenden Genossen gebraucht wird, liegt in der Verstärkung der politischen Macht der Arbeiterkraft in Gemeinde und Staat.“

In der Abstimmung wurde die These 3 abgelehnt und der vorstehende Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Mit 86 gegen 47 Stimmen wurde ferner beschlossen, eine Widerstandsklasse zur Unterstützung von Soldaten, welche wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt werden, zu gründen. Das Parteikomitee und das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes sollen dabei Hand in Hand gehen.

Debattelos Annahme fand These 4:
„Die Partei verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmäßigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht. Sie verlangt eine Verminderung der Militärausgaben und bekämpft alle Aufwendungen, die nicht unbedingt durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind.“

Ein dazu gestellter Antrag: die sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesversammlung zu verpflichten, gegen das Militärbudget zu stimmen, wurde abgelehnt.

Um 6 1/2 Uhr abends schloß der Präsident, Genosse Reimann, mit einer kurzen Ansprache den Parteitag.

Aus der Partei.

Das Ende der Cramer-Affäre.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat Genosse Cramer in Darmstadt seine Mandate als Reichstagsabgeordneter und als Stadtverordneter niedergelegt. Diesem Entschluß ging eine stark besuchte, ernste und lange dauernde Parteiversammlung voraus, die mit allen gegen 5 Stimmen folgende Resolution annahm:

„Die Parteiversammlung vom 10. Februar spricht dem Genossen Cramer für seinen Gang zum Großherzog und für seine heute abgegebene Erklärung: „Er widerrufe unter seinen Umständen“ ihre entschiedene Mißbilligung aus. Die Versammlung erwartet von dem Genossen Cramer, daß er, entgegen seiner Erklärung, zugibt, einen Fehler gemacht zu haben und daß er sich verpflichtet, diesen Fehler durch eine intensive Arbeit für die gesamte Arbeiterbewegung so weit wie möglich wieder gut zu machen.“

Verfänglich war die Verteidigungsmethode Cramer's. Im Hinblick auf den Besuch der Versammlung meinte er:

„Man könnte heute an die Worte Cromwells denken, die er bei seinem Eingange in London aussprach, als er auf die Zuschauermassen aufmerksam gemacht wurde: Wenn ich gehentli werde, werden ebensoviele da sein!“

Dann führte er etwa folgendes aus:

„Es ist ein herrliches, paradiesisches Städtchen Erde am hohen Berg, wo auch ich ein kleines Besitztum habe. Die Stadt dehnte sich bisher in anderen Gegenden aus und wird sich auch zukünftig, wie der Antrag des Stadtv. Heinrich Müller in der Stadtverordnetenversammlung beweist, dorthin sich ausdehnen. Allein konnte ich mit meinem Projekt für den hohen Berg nicht fertig werden und ich habe mich deshalb mit den anderen Besitzern in Verbindung gesetzt. Man mag das nun eine Spekulationenbeziehung oder Bodenwucher nennen, Ausdrücke, die sich in letzter Zeit häufig in der Parteipresse gefunden, fest steht aber, daß wir keine geschlossenen Häuserreihen dahinstellen wollen, wobei wir auf alle Fälle besser gefahren wären, sondern Häuser zum Alleinbewohnen, jedes mit einem Stückchen Garten versehen. . . . Mit einem Erlös von 10—12 Mark für den Quadratmeter bei vollständig freier Abtretung des Grundstückes für Straßen und Plätze an die Stadt wollen wir uns begnügen, ob die Preise späterhin nicht steigen, läßt sich allerdings nicht sagen. Man kann mir doch nicht zumuten, auf einen Erlös aus meinem Garten zu verzichten, dazu bin ich nicht in der Lage, im Gegenteil, ich bin gezwungen, einem Erwerb nachzugehen. Dabei habe ich seither keine Spekulation getrieben und habe beim Bauen keine Reichümer erworben, höchstens einen angenehmen Unterhalt. Wir sind nun an den Großherzog gegangen, der nicht nur als Besitzer in jener Gegend, sondern auch als Kunstfreund in Frage kam. Doch wir wollen ein näheres Eingehen auf diesen Punkt heute besser unterlassen. Ich will nicht den Anschein erwecken, daß ich mich vor einem Schritt zu fürchten hätte, den ich getan. Ich habe es getan und widerrufe es nicht. . . . Nach dem „Wendblatt“ hätte ich mich nun nicht an den Großherzog, sondern an große öffentliche Versammlungen wenden sollen. Was hätten Sie aber gesagt, wenn ich zu Ihnen mit dem Gartenstadt-Projekt gekommen wäre. Sie hätten mich zur Türe hinausgeworfen. Und daß die Stadt dort billige Wohnungen bauen sollte, daran ist gar nicht zu denken. Es handelt sich um eine rein private Sache, für die die Allgemeinheit mobil zu machen kein Grund vorliegt.“

Cramer schloß:

„. . . Ich habe getan, was ich mit meiner Ueberzeugung vereinbaren kann und ich bitte nicht um Gnade. Aber warum hat die Presse vorher den Stab über mich gebrochen, ehe die beteiligten Organisationen gesprochen. Dadurch ist die Situation nunmehr so, daß Sie das Urteil der Presse annehmen müssen. Füllen Sie das Urteil, wie die Presse es gesprochen, dann wird Ruhe eintreten. Ist Ihr Urteil ein anderes, wird es einen Parteifandal geben. Es gibt nur drei Wege, die Sie gehen können. 1. Sie machen das Urteil, wie es die Parteipresse gesprochen, zu dem Ihrigen; 2. oder Sie sprechen mir ein Mißtrauensvotum aus; 3. oder Sie schließen mich aus der Gemeinschaft, der ich 30 Jahre angehört, aus. Ich bitte durch ein freisprechendes Urteil nicht zur weiteren Fortsetzung des Skandals beizutragen. Lassen wir es jetzt zur Neuwahl kommen. Der Stab über mich ist bereits gebrochen.“

Auf eine Anfrage des Genossen Wolf, ob das Gartenstadtprojekt vor der Audienz der Stadtverwaltung vorgelegt worden sei, erklärt Genosse Cramer, daß dies ungefähr drei Tage später geschehen. Hierauf verließ Cramer das Versammlungslokal, um die Genossen in ihrem Urteil nicht zu beeinflussen.

Sämtliche Diskussionsredner mißbilligten dann sein Verhalten und die Abstimmung über die vorgelegte Resolution brachte das oben mitgeteilte Resultat.

Mangelnder Mut an Verantwortlichkeit

war es, den Herr Oberstaatsanwalt Böhm im Heinig-Prozess den politischen Redakteuren der „Leipziger Volkszeitung“ vorwarf. Die Genossen Franz Mehring, Paul Lensch und Konrad Hänsch veröffentlichten nun als Antwort darauf eine würdige Erklärung, die sie persönlich unterzeichnen und die nur am Schluß — offenbar absichtlich — in der Form gegen den § 185 des Strafgesetzbuchs leise verflucht.

Herr Oberstaatsanwalt Böhm sind nun zwei Möglichkeiten gegeben: Er kann seinen Mut der Verantwortlichkeit zeigen, indem er entweder die erhobene Anschuldigung beweist oder aber sie zurückzieht. Er kann auch sein Selbstporträt vollenden, indem er gegen die in die breite öffentliche Betretener aus sicherem Hinterhalte die Paragraphenschlinge wirft.

„Der arme Teufel“ bringt in seiner neuesten Nummer das Porträt von Curt Eisner.

Genosse Erdmann in Köln tritt Ende Juni aus der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ aus, bleibt aber als Mitarbeiter weiter für das Blatt tätig.

Ein wirklicher Demokrat.

In Chicago verschied am 25. Januar der in weiten Kreisen des Westens der Vereinigten Staaten bekannte Restaurateur Philipp Henri, nicht ganz 60 Jahre alt. Henri war ein ungetrüblich aufrichtiger und hochherziger bürgerlicher Demokrat. Mit der sozialistischen Arbeiterbewegung hat er stets sympathisiert und sie wiederholt durch namhafte Summen unterstützt. Namentlich aber werden die Arbeiter Chicagos nicht vergessen, daß Philipp Henri im Jahre des Bombenwurfs, 1886, öffentlich für die eingeleiteten Arbeiterführer Partei ergriff und diesen Vielverkümmerten, ungeachtet geschäftlicher Schädigung, monatelang das Essen unentgeltlich aus seinem Restaurant ins Gefängnis schickte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine große Staatsaktion scheint die Koblenzer Staatsanwaltschaft in Bezug auf das zur Einleitung der Agitation zur Aenderung des preussischen Landtagswahlrechts verbreiteten Flugblattes vorzubereiten. Im Laufe vergangener Woche wurden in dieser Angelegenheit in Koblenz, Kreuznach, Ahrn, Oberstein und Ahweiler insgesamt 33 Genossen vor den Untersuchungsrichter zitiert und vernommen. Es wird Vergehen gegen die §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches als vorliegend erachtet. Vernommen wurden lediglich Personen, von denen man zum Teil weiß, zum Teil annimmt, daß sie bei der Verbreitung des Flugblattes beteiligt waren. Als Genosse Hofrichter, der das Flugblatt als Verleger zeichnete, sich beschwerdeleitend an die Koblenzer Staatsanwaltschaft wandte, weil ihm weder von der erfolgten Beschlagnahme des Flugblattes, noch von der gerichtlichen Verurteilung desselben Mitteilung gemacht wurde, erhielt er unter Verweisung des landgerichtlichen Beschlusses in der Angelegenheit den Bescheid, die entsprechenden Mitteilungen seien lediglich den direkt Beteiligten zugestellt worden, für eine Zustellung an ihn habe um so weniger Anlaß vorgelegen, als gegen ihn keinerlei Verfahren eingeleitet sei.

Ausgewiesen!

Er soll „lästig“ geworden sein. Abermals wird uns die Ausweisung eines Arbeiters aus dem Ruhrgebiete gemeldet, die in krasser Weise zeigt, mit wie kleinen Mitteln ein großes Staatsvergehen gegen die Arbeiterbewegung kämpft. Der 30 Jahre alte holländische Staatsangehörige Chr. van Jeterlo lebte seit circa sechs Jahren in Duisburg-Neiderich. Der Mann ging seiner Arbeit nach, zahlte seine Steuern und tat niemand etwas zu leide. Umsonst war er nun überbracht, als ihm vor einigen Tagen von der Polizeiverwaltung in D.-Neiderich eine Ausweisungsbefehlung zugeing, wonach er als „lästiger Ausländer“ bis spätestens zum 12. d. M. das preussische Staatsgebiet zu verlassen hat. Da man ihm auf seine Vorstellungen polizeilicherseits jede Auskunft über den Grund der Ausweisung verweigerte, wandte sich der angeblich „lästige Ausländer“ an den holländischen Konsul in Ruhrort, einen gewissen Herrn Wiltsch. Anstatt indes den sein Recht nachsuchenden Arbeiter Auskunft über den Grund der Ausweisung zu geben, meinte der Herr Konsul, es müsse dem Ausgewiesenen genügen, zu wissen, daß die Verfügung von der zur Ausweisung berechtigten Regierung erlassen sei. Der Grund des Vorkommnisses brauche nicht näher erörtert zu werden! Uebrigens werde er (der ausgewiesene Arbeiter) den Grund seiner Ausweisung schon kennen.

Da nun der Ausgewiesene sich nicht im geringsten Maße eines Verstoßes gegen irgend welche gesetzliche Bestimmungen bewußt ist, noch nie eine Stunde Strafe erlitten hat, und seinen bürgerlichen Pflichten in jeder Weise gerecht geworden ist, so kann nur ein Grund für die Ausweisung in Frage kommen, nämlich der, daß v. J. als angestellter Arbeiter sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation angeschlossen hatte. Das allerdings ist in den Augen mancher sogenannter Staatsbürger ein größeres Verbrechen, als wenn jemand den Unterschied zwischen Wein und Bier verwechselt. Aber es ist nun mal halt so! Brave, aufständische und ehrliche Arbeiter weist man aus, insofern sie ihrer Pflicht als Klassenbewußte Arbeiter nachkommen, russische Spindel und agents provokatours oder großfürliche Müßel bittet man gehorsam, nach Belieben im Lande der Dichter und Denker zu schalten und walten.

Aus Industrie und Handel.

Mehr Leistung.

Trotz des enormen Ausfalls, den der große Bergarbeiterstreik in der Kohlenförderung hervorrief, ist die vorjährige Kohlenproduktion doch noch etwas größer als die des Jahres 1904. Nach der jetzt im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Uebersicht über die Ergebnisse des Steinkohlenbergbaues in Preußen waren im Jahre 1905 279 Werke im Betriebe gegen 269 im Jahre 1904. Von ihnen wurden insgesamt 112 999 716 Tonnen gefördert, das ist 244 094 Tonnen oder 0,22 Proz. mehr als im Vorjahre. Der Abzug an Steinkohlen belief sich auf 107 054 229 Tonnen, wodurch der vorjährige Abzug um 1 043 328 Tonnen oder um 0,98 Proz. übertrifft wurde. Die Belegschaftszahl war mit 450 134 Köpfen um 3070 höher als im Jahre 1904. Braunkohlenbergbau wurde in 350 (1904: 354) Werken betrieben, von denen insgesamt 44 237 200 (41 156 897) Tonnen gefördert und 34 340 854 (31 982 465) Tonnen abgesetzt wurden. Förderung und Abzug waren also beide um 7,5 Proz. höher als im Vorjahre. Die Belegschaftsziffer betrug 44 504 Köpfe, d. i. 1294 mehr als im Jahre 1904.

Im Jahresdurchschnitt wurde beim Steinkohlenbergbau fast dieselbe Leistung pro Kopf erzielt als im Jahre vorher, das heißt, die auf den einzelnen entfallenden Streifschichten sind in der Förderung fast vollständig wieder eingeholt; beim Braunkohlenbergbau ging die letztjährige Jahresleistung weit über die Durchschnittsfördermenge des Jahres 1904 hinaus. Hierzu folgende Zusammenstellung:

Es betrug die Jahresleistung pro Kopf der Beschäftigten	1904	1905
	in Tonnen	
Steinkohlenbergbau	252,2	251
Braunkohlenbergbau	952	994

Schon diese Ziffern illustrieren den Wert des Geschreies über Lohnsteigerungen. Was es mit diesen auf sich hat, tritt aber noch deutlicher in Erscheinung, wenn man die Ergebnisse der einzelnen Quartale im Streikgebiet mit einander vergleicht. Das Resultat ist dieses: Die Leistung pro Kopf der Beschäftigten im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug nämlich in den letzten drei Quartalen 1904 187,5 Tonnen
1905 194,7

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im letzten Quartale die Förderung durch den Bagenmangel, der vielfaches Einlegen von Feuerlöchern veranlaßte, stark beeinträchtigt wurde. Zieht man weiter

in Betracht, daß auch die Kohlerzeugung und die Gewinnung von Nebenprodukten erheblich gestiegen ist, dann ergibt sich für die Bergarbeiterkraft im verfloßenen Jahre eine erhebliche Steigerung der Leistung.

Im Verein der rheinisch-westfälischen Bergherren kristall es. Bergmeister Engel, geschäftsführender Vorstandsmittglied des Bergbauvereins, wurde auf Mehrheitsbeschluss des Vorstandes vorläufig vom Amte suspendiert. Hierzu erklärt die „Rheinisch-Westf. Ztg.“, daß im Vorstände Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob der mit der Geschäftsführung betraute Beamte dem Vorstände angehören solle oder nicht; die Mehrheit des Vorstandes habe nun den Bergmeister Engel zum Verzicht auf die Vorstandsmittgliedschaft aufgefordert und beschlossen, ihn im Falle der Ablehnung vom Amte zu suspendieren. Die Aufforderung sei abgelehnt worden und die Suspendierung erfolgt. Mit diesem Vorgange im Zusammenhang siehe der soeben erfolgte Austritt des Geheimrats Kirdorf aus dem Vorstände und Ausschluß des Bergbauvereins. — Bergmeister Engel war es, der beim letzten Streik den ausgeprägtesten Scharfmacherstandpunkt vertrat. Wahrscheinlich wird die Unstimmigkeit im Bergbauverein auch nicht ohne Folgen auf das Kohlenprejudikat bleiben.

Tabakhandel und Verbrauch. Die wachsende Bedeutung des Tabakgewerbes während der letzten sechs Jahre kommt in der steigenden Rohstoffverfügung deutlich zum Ausdruck. Nicht nur wächst die Verarbeitung deutschen Tabaks, sondern vor allem auch die Einfuhr überseeischer Tabake. Besonders im letzten Jahre hat die Rohstoffverfügung aus dem Auslande einen kräftigen Aufschwung genommen. Sie hat sich im Jahre 1905 gegenüber dem Jahre 1899 um nicht weniger als 224 000 Doppelzentner oder 40 Prozent erhöht. Die Einfuhr von unearbeiteten Tabakblättern stieg von 631 491 Doppelzentnern im Jahre 1904 auf 701 363 Doppelzentner im Jahre 1905. Von dieser umfangreichen Einblendung mit Rohstoffen, die noch nicht durch höhere Zölle belastet war, dürften jedoch nur geringe Mengen in das Jahr 1906 mit hinübergenommen sein. Einmal waren Ende 1905 die Vorräte in Bremen, dem Zentrum des Tabakhandels, ganz erheblich niedriger als zur selben Zeit des Jahres 1904, sodann war aber auch die Intensität der Verarbeitung stärker als 1904. Das ganze Jahr 1905 hindurch war der Beschäftigungsgrad gut, für die Weihnachtsaison wurde lebhafter als 1904 gearbeitet. Vielfach herrschte sogar Mangel an Arbeitskräften und zahlreiche Ueberstunden mußten gemacht werden.

Sobald die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes als auch der Absatz ins Ausland ist kräftig gewachsen. Allein von 1904 auf 1905 hat der Zigarettenimport um 30 Proz. zugenommen gegenüber einer Importsteigerung bei Zigarren um 6 Proz. Im Jahre 1898 war die Zigarettenzufuhr noch geringer als die Zufuhr von Zigarren. Von da ab nahm dann die Nachfrage nach Zigaretten rapid zu, jetzt ist der Zigarettenimport mehr als doppelt so groß wie der von Zigarren.

Betrachtet man das neue agrarische Steuerbüfett, dann kann man zu der Meinung kommen, der Regierung sei die doch gewiß erfreuliche Entwicklung ein Grauel, und all ihr Sinnen und Trachten konzentriert sich auf den Wunsch, die Weiterentwicklung auf jeden Fall zu hemmen. Wenn das der Zweck der Steuerpläne ist, dann darf man sagen: Bravo, Stengel, gut gemacht!

Keine Diskontherabsetzung. In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung des Zentralauschusses der Reichsbank, zerstreute der Präsident die Hoffnung auf eine weitere Diskontherabsetzung. Die Bank sei immer noch stark angepannt, zudem sei zu befürchten, daß die Höhe der fremden Wechselkurse bei einer Diskontherabsetzung unserem Goldbestande gefährlich werden könnte.

Wertzunachsteuer. In den „Ehrlich“ erworbenen Vermögen gehören nach der kapitalistischen Ordnung auch diejenigen, welche den Besitzern von Grundstücken infolge des Anwachsens der Bevölkerung und industrieller Entwicklung mißellos in den Schoß fallen. Der Verkaufswert eines Grundstücks wächst oft innerhalb ganz kurzer Zeit um das 10-, 20-, ja 100fache. Obwohl dabei von individuellen Verdiensten gar keine Rede sein kann — Dummheit und Faulheit schaden nicht vor der Wertsteigerung eines Grundstückes — reklamieren die Grundeigentümer den Wertzuwachs als heiliges, unverlegliches Eigentum. Und der Bund der Berliner Grundbesitzervereine läßt sich an seiner empfindlichsten Stelle getroffen: durch die Forderung einer Wertzuwachssteuer. Er ließ folgenden Protest vom Stapel laufen: „Der Bund legt entschieden Verwahrung gegen die mit der neuen Steuervorlage beabsichtigte Einführung einer Wertzuwachssteuer neben der erst seit noch nicht zwei Jahren verdoppelten Umlaufsteuer ein und wird die ungeschäftfertigen Bestimmungen der neuen Steuervorlage baldigst in ausführlicher Darlegung beleuchten.“

Hoffentlich hat der „Deutsche Oekonomist“ das Richtige getroffen, indem er schreibt:

„Die Herren vom „Bund“ werden es sich gefallen lassen müssen, daß für „Protest“ unter den Tisch fällt, denn die Wertzuwachssteuer ist reif und läßt sich nicht länger abwenden.“

Wenn man dem armen Teufel alles verteuert, was er durch seine Arbeitskraft erwirbt, dann braucht man wahrlich nicht über die Berechtigung einer Steuer auf Gewinne streiten, für welche die Einfacher gar nichts leisten.

Zentralverband der Konditoren (Mitgliedschaft Berlin). Donnerstags, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Tagesordnung: 1. Umlauf Arbeitgeber und die Lohnbewegung. 2. Ergänzungswahlen. 3. Geschäftsbericht. 4. Jahresabrechnung.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Kalau-Pudon. Ortsverein Berlin. Donnerstag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Monatsversammlung bei Weimart, Grünstraße 21.

Eingegangene Druckschriften.

„Re. 4 des „Süddeutschen Postillon“ geben des unsterblichen Heil in einem Gedicht „Zu Heines 50. Todestag“ und einem der besten Bildnisse Heines. L. Al. gibt eine Anzahl bildniswürdiger Heine-Abbildungen. Dem letzten Titelbild „Die englischen Parlamentswahlen“ steht als vorläufiges Schlußbild: „Die Raketenkonferenz“ gegenüber. Der volle Sonntag in Berlin, Gedicht vom Schelm von Bremen. W. Vanselow gefeiert in 9 kritischen Bildern Toddesfälle datterstehende Abbildung der Heinezeit und viel anderes mehr. Der „Süddeutsche Postillon“ ist ein erschickendes Stammbuch, das mit seinen Bild und Dummheit uns neu belebt und kräftigt. Zu beziehen durch und alle Buchhandlungen für 65 Pf. vierteljährlich.

Neue Gesellschaft. Sozialistisches Wochenblatt. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Soeben ist das 7. Heft des 2. Bandes erschienen.

„Mutterschutz“. Zeitschrift zur Reform der legalen Erbt. (Publikationsorgan des Bundes für Mutterrecht.) Herausgegeben von Dr. phil. Helene Böcker. Preis halbjährlich (6 Hefte) 3 M.; Einzelheft 60 Pf. Frankfurt a. M. J. D. Seuerländers Verlag.

Grammatisches Nachschlagewerk. 390 Seiten. Preis 2,50 M. geb. Verlag Dr. W. Grunow, Leipzig.

Arbeiterkassen, Fort mit der Arbeiterreform. 51 Seiten. Preis 80 Pf. Deutscher Verlagshaus (Hörsing u. Verdenburg). Heidelberg.

W. Keller, Schulrevolution gegen Empireraktion. 20 Seiten. Preis 25 Pf. Neuer Frankfurt-Verlag in Frankfurt a. M.

Weber, Marianne, „Verst. und Ehe“ — Die Bekämpfung der Frau an der Wissenschaft. 40 Pf. — Spiro, Dr. med. Karl, Arzt und Krankenpfleger, mit Hermann von D. St. Raumann. 25 Pf. Buchverlag der „Hilf“, Scharnberg-Berlin.

Dr. Th. Wyder, Die Ursachen des Kindbettsiebers und ihre Entdeckung durch J. H. Semmelweis. 40 Seiten. Preis 1 M. Verlag J. Springer, Berlin N. 24.

Dr. J. Müller, Die deutschen Kolonien. Monatsheft. Bezugspreis jährlich 6 M. Einzelheft 60 Pf. Verlag W. Engelhardt, Berlin W. 3.

Prof. Dr. G. Franke, Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik Nr. 19. Erscheint jeden Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 M. Verlag Duncker u. Humblot, Leipzig.

Großstadt-Dokumente. Band 28. Dr. W. Hammer, Jehu Lebensläufe Berliner Kontrollmänner. 1 M. Band 24. Dr. Fr. Hoyer, Berliner Geschichte. 1 M. Band 25. Spectator, Berliner Klubs. 1 M. Verlag J. Neumann Nech, Berlin SW. 11.



Zu Strãndfesten.

Strand-Anzüge
10.— 7.— 6.—
4 Mk. 25

Papier-Anzüge
ereme 10 Mk.

**Strand-Mützen
und Hùte**
0.75 50 Pf.

Zu Alpenfesten.

Tiroler Joppen
10.— 7.50 5 Mk. 75

Tiroler Hosen
5.— 4 Mk.

Wadenstutzen, Loden-
hùte, Ledergùrtel,
Hosentrãger,
Schmuckfedern,
Krawatten, Hemden
u. s. w.
sehr billig.

Baer Sohn

Spezialhaus gròssten Massstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brùckenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Beste Bettenfùllung

Monopoldaunen

Beste Bettfedern-Spezial-
geschãft Teutoburger.

Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46

Nervöse, Blut-

arme, Blutsüchtige uim. ergriffen
überraschende Erfolge durch

Reichel's Malzeisenpulver

Wirklich blutbildend, schwache Herzen
stãrkend u. enorm Appetit anregend.

Dr. Simmel, Prinzen-
str. 41,
Spezialarzt für 29/14*
Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moabiter Bùrgersãle 1 großer 1 kleiner Saal
BERLIN NW., Beusselstr. 9
... stehen tãglich zu ...
Versammlungen und Ver-
gnügen zur Verfùgung.

Verrechnungszimmer einige Sonnabende noch frei.

TUMA- ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Berliner Bock-Brauerei

Aktien-Gesellschaft

Tempelhoferberg u. Chausseest. 58

68. Urbock-Saison 1906.

Tãglich grosser Bock-Jubel!

Original-Bockbier in Flaschen und Gebinden
20 Flaschen für 3 Mark an Private
Wiederverkãufern entsprechenden Rabatt.
Nur echt in Korkflaschen mit 2 eingeblasenen Bòcken.
Telephon: Amt VI, 3019, Amt IX, 0191, Amt III, 2603, 2623.

Alleinverkauf für Kannen u. Syphons:
Kannenbier-Versand-Gesellschaft m. b. H. Berlin NW.
Lãneburgerstr. 17-18. Telephon: Amt II, 2018, 3214.



Kaiser's Malz- Kaffee

unùbertroffen,

das Pfund nur **25** Pfg.

Kaiser's Kaffee-Geschãft

Europas gròsster Kaffee-Ròsterei-Betrieb.

Berlin N.: Ackerstr. 23/26, Brunnenstr. 81, Brunnenstr. 151, Brunnen-
strasse 185, Badstr. 18, Chausseest. 28, Chorinerstr. 20a, Danziger-
strasse 90, Dalldorferstr. 23, Fennstr. 52, Franseckstr. 50, Invaliden-
strasse 144, Mùllerstr. 168, Putzuserstr. 41, Reinickendorferstr. 10,
Swinemùnderstr. 87, Schwedterstr. 245a, Tresckowstr. 18, Usedom-
strasse 17, Weinbergsweg 5, Wollinerstr. 42, Prinzen-Allee 31, Prinz
Eugenstr. 20, Pappel-Allee 4.

Berlin NW.: Bredowstr. 43, Beusselstr. 29, Heidestr. 15/16, Hutten-
strasse 4, Lübeckerstr. 20, Luisenstr. 43/44, Alt-Moabit 112, Melanchton-
strasse 1, Stephanstr. 42, Turmstr. 30, Turmstr. 47a, Wilsnackerstr. 30.

Berlin W.: Culmstr. 1, Genthinerstr. 26, Gleditschstr. 48, Lãtze-
strasse 83, Steinmetzstr. 41.

Berlin SW.: Bergmannstr. 93, Zossenerstr. 22.

Berlin S.: Grãfestr. 25, Sebastianstr. 88.

Berlin SO.: Admiralstr. 32, Kòpenickerstr. 144, Muskauerstr. 18,
Neanderstr. 37, Oranienstr. 1, Reichenbergerstr. 123, Wrangelstr. 23,
Wrangelstr. 54.

Berlin O.: Andreasstr. 57, Boxhagenerstr. 14/15, Ebertstr. 48, Frank-
furter Allee 51, Frankfurter Allee 71, Grùner Weg 41, Gubenerstr. 49,
Krautstr. 48b, Kònigsbergerstr. 31, Petersburgerstr. 81, Richthofen-
strasse 15, Stralauer Allee 23b, Zorndorferstr. 48.

Berlin NO.: Gollnowstr. 11, Greifswalderstr. 1, Landsberger Allee 29,
Lippinerstr. 29.

Berlin C.: Alte Schònhausenerstr. 30, Kaiser Wilhelmstr. 20.

Charlottenburg: Angerburgerstr. 59/60, Berlinerstr. 98, Berliner-
strasse 125, Dankelmannstr. 60, Holtzendorferstr. 4, Kantstr. 149, Kleist-
strasse 19, Nehringerstr. 1, Pestalozzistr. 9a, Pestalozzistr. 29, Kaiser
Friedrichstr. 57, Tauenzienstr. 19, Spandauerstr. 28, Umlandstr. 32,
Wilmsdorferstr. 126, Wilmsdorferstr. 148.

Boxhagen-Rummelsburg: Alt-Boxhagen 4/5.

Deutsch-Wilmersdorf: Berlinerstr. 131.

Friedenau: Rheinstr. 10.

Friedrichsberg: Frankfurter Chaussee 7.

Friedrichsfelde: Berlinerstr. 45.

Lichtenberg: Frankfurter Allee 171.

Weissensee-Berlin: Kònig-Chaussee 32.

Pankow: Breitestr. 24a.

Reinickendorf-West: Scharnweberstr. 16.

Ost: Residenzstr. 107.

Rixdorf: Hermannstr. 40, Kaiser Friedrichstr. 242, Steinmetzstr. 116.

Rummelsburg: Schillerstr. 12.

Schmargendorf: Breitestr. 22a.

Schöneberg: Colonnenstr. 66, Goltzstr. 86, Hauptstr. 139, Tempel-
hoferstr. 21, Neuo Winterfeldstr. 44.

Steglitz: Schloßstr. 85.

Tegel: Berlinerstr. 9.

Tempelhof: Berlinerstr. 15.

Adlershof: Bismarckstr. 14a.

Nowawes: Friedrichstr. 15.

Ober-Schöneeweide: Wilhelminenhofstr. 41.

Potsdam: Brandenburgerstr. 20, Nauenerstr. 38.

Spandau: Breitestr. 49, Jãgerstr. 1, Neuendorferstr. 6, Potsdamerstr. 1a,
Schönwalderstr. 87.

Treptow: Baumschulenweg 19/20.

Gemeindevertreter-Konferenz des Kreises Niederbarnim.

Am Montag nachmittag tagte im „Schwarzen Adler“ zu Lichtenberg eine Konferenz von Gemeindevertretern des Kreises Niederbarnim. — Genosse Grauer-Lichtenberg eröffnete die Konferenz, indem er im Namen der Lichtenberger Genossen und des Zentralvereins für Niederbarnim die Erschienenen begrüßte. Die Zahl der hier Anwesenden sei größer als die Zahl der Besucher der 1898 abgehaltenen Konferenz von Gemeindevertretern der ganzen Provinz Brandenburg war. Das sei ein erfreuliches Zeichen dafür, daß sich die Zahl unserer Gemeindevertreter seit 1898 bedeutend vermehrt und die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten fortgeschritten sei. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß die heutige Konferenz von Erfolg gekrönt sein werde. Hoffentlich werde dieser ersten Konferenz des Kreises bald eine zweite folgen und die Gemeindevertreter-Konferenzen zu einer ständigen Einrichtung des Kreises werden.

In das Bureau wurden gewählt: Freiwaldt-Panlow, Grauer-Lichtenberg, Sonnenburg-Friedrichshagen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Kommunale Schulpolitik

erhielt

Aronson das Wort. Der Redner behandelte das Thema an der Hand des Schulprogramms, welches die Gemeindevertreter-Konferenz der Provinz Brandenburg im Jahre 1898 aufgestellt hat. Die erste Forderung dieses Programms: Weltlichkeit der Schule, richte sich in erster Linie an den Staat, doch auch in der Gemeinde soll nach dieser Richtung gewirkt werden, indem unsere Vertreter gegen die Errichtung konfessioneller Schulen Front machen. Wo noch die preussische Schulsozialität bestünde, müsse auf deren Beseitigung und Übernahme der Schulkosten durch die Gemeinde hingewirkt werden. Ferner sei der unmittelbare Einfluß der Weltlichkeit auf die Schule dadurch zu bekämpfen, daß größere Schulsysteme mit mindestens drei Lehrern eingerichtet werden, wodurch der geistliche als Ortsschulinspektor ausgeschaltet werde. Auch darauf sei hinzuwirken, daß die Lehrer von den Arbeiten des Kirchendieners befreit werden. — Der zweite Punkt unseres Schulprogramms: obligatorischer Besuch der Volksschule, das heißt, daß alle Kinder zunächst die Volksschule zu besuchen haben, sei in den Gemeinden insofern zu berücksichtigen, als bei Errichtung von höheren Lehranstalten durch die Gemeinden die Volksschule abgeschafft werde. — Ferner sei dahin zu wirken, daß die für höhere Schulen bestehenden Freistellen nicht den Söhnen der Besitzenden, sondern fähigen Arbeiterkindern gegeben werden. Ungeachtet wichtiger sei jedoch unsere Forderung der unentgeltlichen Lieferung der Lehrmittel, ohne daß erst die Bedürftigkeit des Schülers nachgewiesen werden brauche. Auch für die Einrichtung von Schulfrauentagen, besonders aber für die Anstellung von Schulfrauentagen hätten unsere Gemeindevertreter einzutreten. — Die auf jede Klasse entfallende Schülerzahl sei so weit herabzusetzen, daß ein gedehnter Unterricht möglich ist. Der gemeinsame Unterricht der Knaben und Mädchen sei nicht nur aus pädagogischen Gründen zu fordern, sondern auch deshalb, weil man so leichter zu einem mehrklassigen Schulsystem kommen könne. Wenn beispielsweise in einem Orte ein dreiklassiges System, also je drei Knaben- und Mädchenklassen beständen, so ließe sich für etwa dieselben Kosten ein sechs-klassiges System einrichten, wenn beide Geschlechter gemeinsam unterrichtet werden. Für diese Forderung werde man besonders in solchen Orten eintreten müssen, die eine Entwicklung vor sich haben. Hier werde die Forderung leichter durchzuführen sein, weil man ja in kleinen Orten mit einstufiger Schule von jeher an den gemeinsamen Unterricht beider Geschlechter gewöhnt sei. — Besondere Schulklassen für Kinderbeschäftigte sollte man in Orten mit 1000 und mehr Einwohnern als eine unabwiesbare Notwendigkeit fordern. Schließlich besprach der Redner noch unsere Forderungen, betreffend Verbot der Erwerbsarbeit von Schülfern, sowie Errichtung obligatorischer Fortbildungsschulen. Ferner beantwortete er im Interesse der Weltlichkeit und Gesundheitspflege die Einrichtung von Schulbädern. Unsere Genossen sollten auch eintreten für die Errichtung von Kinderhorten, wo die Kinder solcher Eltern, die beide aus Arbeit gehen, sich tagtäglich aufhalten können. — Auf die Frage der Lehrerbeförderung, sagte der Redner, unsere Genossen müßten sich bemühen, die Hebung des Berufs der Lehrer zu betreiben. Die Lehrer würden heute vielfach als untergeordnete Leute angesehen. In einer zukünftigen besseren Gesellschaft würden die Lehrer als die ersten Bekannten gelten. Unsere Gemeindevertreter und unsere Parteigenossen müßten den Lehrern zeigen, daß sie vor deren Beruf einen großen Respekt haben, und daß es ihnen darauf ankomme, die Lage der Lehrer zu heben.

Dem Referat folgte eine ausgiebige Diskussion. Zunächst wurde ein Punkt behandelt, den der Referent mitgeteilt hatte. Er bezeichnete es als nicht zu billigen, daß die Gemeinde Rummelsburg nur für die im Orte wohnenden jungen Leute den Besuch der dortigen Fortbildungsschule obligatorisch gemacht habe. Man hätte das Obligatorium auch für die in Rummelsburg Arbeitenden aber auswärts Wohnenden einführen sollen. Hierauf bemerkte Ritter-Rummelsburg: Wenn die obligatorische Fortbildungspflicht auch auf die in Rummelsburg arbeitenden jungen Leute erstreckt werde, dann würden die betreffenden, um sich der Schulspflicht zu entziehen, anderwärts Arbeit nehmen, wo der Fortbildungsschulbesuch nicht obligatorisch ist. Eine Wohnnahe gegen Berlin sei durch die Rummelsburger Einrichtung nicht beabsichtigt. — In ähnlichem Sinne sprachen auch die Vertreter von Friedrichshagen und Weihenfeld hinsichtlich des Fortbildungsschulbesuches. Die Unternehmer hätten solche jungen Leute, die in Weihenfeld fortbildungspflichtig waren, nicht mehr beschäftigt.

Sonnenburg-Friedrichshagen führt unter anderem aus, daß Friedrichshagen schon eher wie Berlin einen Schularzt angestellt habe. Die erste Untersuchung der Kinder habe ergeben, daß unter etwa 2000 Schulpflichtigen 33 Kindergebahrte waren.

Reinhold-Wilhelmsruh: In Rosenthal, welches mit Weihenfeld eine Gemeinde bildet, bestünde die Schulsozialität nicht mehr, die Gemeinde trage die Schulkosten, aber die von der Schulsozialität her bestehenden Hausbesitzer-Versammlungen würden noch abgehalten. In diesen hätten unsere Genossen die Mehrheit und ihren Einfluß sei es gelungen, in den Schulverhältnissen Besserungen einzuführen, so sei die Anstellung einer weiblichen Lehrkraft dem Einfluß der Arbeiter in der Hausbesitzer-Versammlung zu danken. Unter solchen Umständen könne man sich doch nicht unbedingt für Beseitigung der Schulsozialität aussprechen.

Weise-Rahlsdorf: Wir haben mit der Schulsozialität keine schlechten Erfahrungen gemacht. Früher waren bei uns die Schulzustände nicht besser wie die in Trautenberg. Dadurch, daß wir in der Hausbesitzer-Versammlung die Mehrheit bekamen, war es möglich, erheblich bessere Verhältnisse zu schaffen.

Wartig-Neuenhagen: In fast allen Orten unseres Bezirkes bestehen noch die Hausbesitzer-Versammlungen, jedoch werden sie am Tage abgehalten, so daß die Arbeiter nicht daran teilnehmen können. Die Schulzustände sind bei uns sehr mangelhaft. Neuenhagen besteht aus drei getrennten Ortsteilen, für die nur eine gemeinsame Schule vorhanden ist. Die in dem entlegensten Ortsteil wohnenden Kinder müssen eine Stunde laufen, um die Schule zu erreichen. Sie können zu Mittag nicht nach Hause gehen und verweilen deshalb bis zum Beginn des Nachmittagsunterrichts auf der Straße. Eine Schulfrauentage, wo die Kinder die Wartezeit verbringen könnten, wäre hier eine Notwendigkeit. In Petershagen werden 150 Kinder in drei Abteilungen von einem einzigen Lehrer unterrichtet.

Grauer-Lichtenberg: Die hier angeführten Beispiele und andere mir bekannte Tatsachen zeigen, daß die Schulzustände in unserem Kreise noch viel zu wünschen übrig lassen und daß es deshalb unsere Aufgabe sein muß, für Verbesserung der Volksschule einzutreten. Wo wir es getan haben, da wurde von anderer Seite gesagt, die östlichen Vorortgemeinden hätten gar nicht die Mittel,

ihre Volksschule zu verbessern. Nun ist aber in Lichtenberg die Einrichtung einer höheren Schule geplant. Zur Unterhaltung derselben soll die Gemeinde einen jährlichen Zuschuß von 60 000 M., später sogar 75 000 M. zahlen. Wo so große Summen für höhere Schulen ausgegeben werden, die doch wesentlich den Besitzenden zugute kommen, da müssen auch Mittel für die Verbesserung der Volksschule vorhanden sein.

Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich noch einige Redner mit Mitteilungen über örtliche Verhältnisse beteiligten, bemerkte Weise-Lichtenberg, bei nassem Wetter kämen die Kinder mit durchnässten Schuhen in die Schule. Ersatzschulsozialitäten könnten die Folge sein, wenn die Kinder mit nassen Füßen stundenlang sitzen müßten. Deshalb sei aus gesundheitlichen Gründen die Forderung angebracht, daß seitens der Gemeinde für solche Fälle Schuhe zum wechseln bereit gehalten würden, damit die nassen Schuhe während der Schulstunden getrocknet werden könnten.

Aronson erhielt das Schlusswort. Bezugnehmend auf eine Äußerung in der Debatte bemerkte er, wie er sich inzwischen überzeugt habe, scheine keine positive Berechtigung dafür zu bestehen, daß der geistliche Ortsschulinspektor durch den Hauptlehrer ersetzt werden müsse, es scheine vielmehr, daß dies vom Willen der Behörde abhängt. Da wir in Preußen noch immer kein einheitliches Schulgesetz haben, so werden diese Dinge durch Verordnungen geregelt. In der Debatte sei auch angedeutet worden, für höhere Schulen nicht eher etwas zu bewilligen, ehe nicht die Volksschulen verbessert werden. Diesen Standpunkt habe schon Rehner auf der ersten preussischen Gemeindevertreter-Konferenz vertreten. Singer habe sich aber mit Recht dagegen gewandt, weil wir nicht den Anschein erwecken dürfen, als ob wir der Verbreitung höherer Schulbildung den Weg vertreten. Hinsichtlich der Schulsozialitäten lassen sich, wie die Debatte gezeigt habe, keine für alle Fälle geltenden Normen aufstellen. Es werde also hier von Fall zu Fall zu entscheiden sein, wie sich unsere Vertreter dazu stellen sollen. Für die gängliche Aufhebung der Schulsozialitäten spreche der Umstand, da sie konfessionell gerichtet sind, daß, wo sie bestehen, die Schulkosten nicht mitgerechnet werden, wenn die Steuern für Aufstellung der Wählerlisten berechnet werden, und daß die Forensen nicht zu den Lasten der Schulsozialität herangezogen werden. Ein anderer Zustand sei der, daß die Gemeinde die Schulkosten übernimmt, ohne die Sozialität aufzuheben. Gewiß könnten unter diesem Zustande durch den Einfluß der Arbeiter in der Hausbesitzer-Versammlung Verbesserungen eingeführt werden, es frage sich nur, wie weit das möglich sei und ob die Arbeiter ihren Einfluß auch für die Zukunft behalten. Jedenfalls müßten derartige Angelegenheiten immer nach den Verhältnissen des Ortes geregelt werden.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. — Die Feststellung der Anwesenheitsliste ergibt, daß 3 Stadtkoedukate aus Bernau und 37 Gemeindevertreter aus folgenden Landgemeinden anwesend sind: Lichtenberg, Reinickendorf, Weihenfeld, Rahlsdorf, Zegel, Al-Schönebeck, Hohen-Schönhausen, Nieder-Schönhausen, Ober-Schönhausen, Wilhelmshagen, Panlow, Kausdorf, Neuenhagen, Herzfelde, Friedrichshagen, Rummelsburg, Rühlensdorf, Schönfeld, Erner, Friedrichshagen. — Aus sieben Orten sind zehn für die bevorstehenden Gemeindevahlen aufgestellte Kandidaten anwesend.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautet: Unsere grundsätzliche Stellung zu den Gemeindevahlen.

Der Referent

Freiwaldt-Panlow eröffnete zunächst die geselligen Bestimmungen über das Stimmrecht der Gemeinden. Die Grundsätze, nach denen unsere Genossen bei der Aufstellung des Etats zu verfahren haben, sind die: In erster Linie kommt es darauf an, keine Ausgaben zu bewilligen, wozu nur eine Gruppe von Interessenten Nutzen hat. Wir haben immer das Interesse der Allgemeinheit zu beobachten. Wir sind grundsätzliche Gegner der indirekten Steuern und müssen deshalb auch gegen die von den Gemeinden erhobenen indirekten Steuern auftreten, mag sie nun Biersteuer, Lustbarkeitssteuer oder Wahl- und Schloßsteuer heißen. Die Umsatzsteuer für Grundstücke, obwohl auch sie eine indirekte Steuer ist, können wir dagegen billigen. Sie brachte in Panlow 135 000 M., während die Bier-, die Vergnügungs- und die Hundesteuer zusammen nur 37 000 Mark brachte. Wir werden bei den Etatsberatungen auch das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden fordern, wenn es sich hier auch nur um eine platonische Forderung handelt. Weiter müssen wir dahin wirken, daß die gemeinnützigen Anstalten sowie die Verfabrikanten in den Besitz der Gemeinde übernommen werden. Da in dem Gemeindevotum auch Ausgaben vorhanden sind, die wir nicht billigen können, wie die Parochiallasten, das Gehalt des Gemeindevorstehers, der als Amtsvorsteher doch Staatsbeamter ist und deshalb vom Staate besoldet werden müßte, so haben wir den Etat im ganzen abzulehnen, wenn wir auch bei den einzelnen Positionen, die wir billigen, für dieselben eintreten. Auf eine grundsätzliche Beratung des Etats muß unter allen Umständen hingewirkt werden.

Grauer-Lichtenberg: Die Etatsberatungen gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinden. Bei dieser Gelegenheit müssen unsere Genossen stets unsere prinzipiellen Forderungen geltend machen. Sie werden ja von der bürgerlichen Mehrheit verlastet und abgelehnt, um nach längerer Zeit schließlich als Anträge von bürgerlicher Seite wieder zu erscheinen, wie es schon manchmal geschehen ist. Besonders haben wir die Forderung des allgemeinen Gemeindevotums zu erheben und Petitionen um die Einführung desselben zu verlangen. Von großer Wichtigkeit sind unsere Forderungen hinsichtlich des Schulwesens, die wir auch bei den Etatsberatungen stellen müssen. Wir müssen auch bemüht sein, in den Kommissionen mitzuarbeiten. In Lichtenberg ist es uns, dank dem Verhalten der freisinnigen Gemeindevertreter, nicht möglich, in die Schulkommission zu kommen. Die Freisinnigen wählen uns nicht, sie sagen im Hinblick auf das Berliner Beispiel: Ihr werdet ja doch nicht bestätigt. — Wie schon der Referent sagte, haben wir auch in der Gemeindevotung immer zu bedenken, daß wir Sozialdemokraten sind. Wir müssen deshalb in der Gemeinde unsere prinzipiellen Forderungen erheben, wo sich nur eine Gelegenheit dazu bietet. Besonders wichtig ist gerade in dieser Zeit unserer Wahlrechtsbewegung, daß wir die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Gemeindevotums für beide Geschlechter fordern.

Aronson nimmt Bezug auf Ausführungen der Redner über Steuerfragen. Wenn wir auch die Einkommensteuer für die einzig richtige Form der Besteuerung halten, so können wir doch in der Gemeinde unter Umständen gegen die Erhöhung des Gemeindevotums für die Einkommensteuer sein. Erstens deshalb, weil bei einem Zuschlage von mehr als 100 Proz. der Etat von der Staatsbehörde genehmigt werden muß, also das Selbstverwaltungsrecht noch weiter beschränkt würde. Ferner ist auch zu bedenken, daß bei hohen Einkommensteuerschulden die Reichen in solchen Orten Wohnung nehmen, wo die Steuerzuschläge niedriger sind und sie vielleicht sogar noch besser wohnen. — Weiter befragte der Redner die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert und die Wertzuwachssteuer, wie sie in Berlin geplant ist. Diese beiden Steuerarten haben gerade für die Berliner Vororte mit den großen Mengen von an Wert ständig wachsenden Grundstücken eine große Bedeutung und sollten von unseren Genossen in den Gemeinden befürwortet werden. — Die vom Genossen Freiwaldt empfohlene Ablehnung des Gesamtetats sei als Ausdruck unserer grundsätzlichen Stellung zu bezeichnen, wenn das auch auf das Schicksal des Etats selbst keine Bedeutung habe.

Grauer: Die Ablehnung des Etats unsererseits kommt für Landgemeinden nicht in Frage, da hier eine Abstimmung über den ganzen Etat nicht vorgenommen werde. Der Redner empfiehlt den Zusammenschluß von Gemeinden zu Zweckverbänden für die Anlage von gemeinnützigen Anlagen. Es müßte unter allen Umständen verhindert werden, daß Anlagen wie Gas- und Wasserwerke, Verkehrs-

einrichtungen und dergleichen den Privatunternehmern zur Ausnützung überlassen werden.

Taubmann-Weihenfeld: Grauer rügte, daß in einem Vorort ein Elektrizitätswerk eingerichtet sei, aber nicht in Regie der Gemeinde. Damit hat er wohl Weihenfeld gemeint. Wir sind für Regiebetrieb des Werkes eingetreten, konnten sie aber der bürgerlichen Mehrheit gegenüber nicht durchsetzen. Es gelang uns aber, die Vertragsdauer um fünf Jahre geringer anzusetzen als die Unternehmer forderten. Die Vertragsdauer ist jetzt zehn Jahre, wie in Berlin. Da wir den Regiebetrieb nicht durchsetzen konnten, glaubten wir aber, die Errichtung des Werkes, die doch einen großen Fortschritt darstellt, nicht ablehnen zu sollen. — Weiter tritt der Redner dafür ein, daß die Gemeindevertreter der verschiedenen Orte die Etats miteinander austauschen, um gegenseitig über die Verhältnisse informiert zu sein.

Dezel-Rahlsdorf fragt an, wie das ermöglicht werden solle. In Rahlsdorf bekomme kein Gemeindevertreter den Etat in die Hände.

Grauer: Es gibt in der Tat verschiedene Landgemeinden, wo der Etat nur in einem Exemplar im Bureau vorhanden ist. Die Genossen, die in solchen Orten Gemeindevertreter sind, sollten die Verbilligung des Etats vom Gemeindevorsteher verlangen. Dazu seien sie berechtigt.

Barth-Friedrichshagen kann sich nicht für die Ablehnung des Gesamtetats erklären. Wir sollten nur diejenigen Positionen ablehnen, die wir nicht billigen können. Die Genossen in Friedrichshagen haben dem Gesamtetat zugestimmt, weil er nur in einzelnen Positionen von uns nicht gebilligt werden konnte.

Sonnenburg-Friedrichshagen: Unser Gemeindevotum entspricht zu neun Zehnteln unseren Forderungen, er ist in vielen Beziehungen, namentlich in sozialer Hinsicht, weit voraus vor den Etats anderer Gemeinden. Unter anderem gilt bei uns die Bestimmung, daß bei allen Gemeindevahlen die gewerkschaftlichen Löhne bezahlt werden müssen. Sollen wir nun, weil ein Zehntel des Etats nicht unseren Forderungen entspricht, denselben ablehnen? Das wäre eine Kurzsichtigkeit, die wir nicht verantworten können.

Grauer: Ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir den Gesamtetat abzulehnen haben, weil er aufgestellt ist im Interesse der herrschenden Gesellschaft und weil er deshalb unseren grundsätzlichen Forderungen nicht entspricht, wenn er auch in einzelnen — wie dies von Friedrichshagen gesagt wird — unseren Wünschen entgegenkommt.

Die Diskussion ist erschöpft. Freiwaldt befragt über die gegenseitige Bekanntheit der Etats. Er tritt nochmals für die Geltendmachung unserer grundsätzlichen Forderungen bei den Etatsberatungen ein und empfiehlt den in den Gemeindevotungen sitzenden Genossen, dahin zu wirken, daß namentlich in den Armenkommissionen auch Frauen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: Kommunale Steuerpolitik.

wurde erledigt durch die Annahme des folgenden Antrages:

Die Konferenz der Gemeindevertreter des Kreises Niederbarnim beschließt: Die kommunale Steuerpolitik auf den einzu-bewerbenden preussischen Gemeindevertretertag als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Versammlung ersucht den Aktionsausschuß Berlin, bei der Einberufung des nächsten Preukongresses gleichzeitig einen Gemeindevortretertag für Preußen anzutreiben und einzuberufen.

Freiwaldt schließt die Konferenz mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Gemeindevahlen und mit dem Wunsch, daß dieser ersten Konferenz für Niederbarnim, die allen Teilnehmern mancherlei Anregungen gebracht habe, vielleicht in Jahresfrist eine zweite folgen werde.

Aus der Frauenbewegung.

Lug und Trug.

Die Heimarbeit-Ausstellung scheint den beteiligten Unternehmern, sowie den Arbeitgeberorganen schwer in dem Magen zu liegen, sie getrennt und schimpfen über Zerfahrenheit des Publikums, über lägenhafte Angaben betreffend Lohn und Arbeitszeit usw. Herabroddend arbeitet man in diesem Genre in der Redaktion „Die Robistin“. Sie räsontiert gegen alle Blätter, die über die Lage der Heimarbeiter so tendenziöse und konfuse Berichte in die Öffentlichkeit gebracht haben; besonders an einem Artikel in Nr. 36 des „Berliner Tageblattes“ läßt die keifende Dame ihre Wut aus. Der E. J. gezeichnete Artikel schildert die miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in der Blumen- und Putzfedernindustrie vorherrschend sind, er gibt ein schwaches Bild von den Leiden der Arbeiterinnen.

Die Redaktion läßt flugs einige Vertreter der Blumen- und Putzfedernfabrikation aufmarschieren, die in schönen, warmen Worten die Unternehmer verteidigen. Danach sind die Löhne gut — sehr gut sogar. Der Unternehmer tut, was irgend möglich ist, aber er will doch auch leben. Die Angaben auf der Heimarbeit-Ausstellung werden als Lug und Trug bezeichnet. Man solle in erster Linie den — Arbeitgeber hören. — Der Vertreter der Putzfedernindustrie bläst das falsche Horn, danach betragen die Tagelöhne in der Fabrik gar 3,00—4,50 M. Die Heimarbeit dieses Industriezweiges habe für Tausende Arbeit geschaffen und daher segensbringend gewirkt. Raub Freizug und Geschäftlichkeit richte sich der Verdienst der Arbeiterinnen. Daher (!) sind die Preisnotierungen auf der Heimarbeit-Ausstellung falsch. Durch derartige Angaben werde die Blumenindustrie in der öffentlichen Meinung herabgesetzt. — Durch die Schundlöhne natürlich nicht!

Der Vertreter einer Berliner Ninderhut- und Mützenfabrik reinigt sich von dem Vorwurf — Hungerlöhne zu zahlen. Nach seiner Behauptung sind die Löhne in der Heimarbeit-Ausstellung um 150 Proz. zu niedrig angegeben. Er schreibt u. a. nach:

„Auch die angegebene Arbeitszeit für diese Artikel stimmt nicht; die selbes behaupten, sind nur diejenigen, die nicht arbeiten wollen. Die ganze Ausstellung hat weiter keinen Zweck, als das große Publikum irreführen und böses Blut zu machen.“

Hochachtung

Verly u. Tauber.

In hämisch-jahreswackerischer Weise bemerkt „Die Robistin“, mit dem Worte Sozialpolitik werde ein ungeheurer Mißbrauch getrieben, der unbedingt zum Widerspruch reizt. Sie ergeht sich in folgender Drohung:

„Daher dürfte die Heimarbeit-Ausstellung einen Erfolg haben, der von den Veranstaltern derselben gewiß nicht beabsichtigt worden ist. Manche Fabrikanten werden finden, daß sie für eine ganze Reihe von Artikeln unerschwinglich hohe Löhne (!!!) bezahlen, und sie werden infolgedessen danach ihre Maßnahmen treffen, denn einen Minimallohn für die Heimarbeiter gibt es vorläufig noch nicht, solange noch Angebot und Nachfrage den geschäftlichen Verkehr regeln. Will man den Lohn gesetzlich festlegen, so fesselt man gleichzeitig den Handel, ein Experiment, vor dessen Konsequenzen die Gesetzgeber doch wohl zurückzudenken.“

Dieser Weisheit Schluß ist wahrlich des Hohnes höchster Gipfel. Hört ihr's alle, viel zu hoch noch sind die Jammerslöhne? Das ist eine neue Weltschmerz zu dem alten Liebes von der Harmonie der Interessen. Allerdings, in diesem Falle dürfte der jahreswackerische Ausfall wohl das Gegenteil des Beabsichtigten erzielen. Die öffentliche Meinung ist auf die enormen Schäden der Heimarbeit aufmerksam gemacht und wohl oder übel muß die Gesetzgebung einschreiten, Wandel schaffen.

Den Arbeiterinnen der Heimindustrie rufen wir dringend, sich ungeschämt ihren Branchenorganisationen anzuschließen, um durch Parte-

Organisationen den Eindruck der Ausstellung zu ergänzen, die moralisch eroberte Position durch eine Kampforganisation zu behaupten.

Waltung, Köpenick. Mittwoch, den 14. d. M., hält der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein bei Woll, Schönerlindestraße 1, seine regelmäßige Mitgliederbesprechung ab. Genosse Stoermer hält einen Vortrag über: „Genossenschaftswesen“. Zahlreicher Besuch erbitet.
Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Kammerfrau und Herzog Günther. Einen eigentümlichen Verlauf nahm gestern der bekannte Prozeß gegen die ehemalige Kammerfrau der verstorbenen Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, die 31-jährige unverheiratete Anna Johanna Milewski. Der Staatsanwalt berichtete falsche Nachrichten, die in einigen Blättern, wie dem „Berliner Tageblatt“, „Lokal-Anzeiger“ und dergleichen, über einen angeblichen Vergleich gestanden hatten, der gesamte Gerichtshof wurde abgelehnt, die Verhandlung vertagt. Die der Inhalt der gestrigen Verhandlung der an eigentümlichen Vorfällen reichen Gerichtsverhandlung gegen die Gesellschafterin einer Verwandten der deutschen Kaiserin.

Der Angeklagte wirft die Anklage Diebstahl vor: sie soll in den Jahren 1898 bis 1901 der Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein Schmuckstücke entwendet haben. Sie bestreitet die Anschuldigung und hat ihrerseits Zivilprozeße gegen den Herzog geführt. In die Zivilprozeße greift die Reichsregierung ein, als sie sich leider mit Erfolg bewirkt, den Herzog von der Verpflichtung, vor Gericht seine Aussagen so wie andere Bürger zu machen und zu beeidigen, befreite. Die Angeklagte trat im September 1898 bei der Prinzessin Amalie als Kammerjungfer ein und wurde von dieser zur Gesellschafterin erhoben. Im Jahre 1901 befand sie sich mit der Prinzessin Amalie in Kairo. Den Angehörigen der Prinzessin gesteht der intime Verkehr dieser mit ihrer Gesellschafterin nicht. Da die Angeklagte nicht freiwillig ihren Vertrag mit ihrer Prinzessin brechen wollte, wurde sie — gewaltsam in Kairo festgenommen und nach Deutschland transportiert. Dieser schwere an einer Reichsdeutschen begangene Rechtsbruch ist nach unwiderlegter Darstellung der Angeklagten auf Veranlassung des Kammerherren des Herzogs Günther, Herrin v. Plumenthal erfolgt. Schutz ist ihr seitens der Reichsbehörden nicht geworden. Die früher wohlhabende Angeklagte ist fast völlig verarmt. Sie soll einen unechten Schmuck der Prinzessin entwendet haben. Zweifellos trug sie diesen Schmuck bereits bei ihrem Aufenthalt in Kairo. In dem Termin am 27. September 1904 wurde die Verhandlung vertagt und beschlossen, dem Antrage der Angeklagten auf Vernehmung des Herzogs Ernst Günther und eines in Ägypten wohnenden Zeugen stattzugeben. Die Angeklagte wurde damals in Untersuchungshaft genommen. Nach kurzer Zeit wurde sie auf freien Fuß gesetzt. Die gestrige Verhandlung leitete wiederum Landgerichtsdirektor Geheimrat Justizrat Garg, die Anklage vertritt Staatsanwalt Schweichler. Es sind etwa 25

Zeugen geladen. Nach Aufruf der Zeugen und Sachverständigen nimmt der Staatsanwalt das Wort: Gestern Abend ist in einigen Zeitungen eine längere Notiz erschienen des Inhalts, daß das Strafverfahren inhaltlich erledigt sei durch einen Vergleich zwischen der Angeklagten und dem Herzog Ernst Günther, der die Schmuckstücke betraf, von denen ein Teil an die Angeklagte herausgegeben worden sei. Diese Notiz ist unrichtig. Tatsache ist, daß Vergleichsverhandlungen im Zivilprozeß von Seiten der Angeklagten — nicht vom Herzog Ernst Günther — angebahnt worden sind. Der Herzog ist auf solche Verhandlungen eingegangen. Es ist nicht meines Amtes, die Motive des Herzogs hier näher darzulegen, jedenfalls kann festgestellt werden, daß der Herzog dies nicht etwa deshalb getan hat, weil er glaubte, daß die Angeklagte irgend welche berechtigten Ansprüche habe. In den Vergleichsverhandlungen, die geschlichtet sind, handelt es sich nur um Gelder, die Schmuckstücke sind ausdrücklich ausgenommen worden. — Angekl. Milewski: Im Anschluß an diese Erklärung des Staatsanwalts lehne ich den ganzen Gerichtshof als befangen ab. Der Gerichtshof hat, wie ich erfahren habe, schon vor längerer Zeit das Urteil gegen mich gefällt und zwar soll ich danach zu einem Jahre Gefängnis verurteilt werden. Wie mir mein Rechtsanwalt Graefe mitgeteilt hat, hat Herzog Ernst Günther mir sagen lassen, daß, wenn ich den mir von ihm (nicht von mir) angebotenen Vergleich nicht annähme, ich zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt werden würde; das habe ihm (dem Herzog) der Richter, mit dem er gesprochen, gesagt. — Präsi.: Sie sind sich doch klar, daß der Antrag eine Vertagung zur Folge haben muß? — Angekl.: Es kann vielleicht doch verhandelt werden. — Präsi.: Das geht doch nicht, wenn ein Antrag auf Ablehnung des Gerichtshofes vorliegt. — Angekl.: Herr Rechtsanwalt Graefe wohnt in der Potsdamerstraße und könnte doch bald vernommen werden. Ich muß aber auch den Staatsanwalt Schweichler ablehnen. — Präsi.: Das ist unzulässig. — Angekl.: Der Staatsanwalt hat... — Präsi. (unterbrechend): Das ist unzulässig; ich kann Ihnen dazu das Wort nicht geben. — Der Gerichtshof beschließt mit Rücksicht auf den vorliegenden Ablehnungsantrag den Termin zu vertagen.

Diese Verhandlung ist recht merkwürdig. Die Ablehnung eines gesamten Gerichtshofes ist nach Ansicht des Reichsgerichts unzulässig; es können nur die einzelnen Mitglieder des Gerichts abgelehnt werden. Die Ablehnung eines Staatsanwalts wegen Befangenheit ist unzulässig, weil das Gesetz die Unbefangenheit eines Staatsanwalts keineswegs voraussetzt. Das kann die juristisch nicht vorgebildete Angeklagte nicht wissen. Ihr Kom es offenbar darauf an, über die von ihr aufgestellte Behauptung Beweis erheben zu lassen, die insbesondere gegenüber dem betreffenden Vorliegenden Garg ungläublich klingt. Deshalb gossen die Verteidiger (Rechtsanwälte Lubzinsky und Wronker) dieses Verlangen der Angeklagten nicht in die juristische Form eines Beweisanzuges, überließen die Angeklagte vielmehr ihrer juristischen Unbefähigkeit? Deshalb nahm die Staatsanwaltschaft Veranlassung, eine, wie die Angeklagte darlegte, in einem wesentlichen Punkte unrichtige Verurteilung einiger Tagesblätter zu geben, unterließ es aber, den Beweisanzug zu formulieren, den die Darlegungen der Angeklagten erforderlich machen? Ist es gleichgültig, ob in der Tat der An-

geklagten mitgeteilt ist, ihre Verurteilung hänge davon ab, ob sie einen Vergleich in einem Zivilprozeß eingeht? Deshalb endlich hatte die Verteidigung den Rechtsanwalt Graefe nicht geladen? Die Deffenzialität und die durch die Handhabung der Strafsjustiz insbesondere in letzter Zeit schwer erschütterte Rechtsicherheit fordern dringende endliche Klärung in dieser Angelegenheit. Unberechtigter Verhaftung in Kairo — unberechtigter Transport nach Deutschland — auffällende Behinderung an der Wahrnehmung der Rechte der Angeklagten: das ist die Quintessenz der jetzt 5 Jahre lang hingezögerten Aktion wegen eines unechten Halsbandes.

Wolffs Telegraphisches Bureau teilt bei Schluß der Redaktion mit, es sei zu der Erklärung ermächtigt, daß der Herzog zu Schleswig-Holstein keinerlei Beziehungen irgend welcher Art zu den Richtern in der Strafsache Milewski gehabt hat, und daß diese Herren dem Herzog gänzlich unbekannt sind. Wichtiger als diese Erklärung wäre eine Vernehmung des von der Angeklagten benannten Zeugen, um klarzustellen, welche Thatfachen sie zu der von ihr vorgetragenen Behauptung veranlaßt haben.

Vermischtes.

Ein schwerer Eisenbahnunfall. Aus Köln wird gemeldet: Gestern Abend nach 8 Uhr stieß auf dem Oberländer Ufer in einer Weiche ein aus drei Wagen bestehender Zug der Köln-Bonner Uferbahn mit einem Zuge der Kölner Straßenbahn in voller Fahrt zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden die Vorderkure der beiden aufeinanderfahrenden Triebwagen zertrümmert. Die die „Kölnische Zeitung“ mitteilt, wurden acht Personen schwer, mehrere leicht verletzt. Einer der beiden Wagenführer ist bereits gestorben. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt.

Wenn der Herr Kaplan auf Reisen geht... In der Erzählung „Der gasfreie Pastor“ gibt Erich Hartleben eine köstliche Satire auf wirkliche und markierte Realität. Von Realität nicht bebindert, in der Verteidigung des Wissensdranges war ein Kaplan, dessen Reiseabenteuer die „Arch.-Ztg.“ in Dortmund also erzählt: „Ein Kaplan aus einem Städtchen im Münsterlande war nach Dortmund gekommen und hatte in einigen nicht ganz einwandfreien Kreisen sich ergötzt. Endlich mißte er eine Drohschleife und ließ sich nach einer Strafe bringen, die erst vor kurzem den Namen gewechselt hat. Dort mag es ihm gefallen haben, denn er blieb vier Tage hier in Dortmund. Er fuhr wiederholt nach der Strafe mit dem neuen Namen, bis ihn eines schönen Morgens ein Droschkenfahrer, von Gut und Ueberzieher entblößt, vorwand. Ebenso hatte er die Uhr dort gelassen. Der Richter beförderte ihn zur Stadt, wo der fromme Mann nicht bezahlen konnte. Es stellte sich heraus, daß er in einem Hause in der B.-Straße eine beträchtliche Beche schuldig geliehen war. Er ging dann noch in eine Wirtschaft am Burgtor, gab mehrere Kognaks aus und konnte auch da nicht bezahlen. Schließlich wurde er von einem Postkutschenmitgenommen, aber bald darauf wieder gesehen. Vielleicht steht der Herr Sonntag auf der Kanzel und predigt gegen Unsitlichkeit und Böseheit.“

Für den Inhalt der Aierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 14. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Tra Diavolo.
Schauspielhaus. Othello, der Mohr von Venedig.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Wochen. Schäferliebe.
Berliner. Hans in allen Gassen.
Neues. Salome.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Königsgrube.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel'sches Theater.) Wanuschins Kinder.
Festung. Und Wippa tanzt.
Kleines. Kinder der Sonne.
Römische Oper. Der Corregidor.
Reichens. Der Prinzengast.
Trianon. Loulou.
Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.
Thalia. Als früh um fünf.
Zentral. Bruder Straninger.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.

Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Zuilen. Die lustigen Weiber von Windsor.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kokino. Die goldene Brücke.
Nipollo. Ansel Tulpian. Im Gefreiten-Kabarett. Spezialitäten.
Herrnsfeld. Familienfest im Hause Beelstein.
Folies Caprice. Nach dem Papstentwurf. Der Beheme.
Velle-Miliane. Der grüne Teufel. Spezialitäten.
Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten.
Melancholien. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Tautenschraffe 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Hans in allen Gassen.
Donnerstag: Der Widerspenstigen Zähmung.
Freitag: Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend: Hans in allen Gassen.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr:
Salome.
Donnerstag: Ein Sommernachts-traum.
Freitag: Bouhoursche. Die Neuvermählten.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Kinder der Sonne.
Donnerstag:
Kinder der Sonne.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner
Abessinians.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder,
sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Komische Oper.
Mittwoch, 14. Februar, abends 8 Uhr:
Der Corregidor.
Donnerstag und Freitag: Don Pasquale.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Don Pasquale.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag Benefiz für Herr. Wald: Die Raubschüler.
Sonnabend: Der Eidenfied. Die Diensthöten.
Sonntag nachmittag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Abends 8 Uhr: Die Anna-Me.
Montag: Die Anna-Me.

Lustspielhaus.
Abendlich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rayehen in all. Räumen gestattet.

Moabit. Gesellschaftshaus.
Wicofstr. 24. Zub.: H. Peters.
Jeden Mittwoch:
Original-Karburger Sänger
Direktion:
K. Frick u. Kasche-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nachher: Tanz.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Aufstufungspasse in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Königsgrube.
Ein biblisches Drama in 5 Aufzügen von Hermann Stodte.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wanuschins Kinder.
Drama in 4 Akten v. E. A. Raubjostov. Deutsch v. Hans Kaufmann u. R. He.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Nacht der Finsternis.

Neuererscheinungen im Januar

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie Separatabdruck der Verhandlung auf dem Parteitag in Jena. Preis 20 Pf.	Rußland und die Revolution von Adolf Braun. Preis 20 Pf.
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat Aus dem Holländischen des Dr. A. van den Brink, römisch-katholischer Priester in Brede in Holland. Preis 10 Pf.	Die russische Revolution von R. Frank. Preis 20 Pf.
Kommunale Schulpolitik von Ray Duard. Ein Führer durch die Gemeindefähigkeit auf dem Gebiete der Volksschule. Preis 1 Mark. Agitations-Ausgabe. Preis 50 Pf.	Die heutige Sozialdemokratie in Theorie u. Praxis von Ed. Bernstein. Preis 1 Mark.
1648 — 1789 — 1905 Eine Schilderung d. Ursachen und der Wirkungen der Revolutionen jener Zeit. Reich illustriert. Preis 20 Pf.	Die Odyssee des „Kajäs Potemkin“ Lagebuchblätter eines Beteiligten und eine Einleitung: Schilderung des Dramas. Preis 4 Mark.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68 Lindenstraße 69.	Arbeit und Kultur Von R. Frohme. Eine Kombination naturwissenschaftlicher, anthropologischer, futurgeschichtlicher, volkswirtschaftlicher u. sozialpolitischer Studien. Geb. 3 Mark.
	Erbik und materialistische Geschichtsauffassung Von R. Kautskh. Preis 1 Mark, geb. 1,50 Mark.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstraße 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp
zum
54. Er & Ich
Male
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
„Ueber'n großen Teich“.
Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr:
Fest-Vorstellung
anlässlich des 25-jährigen
Künstlerjubiläums
von Adolf Philipp.
Billets sind jetzt zu haben.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linsenstraße, 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 149. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Vorher: Maj. v. Wertholm u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vor-mittags an.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Seltener Schwanz in 3 Akten von L. Kautskh und A. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Deise.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präziöse 7 1/2 Uhr:
Gala-Benefiz
(Vorletztes Auftreten)
für die während ihres hiesigen Aufenthaltes in bester Erinnerung
Mit Abie Mitchell und ihre schwarzen
20 Tennesse-Studenten 20
Neue Gefänge! Neue Tänze!
Gala-Programm.
Dir. Albert Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Original-Schul- und Freizeitschulturn.
Zum Schluss: Wirklich sensationeller Erfolg! Das größte Brauch-Namenschaustück der Gegenwart
das neue
Femina Frankreich.

Trianon-Theater.
Anfang Loulou. 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Hunorist.
= Biersehn Nummern =
„Und Pepi singt“
(Pepi Weiß).

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 1. März inkl.
Die goldene Brücke.
Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Söhne.
Sonntag nachmittag 4 Uhr: Hotel Klingebuch.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Kanauerstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die lebende Brücke auf Kuba.
Großes amerikan. sensationelles Aufstufungspass mit Gesang und Ballett in 7 Bildern von James Fox.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kuba-zahl und das lustige Schneiderlein.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Bdrf.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Mlle. Eugenie
Schulreiterin im Herrenattel mit Goldschmuck Monte Carlo.
Li Bello Jongleu-Genre.
Miß Astre Norton
die zweite Zaharel.
La belle Leona
Gelenkphantastin.
Die Herdparade, Schwanz.
Familienarien in Barber, Pileur und Jagdrevuegeheimen unentgeltlich.

XI. Berliner Saloon.
Zirkus Busch.
Neu! Sensationell!
Der automatische Mensch.
Zum ersten Male in Europa.
Noch nie dagewesen!
Herr Ernst Schumann, 6 neu-dressierte arabische Vollblut-hengste.
Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr):
Zum 87. Male:
Die neueste und größte Schen-würdigkeit Berlins:
Indien.
Origin-Manege-Ausstattungsstück des Zirk. Busch in 8 Bild.
Besonders hervorzuheben:
Eine Witwenverbrennung.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Charles Hera, Jongleur.
Sattel-Truppe, schottisch. Akrob.
Stein-Erotto, Handspringer.
Robbins, Kunststrahlröhre.
Das „Motogirl“

Tschin - Maa - Truppe
Chinesische Gaukler und Zauberer.
Mistinguette, Pariser Sängerin.
Roccoo, Ballettazene.
Clark u. Hamilton, musik. Excentr.
Japanische Garde, Dämonensemble.
Biograph.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Oll. Blumenstr. 16.
Zum letzten Male:
Onkel Bräfig.
Lebensbild in 4 Akten nach dem Erz Reutter'schen Roman „Ut mine Stron-Id“, bearbeitet von Artur Erenen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommer-feste sind noch frei.

Etablissement „Neue Welt“
Hasenheide 108/114.
Deute Mittwoch, den 14. Februar.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Der Leiermann und sein Pflegekind.
Original-Vollstück in 4 Aufzügen von Charlotte Birch-Blosser.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Apollo-Theater.
Nur neue Spezialitäten und
Gobert Belling
mit seinen niederländischen Komikern.
Katsukuma Higashi,
der Meister d. Selbstverleumdungslehre.
Jin-Jitan.
Vorher: Die Insel Tulligatan, Operette.
Sonntag, den 18. Februar, nachm.
3 Uhr: Große Familienvorstellung:
Berliner Luft und Spezialitäten.

Herrnfeld-Theater.
Heute Mittwoch, 14. Februar:
Gr. Jubiläums-Fest-
Vorstellung.
Zum 100. Male
der erfolgreichste
Herrnfeld-Schlager
Familientag
im
Hause Prellstein
mit den Autoren Anton u. Donat
Gerritsfeld in den Hauptrollen und
Bremen-Belegung.
Anf. 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängerkorps
(Weißel, Pietro, Britton,
Böckmann, Böhm,
Walden, Seibel, R. u. D.
Schraden).
Anfang
Böckmanns
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimor.
Heute Mittwoch:
Der Goldbauer.
Schauspiel in 5 Akten von
Gustav Knechtel.
Sonn- u. Donnerst.:
Hofmanns
Norddeutsche Sängerkorps
und Tanzkapelle.

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a,
am Oranienb. Tor
Zirkus 2000 Aus-
stellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind 20 Pf.
Sämtl. Räume 60 Pf.

Otto Pritzkows
Berliner Abnormitäten-Theater
Münsterstr. 10.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragenden
und Sterne der Liliputaner der Welt.
Die Fuß-Ministerin **Margarete**
Marjol. Hellscherin **Armida,** wahr-
sagende **Wunderdame.** **Plato,**
Bamberghahn, geb. mit 4 Kindern,
2 Köpfe, 1 Kopf, lebend. etc.
Riesen, Zwerg, Phänomen,
Wahre usw.

Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.

Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Am zweiten Bilde:
Die sechs schönen Ranzoligaretten,
Küchlerin
das neue Februar-Programm.

Etablissement Buggenhagen
Horitzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasen-
hölde
108-114
Täglich:
Bock-
Bier-
Fest.
Baron Muckl's Bauern-
kapelle.
30 bayerische Madi.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Auftreten
des berühmten Stegreifdichters
Paul Steinitz.
Ganswinds geht fort. Flugmaschine
(s. Adress.) zu best. täglich von 10
bis 6. Um 11 1/2, 4 u. 5 1/2, kurze Er-
klärung mit Anlassen des Motors.
Gint. 1 u. 2 R. Nur kurze Zeit. 205/9*

Automobilfahrer!
Jedermann wird mit sachmännlicher
Leitung schnellstens zu erstklassigem
Chauffeur ausgebildet. Prospekte frei.
Automobil-Technikum
„Berlin“, Spichernstr. 11/12.

Freireligiöse Gemeinde, Berlin.
Sonntag, den 17. Februar 1906, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:
Großer Wiener Maskenball.

Billetts a 50 Pf. sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: **O. Jänicke,** Schönberg, Goltzstr. 4, Hof IV; **Frau Kohlhardt,** Alexandrinenstr. 21, vorn IV; **C. Christens,** Mühlstr. 49, vorn III; **G. Bohne,** Kopenhagenerstr. 15, Hof I; **W. Bohne,** Godeheimerstr. 26, Hof IV; **P. Halbauer,** Brandstr. 30, Lueggeb. III; **P. Kubirte,** Annamüllersstr. 15, rechter Seitenflügel IV; **Th. Jerwin,** Urbanstr. 6, Hof rechts IV; **H. Sald,** Kreuzigerstr. 21, vorn IV; **A. Kowalszyk,** Daldorferstr. 5, Laden; **B. Schröder,** Postauerstr. 3 und in unseren Billettstellen: **W. Boerner,** Ritterstr. 15; **H. Bobsien,** Kommandantenstr. 62; **G. Henz,** Wilhelmshöfenerstr. 61; **H. Vogel,** Demminstr. 32; **H. Ziehm,** Bernauerstr. 48; **M. Istema,** Ebingenstr. 19; **M. Wendt,** Greifswalderstr. 208, Hof IV; **W. Krause,** Pappel-Allee 15/17; **W. Schroll,** Landwehrstr. 3; **A. Kieburg,** Adalbertstr. 86; **M. Mix,** Skalkigerstr. 50; **J. Wiedemann,** Frankfurter Allee 47; **C. Rott,** Strahmannstr. 20; **C. Voigt,** Kopenstr. 84 und bei unserem Kassaboten **A. Räder,** Cremenstr. 8. 65/7*

Achtung! **Verband der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche.** **Achtung!**
Mittwoch, den 14. Februar 1906, abends 7 1/2 Uhr,
finden
12 Agitations-Versammlungen
aller Arbeiter, Heimarbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche
in nachstehenden Lokalen statt:

- Wernau, Schwedterstr. 23-24, II. Saal.** Buchholz u. Co.
- Berolina, Schöndorfer Allee 28, gr. Saal.** Wolf u. Glaserfeld.
- Berolina, Schöndorfer Allee 28, II. Saal, 1 Tr.** Nürnberg, Cohn u. Ellenberg, Kronheim, Cohn u. Samuel, Behrendt, Schwerin, Plant u. Höfner, Filiale Sternberg, Filiale Wolf u. Glaserfeld.
- Germania-Säle, Chausseestr. 103.** Gebr. Ritter, Filiale Sternberg, Filiale van Laaf.
- Heberholz, Alieustr. 19, Vorkammerstr. 109.** M. Rich, Baumhummel, Jwanzig, Friedländer u. Kappaport, Blume, Rix u. Wegener.
- Borde, Neue Königstr. 7, II. Saal.** F. Eichenberg, Wolfstr. u. Wolf.
- Borde, Neue Königstr. 7, gr. Saal.** F. Berner, Hauke, Adersmann, van Laaf, Schmitz u. Eißig, Blumenau u. Cohn.
- Schönenhaus, Vintenzstr. 5.** Sternberg jun., Rose u. Stern, Meyer sen., Kraft u. Jacoby, Gebr. Vorkardt, R. R. Freyer.
- Gorkimann, früh. Becker, Frankfurter Allee 127.** C. Grünbaum.
- Sah Balkalon, Gr. Frankfurterstr. 85.** Beloh u. Kofenthal, Jacoby, Rapp, Gebr. Köhler, Gottheim, Fricke u. Köh, Philippsohn u. Weglimer.
- Plättchen, Schillingstr. 36.** Stein, Eddne, Rautner u. Cronheim, Gabriel, Brandt, Ansel u. Co., J. Jacoby, Wolf u. Heymann, Witthaus, Knudt.
- Ladeberg, Alte Jakobstr. 83.** Müller u. Sühmann, Rosse, Ehrmann u. Co., Bulow, W. Lewin, Jaak, Salinger.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns zu den allgemeinen Fragen bei unseren Tarifen? Welche Normen schaffen wir für Lohnarbeiter? 2. Diskussion.
Kollegen und Kolleginnen!
Erscheint in Massen in diesen Versammlungen, gilt es doch Klarheit zu schaffen über alle Fragen. Da nun einige Unternehmer versuchen, von der allgemeinen Basis abzugehen, die meisten es bis heute nicht für nötig befunden haben, trotzdem ihnen die Tarife schon wochenlang unterbreitet sind, mit ihrer Arbeiterschaft zu verhandeln, haben wir alle Verantwortung, jetzt selbst Hand anzulegen. Lange genug sind wir geduldet gewesen, genug Worte sind gefallen, nun wollen wir endlich Taten sehen.
Auch müssen wir für die Heimarbeiter die gleiche Bezahlung wie in der Fabrik verlangen, da wir sonst Gefahr laufen, das Zwischenmeisterstück weiter auszubauen.
Aber auch die Kollegen, die im Lohn stehen, müssen berücksichtigt werden, auch sie haben für die Verbesserung unserer Verhältnisse mit uns Schulter an Schulter gekämpft, darum lassen wir sie jetzt nicht im Stich. Laufen wir doch Gefahr, selbst darunter leiden zu müssen.
In den Fabriken, wo die Tarife schon festgelegt sind, ist noch manches veräußert worden, deshalb müssen auch diese Kollegen und Kolleginnen in den Versammlungen erscheinen. Der 1. März ist bald da, was dann geschieht, kann heute niemand sagen.
Darum Kollegen und Kolleginnen, Heimarbeiter und Arbeiterinnen, organisierte und unorganisierte, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen. Beweist durch Eure Beteiligung, daß die Siebener-Kommission, die Euer Interesse vertreten muß und soll, einen festen Rückhalt an Euch hat. Die Heimarbeiterinnen und die Unorganisierten sind ganz besonders eingeladen.
Die Heimarbeiterinnen, ebenso die Arbeiter und Arbeiterinnen gehen nach den Versammlungen, wo ihre Firmen, bei denen sie arbeiten, aufgeführt sind.
Die Plättchen werden erucht, an diesem Tage pünktlich Feierabend zu machen, da die Versammlungen um 7 1/2 Uhr ihren Anfang nehmen.
Parteilosen! Entsendet Euer Frauen und Töchter in diese Versammlungen.
Um weiteste Verbreitung wird gebeten.
Der Vorstand. **Die Siebenerkommission.**

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.
Sonntag, d. 18. Febr., abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
7. Stiftungs-Fest.
Mitwirkende:
Festredo: **Dr. Maurenbrecher.** Rezitation: **Frl. Maria Holgers.**
Violin-Virtuosin: **MIB Annie Luxemburg** und ein Quartett von Herrn Kapellmeister **Maxim. Fischer.** 55/5
Billetts a 30 Pf. bei: **Jordan,** Rödelerstr. 43; **Kühnemann,** Mühlstr. 160; **Kulicke,** Brinzenstr. 102; **Deutschmann,** Hornborferstr. 11; **Matschke,** Wolgasterstr. 8; **Steinkopf,** Schwedterstr. 34; **Klotzsch,** Kopenstr. 81.
Gäste willkommen. — Kinder haben keinen Zutritt.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg, Fernsprecher Nr. 8. Frankfurter-Chaussee 5.
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn **O. Bürger.**
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Bons haben Gütigkeit.**
56282* **Gebr. Arnhold.**
Maybad-11fer 3, ab 1. 4. 1 Wohnung 36,50 M., und 1 Wohnung 22 M. mon., d. Stad I St.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.
Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentl. Generalversammlung
in den Residenz-Sälen, Landbergerstr. 31.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des zweiten Bevollmächtigten. 2. Bericht und Renzwahl der Beschwerdef Kommission. 3. Bericht und Renzwahl der Vertreter der Gewerkschafts-Kommission. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
Sonntag, den 17. Februar, findet im **Schweizer-garten** am Königsplatz der **Maskenball** statt. — Billets zu 50 Pf. sind im Bureau, bei den Vertrauensleuten und in den Zahlstellen zu haben. 109/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung!
Küchenmöbel-Branche!
Am Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:
Vertrauensmänner-Versammlung
für Tischler, Maler und Maschinenarbeiter dieser Branche.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Auch die Vertretten von Holzort und Bienenfeste werden erucht, vertreten zu sein.
Die Kommission. 60/2

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)
Freitag, den 16. Februar 1906, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Funk**, Triftstraße 41:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die stellen sich die Kollegen zur Gründung einer Einwärts-Genossenschaft. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung. 60/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Schöneberg.
Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Obst**, Weiningerstraße 8:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines stellvertretenden zweiten Bevollmächtigten. 2. Durchberatung der Anträge zum Goutage. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
80/4 **Die Ortsverwaltung.**

Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands. (Ortsverein Berlin, Abt. I u. II.)
Donnerstag, 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Antwort auf die fortgesetzten Angriffe des Maurerverbandes gegen unsere Organisation.
2. Diskussion.
3. Tätigkeitsbericht des Ausschusses der Abt. I und Renzwahl derselben.
Zahlreichen Besuch erwartet.
287/15* **Der Vorstand.** H. H.: **Albert Schacht.**

Vergolder!
(Filiale Berlin.)
Montag, den 19. Februar, abends präz. 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Lichtbildervortrag: „Die Entschaffung des Lebens auf der Erde.“ Vortragender: **Herr Baego.**
2. Diskussion.
3. Anträge zur Generalversammlung.
4. Verschiedenes.
Es wird erucht, pünktlich 8 Uhr zu erscheinen.
Der Vorstand. 225/4

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Ortsverwaltung Charlottenburg.
Achtung! Genossen und Genossinnen. Achtung!
Montag, den 19. Februar, abends 9 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3 (gr. Saal):
Großer Lichtbilder-Vortrag des Genossen **Ingenieur Grempe** über:
Russische Kulturzustände u. jüngste Vorkommnisse.
Eintritt a Person 30 Pf.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Der Vorstand.
Der event. Ueberstuh soll den russischen Freiheitskämpfern überreicht werden. 67/6 D. D.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten
garantiert Handarbeit
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

20 Mark Belohnung.
Am Hause **Vorsigstr. 13** ist ein Paket, enthaltend drei Reichsbänke und ein Oberbuch verloren worden. Wiederbringen obige Belohnung.
Abzugeben **Vippacherstr. 12, 2 Tr. rechts.** 68/19
Volkskaffee und Speisewirtschaft
Prinzenstr. 73, neben der Turnhalle. 1582*
Mittags- und Abendlich, Speisen von 20 Pf. an in großer Auswahl. Bouillon und Kaffee zu jeder Tageszeit. Großer Vereinszimmer, empfiehlt **Heinrich Hoppe,** früher Adersstr. 21.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 16. Februar 1906, abends 8 Uhr:

General-Versammlung.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassendbericht des Vorstandes. 2. Zehnjährige der Gehälter der beiden angehenden Kollegen und der Entscheidung für die Wahlen der Kollegen. 3. Wahl des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassierers sowie der Schlichtungskommissionsmitglieder. 4. Verschiedenes.

Um rege Beteiligung an der Versammlung ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger! Fliesenleger-Hilfsarbeiter! Achtung!

Freitag, den 16. Febr. 1906, pünktlich abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Unsere weitere Stellungnahme. 3. Verschiedenes.

Wegen der wichtigen Tagesordnung darf kein Fliesenleger und Hilfsarbeiter fehlen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Der Vorstand der Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter des Bauarbeiterverbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3358.

Donnerstag, den 15. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, sowie aller in den mechanischen Betrieben Beschäftigten Kollegeninnen und Kollegen im Vereinshaus Berliner Mauer, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Tagesordnung vom 31. Januar 1906.

Donnerstag, den 15. Februar 1906, abends 6 1/2 Uhr

Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung

für Tempelhof und Mariendorf 112/11

in Rosal-Platz, Berlinstr. 9.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Carl Ueber: Prämien-Lohnsystem.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Branche Landschaftsgärtnerei.

Donnerstag, den 15. Februar 1906, abends 9 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in Obitz, Schöneberg, Weiningerstr. 8, Eingang auch Martin Lutherstr. 31. 287/19

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion hierüber. — Alle Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner haben pünktlich zu erscheinen. Die Lohnkommission.

Ein Riesenposten
130 cm breite bunte
Mocket-Plüsch
vornehm. haltbarer Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- 5 35 pr. Meter
Extrapreis 5 Wort 750
Bei Abnahme 5 15 M. p. Mtr.
ganz. Stücke 5 M. p. Mtr.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oraniensstr. 158.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Das erste Wort ist gratis. Die übrigen Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Wardinehand Große Frankfurter-Str. 9, parterre. 17
Grammophonplatten und Reparaturen. Köthenburg, Brenzlauerstr. 42, 2. Hof. 11718
Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Gadebier Markt 4, Bahnhofstraße. 254/12*

Vertebraltotal der Gewerkschaften, Vereinszimmer, 20 bis 130 Personen, noch frei. 1/2 10 St. Sendebrücke 30.

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Wohnungen. Kleinstwohnungen, Zimmer 9, Zimmer, Küche 16, Zweizimmer, Küche 20, Kuchentisch, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, 200/12

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Differenzen in Bezug fernzuhalten

von Silbermannmachern, Kreis-Verbandsmitgliedern und Tischlern von der Firma Beck u. Co., Rander-Str. 4, und Schleifstr. 42; von Treppengeländer-Arbeitern (Treppler, Tischler, Stellmacher, Polierer, Maschinenarbeiter und Bildhauer) von der Treppengeländerfabrik Joseph Drechsler, Sudener-Str. 33;

von Drechslern von Panitzsch, Dammstr. 70; von Korbmachern von Anorr, Friedrichsberg, Franz-Chaussee 127; von Verputzarbeitern u. Knopfmachern von der Firma Wilmanns u. Steiner, Köpenickerstr. 33;

von Einrichtern von Van Gerhardt in Potsdam, Schwedenerstr. 6 und 7, und Tischlern von Ebers Möbel-Fabrik, Rantaustr. 22, und W. Pechow, Hildebrandstr. 150.

Die Ortsverwaltung.

Spandau.

Achtung! Holzarbeiter!

In der Banischlerei von Gebr. F. u. O. Reinicke

Spandau, Pichelsdorferstr. 12, befinden sich die Tischler-Maschinenarbeiter und Einrichter im Streik. Bau-Zimmerleute, Spandau, Reinicke, Bau Nonnenstr. 12, Siemens & Halske, Bau Siemens-Schuckert in Fürstentum.

Zuzug fernzuhalten! 79/1 Die Ortsverwaltung. J. H. Georg Dingz, Bevollmächtigter.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten: Wengels, Frankfurter Allee 79. Gustav Vogel, Köpenickerstr. 83.

Nordosten: E. Jucht, Reibstr. 42. J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden: G. Rasche, Uferstr. 36. F. Trapp, Köpenickerstr. 24. Karl Marx, Uferstr. 123. Karl Weike, Reibstr. 41/42. G. Vogel, Demminstr. 32. H. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten: Karl Anders, Salzweberstr. 8.

Südwesten: G. Werner, Rittenmaderstr. 30. G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden: St. Fris, Pringelstr. 31. F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.

Südosten: Paul Böhm, Lauffer Weg 14/15. W. Gorch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg: G. Schornberg, Schönebergstr. 1. Friedrichsberg: C. Seifert, Kronprinzenstr. 50. Rixdorf: M. Steinrich, Prinz Handjerystr. 7. Conrad, Hermannstr. 50. Schöneberg: Wilh. Bäumer, Martin Lutherstr. 51. Weißensee: W. Redde, Sedanstr. 105. Jul. Schiller, König-Chaussee 99a. Reinickendorf: P. Gorch, Brodingstr. 105.

Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul

Preussischer Bergarbeiter-Delegiertentag.

Essen, den 12. Februar 1906.

2. Verhandlungstag.

Vorsitzender Köster eröffnet kurz nach 9 Uhr die Verhandlung. Die Regierungen in Brnsberg, Münster und Düsseldorf sind durch Bezirkskommissare vertreten. Auf der Tagesordnung steht heute zunächst die Frage des Reichsberggesetzes.

Referent Reichstagsabgeordneter Sachs begründet folgende Resolution: Die am 12. Februar in Essen tagende, von allen wichtigen Bergarbeitern beauftragte Konferenz der organisierten Bergarbeiter aller Richtungen, hält nach wie vor daran fest, daß ein Berggesetz fürs ganze Reich geschaffen wird, damit neben der Regelung bergrechtlicher Fragen auch für die Arbeiter im ganzen Reich genügender Schutz geschaffen und auch das leidige Knappschaftswesen in dem Sinne reformiert und einheitlich geregelt wird, wie es im März 1905 der preussische Bergarbeitertag beschloß.

Sollte jedoch die hohe Reichsregierung noch abgeneigt sein, zurzeit ein einheitliches Reichsberggesetz zu schaffen, so eruchen wir dieselbe und den hohen Reichstag dringend, die Gewerbeordnung noch in dieser Session zu ändern, daß zum Schutze der Bergarbeiter folgende Vorschriften eingefügt werden:

- 1. a) Die Schichtzeit darf in Bergwerken, Salinen und Erüden 8 Stunden nicht übersteigen. Die Ein- und Ausfahrt einschließlich der Seilfahrt, ist in die Schichtzeit mit einzurechnen.
b) Vor Betriebspunkten, welche über 22 Grad Celsius Wärme aufweisen, darf die Schichtzeit nicht über 7 Stunden und
c) vor solchen Betriebspunkten von über 28 Grad Wärme oder wo zu große Risse sich vorfinden, 6 Stunden nicht übersteigen.
2. Das Verfahren von Ueber- und Nebenschichten, soweit solche nicht zur Rettung von Menschenleben und bei außerordentlichen Betriebsstörungen erforderlich sind, ist bei Strafe verboten.
3. Das Kullen der Förderwagen ist verboten. Der Lohn für die geförderten Mineralien ist in Zeitlohn oder nach Gewicht zu berechnen. Die Fördergefäße müssen aber in bezug auf ihren Rauminhalt, als auch ihr Vergewicht amtlich geeicht sein. Der Rauminhalt und Vergewicht müssen stets deutlich sichtbar an jedem Fördergefäß angebracht sein. Den Arbeitern ist es gestattet, zum Zwecke der Wagenkontrolle, mittelst geheimer Wahl, jede Schicht für sich, einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte zu wählen. Den Lohn hat der Arbeitgeber vorzuschüsseln zu zahlen, er hat ihn am Lohnstage vom Lohne der beteiligten Arbeitern wieder in Abzug zu bringen.
4. Die Gesamtstrafen in einem Monat dürfen für den einzelnen Arbeiter einen einfachen Tagesdurchschnittslohn nicht übersteigen. Strafen, welche höher als eine Mark für den einzelnen Arbeiter im Einzelfalle sind, können nur nach Anhörung und Zustimmung des Arbeiterausschusses festgesetzt werden.
5. Wird in Betrieben von Bergwerken der Lohn nach Gebirge (Afford, Stüdlöhne) berechnet, so hat der Arbeiter, falls keine Vereinbarung über die Höhe des Lohnes vor Beginn der Arbeit zustande kommt, unbeschadet der Anwendung des § 316 des Bürgerlichen Gesetzbuches einen Mindestanspruch auf den durchschnittlichen Tagesarbeitslohn, der für gleichartige Arbeit gezahlt wird.
6. Sofern in Bergwerken Einrichtungen bestehen, zu denen die Arbeiter Beiträge leisten, sind von den beteiligten großjährigen Arbeitern in geheimer Wahl gewählte Vertreter oder der ständige Arbeiterausschuß entsprechend den Beiträgen, mindestens aber ebenso stark zu beteiligen als die Vergewerksbesitzer.
7. Im Falle der Auflösung des Arbeitsverhältnisses muß dem Arbeitnehmer auf sein Verlangen die ihm überlassene Wohnung bis zum Schluß des der Kündigung der Wohnung folgenden Monats, gegen Erstattung der bisherigen Miete, belassen werden. Entgegenstehende Vereinbarungen sind rechtsunmöglich.
8. Zum Zwecke der Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter wählen die in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Erüden oder Gruben beschäftigten volljährigen Arbeiter in unmittelbarer und geheimer Wahl Grubenkontrollreure als Hilfsbeamte der Vergewerksaufsichtsbeamten. Dieselben haben die Gruben- und Tagesanlagen in bezug auf die Sicherheit zu befehlen und auf Befestigung vorgefundener Mängel zu dringen, sowie sich über die daselbst vorgefundnen Unfälle zu unterrichten. Die näheren Bestimmungen über die Zahl der Grubenkontrollreure und über ihre Befugnisse trifft die höhere Verwaltungsbehörde. Die Kosten für die Grubenkontrollreure trägt das Reich.
9. Für alle Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Erüden oder Gruben, auf welchen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, muß ein Arbeiterausschuß vorhanden sein. Derselbe wird von den volljährigen Arbeitern in unmittelbarer, geheimer Wahl auf Grund der Verhältniswahl aus ihrer Mitte gewählt. Die zu Wählenden müssen ein Jahr auf der Grube beschäftigt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein.
Der Arbeiterausschuß ist vor Erlaß oder einer Aenderung der Arbeitsordnung zu hören. Er hat alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zur Kenntnis des Vergewerksbesizers zu bringen. Er kann auch selbständige Anträge zur Befestigung von Mängeln stellen. Bei Differenzen wegen ungenügender Bezahlung im Gebirge oder ungerechter oder zu hoher Bestrafung, kann der Arbeiterausschuß zur Vermittelung und Beseitigung der Differenzen angerufen werden. Er hat, falls keine besonderen Arbeitervertreter hierzu gewählt sind, die Unterstufungsklassen, in welche alle Strafgebelde fließen müssen, zu verwahren.
Die Grundsätze über Verwendung und Verwaltung der Strafgebelde, ebenso an sich zulässige, aber von den gesetzlichen Vorschriften abweichende oder diese ergänzende Bestimmungen der Arbeitsordnung bedürfen seiner Zustimmung.
Er hat das Recht, die Gruben zu kontrollieren und auf Befestigung vorgefundener Mängel zu dringen, falls von Arbeitern aus ihrer Mitte gewählte Grubenkontrollreure nicht vorhanden sind.
10. Dem Vergewerksbesitzer und seinen Angestellten ist untersagt, die Arbeiter in der Uebernahme oder Ausübung eines in Gemäßheit obiger Vorschriften ihnen übertragenen Amtes zu beschränken. Vertragsbestimmungen, welche diesem Verbot zuwiderlaufen, haben keine rechtliche Wirkung.
11. Mitglieder der Arbeiterausschüsse, Gruben- und Wagenkontrollreure dürfen während ihrer Amtszeit nur dann gekündigt und entlassen werden, wenn sie sich Befehlen zuwiderkommen lassen, die zu ihrer sofortigen Entlassung nach § 123 oder 124a der Gewerbeordnung berechtigen.
Des weiteren bitten wir die Reichsregierung und den Reichstag, auch recht bald einheitliche Bestimmungen und Reformen für das Knappschaftswesen herbeiführen zu wollen, wodurch die sogenannte Unständigkeits befristung und den Kassenausgliedern ihre erworbenen Ansprüche in allen Fällen gesichert, beziehungsweise die Minderleistung der Beiträge garantiert wird, damit sie die volle Freizügigkeit genießen, von der sie heute meist nur bei Verlust ihrer Pensionrechte Gebrauch machen können. Für Beamte mit über 2000 Mark Gehalt sind besondere Pensionstafeln zu schaffen.
Desgleichen ist die Vertretewahl der Arbeiter auf Grund direkter, geheimer Wahl gesetzlich vorzuschreiben und allen groß-

jährigen, aktiven, invaliden und freiwilligen Knappschaftsmitgliedern das passive und aktive Wahlrecht zu garantieren.
Schließlich muß auch die gleiche Beitragshöhe für Arbeitgeber und Arbeiter, ebenso das gleiche Verwaltungsrecht gesetzlich vorgeschrieben und ein besonderes Schiedsgericht für Streitigkeiten eingeführt werden, welches in jeder Sitzung mit je zwei Beisitzern aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt sein muß. Die Beisitzer müssen ebenfalls aus direkten, geheimen Wahlen hervorgehen. Desgleichen bitten wir auch eine Berufsinsanz mit vorzusehen.
Schließlich bitten wir noch, gesetzliche Vorschriften zu schaffen, daß alle Vergewerke, Salinen, Erüden, Brüche und Hüften genügende Brausebäder für ihre Arbeiter zu beschaffen haben.
In der Diskussion werden lange Reihen von Klagen über die Zersplitterung des Knappschaftswesens, die hohen Geldstrafen, den Zwang zum Verfahren von Ueberschichten usw. vorgebracht. So sollen auf den Fördern „Großer Freig“ und „Bismarck“ die Arbeiter eine ganze Woche lang genötigt worden sein, täglich 1 1/2 Schichten zu verfahren. Auch über das willkürliche Einschmuggeln größerer Förderwagen, „Gardewagen“ genannt, durch die Verwaltung wird heftig Beschwerde geführt. Vöfler, Gelsenkirchen (A. S.) zitiert als vollständige Vergewerksbesitzer:
„Größere Wagen, kleinre Löhne.
Ach! für uns arme Bergmannsöhne
Wird doch immer schlimmer die Not.“
Lebhaften Widerspruch beim christlichen Gewerksverein rufte Auf der Straß e - Essen (A. S.) durch die Wendung hervor, daß die Arbeiterausschüsse, von einer lächerlich kleinen Minderheit gewählt, die Rechte der Mehrheit der Bergarbeiter nicht vertreten, sondern vertrappeleten. Die Erregung hält lange an, obwohl der Redner sofort erklärt, daß er nicht die gewählten Gewerksvereiner, sondern die in den Ausschüssen sitzenden Streikbrecher gemeint habe. — Zur Sache erklärte Dimerit - Gärten und Gölke - Osterfeld vom christlichen Gewerksverein, daß die Arbeiterausschüsse zwar noch lange nicht genug Sicherheit und Rechte hätten, aber doch so viel, daß sie in der Unterstufungsklasse wie bei der Aufsicht über die Innehaltung des neuen Berggesetzes einiges Gute für die Arbeiter leisten könnten. Auch wollen sie im Strafwesen einen wenn auch sehr geringen Fortschritt darin sehen, daß wenigstens die früher übliche Doppelbestrafung durch Kullen und Geldstrafe weggefallen ist. — Einen neuen Zusammenstoß zwischen dem A. S. und den Christlichen ruft die Behauptung von Verg (A. S.) hervor, daß für die Verlängerung der Arbeitszeit auf 11 Stunden in den lothringischen Binettegruben auch die vom christl. Gewerksverein aufgestellten Arbeiterausschüßmitglieder gestimmt hätten. Gölke, der dortige Gauleiter des christlichen Verbandes bezeichnet die Mitteilung als grobe Unwahrheit und verbittet sich für den Fall, daß der A. S. weiter mit ihnen zusammentreten wollte, solche Anrempelnde und Flegelien. (Große Unruhe beim Alten Verband. Stürmische Aufe: Zur Ordnung!)
Verg hält seine Mitteilungen voll aufrecht und Vors. Sachs erklärt, daß auch auf die Bemerkung eines Redners von den Christlichen, manche Verhandler drängten sich zur Ueberschicht- und Sonntagsarbeit, der A. S. nicht mit „Flegel“ geantwortet habe. (Stürmischer Beifall beim A. S.) Kein Verband könne eben für jedes einzelne Mitglied aufkommen.
Gölke - Saarbrücken bleibt dabei, daß der ganze christliche Verband als solcher angemempelt worden sei.
Vors. Köster bittet sich doch nicht untereinander mit persönlichen Bemerkungen die Köpfe einzurempeln. (Heiterkeit.)
Bei der Abstimmung bleibt die Entscheidung über einen Antrag Auf der Straß e, für die Wählbarkeit zum Arbeiterausschuß das Erfordernis einjähriger Arbeitsdauer auf der Grube fallen zu lassen, zuerst zweifelhaft. Vors. Köster bittet den Antrag zurückzugeben. Es sei doch läudlich, auf Anträgen zu bestehen, die die Vergewerksarbeiter gesplitteln müßten. Auf der Straß e widerspricht. Bei Reuanlegung eines Schachtes würde eine derartige Bestimmung, die auch Bahnen nicht habe, sinnlos sein.
Der Antrag wird gegen die Stimmen des Christl. Verbandes angenommen und darauf einstimmig die gesamte Resolution.
Nach der Mittagspause wird in die

Beratung der Lohnfrage

Referent Effert, der Vorsitzende der Siebenerkommission, schlägt folgende Resolution vor:
Die aus Vertretern der Vergewerksorganisations Deutschlands bestehende Vergewerkskonferenz fordert für die sämtlichen Vergewerksarbeiter im Steinkohlen- und Erzbergbau eine sofortige, den günstigen Verhältnissen im Bergbau entsprechende Lohnserhöhung.
Diese Forderung ist um so gerechtfertigter, als auf der einen Seite die bisher gezahlten Löhne zum Lebensunterhalt der Vergewerksarbeiter mit ihren Familien nicht ausreichen, dagegen auf der anderen Seite die Werke zum Teil sogar ungeheure Ueberschüsse abwerfen, welche sich in Zukunft infolge der Preissteigerung auf dem Kohlen- und Metallmarkt noch erhöhen werden, während die Ernährung eines großen Teiles der Bevölkerung zurückgeht.
Die Konferenz appelliert an die öffentliche Meinung bezw. an die anderen Gesellschaftskreise, sowie an die Staats- und Reichsregierung, mit dahin wirken zu wollen, daß diese, das allgemeine Volkswohl schädigenden Zustände beseitigt werden und den deutschen Vergewerksarbeitern ein Lohn gezahlt werde, der dem heutigen Werte der geleisteten Arbeit entspricht.“
Von Auf der Straß e - Essen und Polorny - Zwidau (A. S.) wird der Konferenz folgende Gegenresolution unterbreitet:
„Die Konferenz der organisierten Vergewerksarbeiter Deutschlands fordert für sämtliche im Bergbau betriebene beschäftigten Arbeiter eine sofortige, den günstigen Verhältnissen entsprechende Lohnserhöhung.
Die Forderung rechtfertigt sich durch die glänzende Geschäftslage der Bergbauindustrie, welche in Verbindung mit einer Preissteigerung die Vergewerksgewinne zu einer bisher ungelauteten Höhe gebracht hat, während eine bessere Entlohnung der Arbeitsleistung nicht stattfand. Die Arbeiter leiden infolge der eingetretenen und durch die demnächst in Kraft tretenden Preissteigerung noch steigende Verteuerung der Lebensmittel, an Unterernährung. Dieser gesundheitswidrige Zustand wird durch Verfahren zahlreicher Ueberschichten noch verschlimmert.
Die Konferenz appelliert an die öffentliche Meinung, Staats- und Reichsregierung und gelegenden Körperschaften, mit dahin wirken zu wollen, daß diese, das allgemeine Volkswohl schädigenden Zustände beseitigt werden.
Den Vergewerksarbeitern der einzelnen Reviere empfiehlt sie die Anstrengung eines Minimallohnes und zur Erreichung desselben als wirksamstes Mittel die Stärkung der Organisation.“
Schließlich beantragt Verg e - Steele (christl. Gewerksverein) folgenden Zusatz:
„Die Arbeiterausschüsse werden beauftragt, bei den Rechenverwaltungen vorstellig zu werden und eine allgemeine Lohnserhöhung mit dem Hinweis auf die gute Prosperität des Bergbaues und die gegenwärtige allgemeine Teuerung zu begründen.
Bei Zeichen, auf welchen Arbeiterausschüsse nicht bestehen, werden die Kameraden aufzufordern, in Gefangenschaftsverhandlungen besondere Kommissionen zu wählen und sie mit dieser Mission zu beauftragen.“
Referent Effert gibt ein reiches Zahlenmaterial: Durch das Sinken der Löhne seit 1900 habe jeder Vergewerks 249 M. verloren, die Holzwerk- und Hüftenarbeiter allein durch den Lohnrückgang 1903/04 jeder 122 M. Das besagten demgegenüber die 18 Millionen Arbeitslohnansatz durch den großen Streik. (Erhe gut!) Reich und Wohnung verlangten jetzt im Vergleich zu 1900 eine Mehrausgabe von 110 M. pro Familie. (Hört! hört!) Der Fleischkonsum sei infolge dessen stark zurückgegangen, die Unterernährung allgemein

geworden. 18 Rechen des Ruhrbezirks, von ihm wohllos herausgegriffen, hätten 1904 3 Millionen mehr Ueberfluß gehabt als 1903. Deshalb sei es jetzt an der Zeit, daß überall die Arbeiterdelegierten vorstellig würden. (Lebhafter Beifall.)
In der Diskussion werden fast durchgehends nur die Beschwerden der einzelnen Reviere vorgebracht. Sonst schiebt noch Polorny - Zwidau in der Begründung seiner Resolution die Hauptschuld an der gegenwärtigen Teuerung der Zoll- und Grenzverrepolitiz zu, und macht auf die Wichtigkeit der Minimallohnforderung aufmerksam. Bartels - Dortmund fordert die Vergewerksarbeiter auf, auch in den Reichstag keine Lebensmittelvertreter mehr zu schicken. (Unruhe b. d. Christl.) Vesilen - Bottrop (christl. Gew.): Auch die Bodenrente verteuert den Lebensunterhalt, ebenso wie die Rölle. (Hört! hört! b. A. S.) — Eifriger wird über die Zweckmäßigkeit der Anrufung der Arbeiterausschüsse gestritten. Für sie wird ihre gesetzliche Haltung, die guten Erfahrungen in Sachsen und die praktische Zweckmäßigkeit, gegen sie der geringe ihnen gesetzlich zuzubehende Kompetenzkreis und vor allem die Gefahr der Nachregelung ihrer Mitglieder sowie ihre vielfache Bewegung mit Unorganisierten und Arbeitswilligen angeführt.

Schließlich wird der Antrag Berger gegen die Stimmen der Christlichen, der meisten Kirch-Dunderschen und des ober-schlesischen Polen abgelehnt. Doch behalten die einzelnen Verbände Freiheit des Handelns. — Inzwischen ist von einer einstimmig gewählten Kommission, der Sue (A. S.), Behrend (Christl.), Schmidt (Kirch-Dunder) und zwei Polen angehören, die Resolution Effert durch den Satz ergänzt worden: „Dagegen geht die Ernährung eines großen Teils der Bevölkerung durch die infolge Ursachen verschiedener Natur eingetretene außerordentliche Teuerung zurück.“ Im Schlußsatz wird dann noch die Bedeutung des Minimallohnes und der Organisationen betont. In dieser Form wird die Resolution Effert einstimmig angenommen.
Eine Resolution zum Brand auf „Vorussia“ fordert volle Aufklärung der Schuldfrage. Die Siebenerkommission wird erneut von der Konferenz als Vertretung der preussischen und deutschen Vergewerksleute anerkannt. Ein Antrag der Zahlstelle Herne des Verbandes, die bestehenden Verbände zu verschmelzen, wird den Organisationen zur Eröwung überwiesen.

Im Schlußwort feiert Vorsitzender Sachs die trotz keiner tatsächlicher Differenzen stets hochgehaltene Einigkeit in den für die Vergewerkschaft prinzipiellen Fragen. Mit dreimaligem Glück auf! schließt die Konferenz.

Verfammlungen.

Die Kohrleger und Heiser hielten am Donnerstag bei Kellert in der Koppensstraße eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Sie begann mit einem Vortrage des Schriftstellers Adolf Stern über den Austritt aus der Landesstraße. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Hierauf folgte der Bericht der Schlichtungskommission, aus dem besonders die Differenzen bei der Firma Raffelt erwähnenswert sind. Dieser Unternehmer war der Meinung, er brauche Arbeiter, die noch nicht als Heiser gearbeitet haben, nicht den Tariflohn zu zahlen. Durch die Schlichtungskommission wurde er scheinbar eines Besseren belehrt. Acht Tage vor Weihnachten versuchte er es dann unter dem Vorwande, es solle Inventur gemacht werden, mit einer Aussperrung. Vor der Schlichtungskommission erklärte er sich jedoch schließlich bereit, alle ausgesperrten bis auf einen wieder einzustellen, und in dieser Weise wurde die Angelegenheit geregelt. An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion. Wesentlich herabsetzte ausführlich über die Differenzen bei der Firma Gorka in Bankow, die in Ziegel eine Filiale hat und sich deswegen nicht beschränkt glauben, den Kohrlegern und Helfern an einem Bau in Ziegel Vergütung für Jahre- und Jahrgeld zu zahlen. Nachdem sich der Unternehmer mit der Entscheidung der Schlichtungskommission nicht zufrieden gab, hat die Sache das Gewerbegericht in Bankow beschäftigt. Hier wurden der Klage der Arbeitnehmer außerordentliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Das Bankower Gewerbegericht verlangte schriftlichen Bericht der Schlichtungskommission, sandte diesen aber nach Verlauf von 4 Wochen zurück, weil die Unterchriften erhellend polizeilich beglaubigt werden sollten. Als dann endlich nach weiteren Schereereien der Termin stattfand, erklärte der Ingenieur Prinz als Vertreter der angeklagten Firma, daß er, da es sich um eine prinzipielle Frage handle, die Sache hinziehen wolle, bis der Tarifvertrag abgelaufen sei. Das Resultat der Verhandlung war, daß Prinz aufgefordert wurde, die Einwendung der Firma gegen die Klage schriftlich niederzulegen. — Im Anschluß an seinen Bericht forderte der Redner die Anwesenden auf, in allen Fällen von den Unternehmern das zu verlangen, was sie auf Grund des Tarifs zu fordern haben.
Sodann wurde über die Entscheidung des Schiedsgerichts berichtet, das zur Schlichtung der Differenzen zwischen der Verwaltung und der Kohlegekommission eingesetzt wurde. Beide Parteien, die dem Schiedsgericht vorlagen, wurden zugunsten der Kommission entschieden. Die erste Frage: ob die Verwaltung berechtigt ist, im „Vorwärts“ eine offene Rüge zu erteilen, ohne die Beteiligten gehört zu haben, wurde mit „nein“ beantwortet, die zweite: ob die Kohrleger das Recht haben, in Mitgliederversammlungen ihre Angelegenheiten zu vertreten, mit ja. — Im Laufe der Debatte, die sich an diesen Bericht anschloß, bemächtigte sich der Versammlung eine solche Erregung, daß der überwachende Beamte sie auflöste.

Wasserstand am 12. Februar. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — Meter, bei Magdeburg — Meter. — Unstrut bei Straßfurt — Meter. — Oder bei Raibitz + 0,90 Meter, bei Dueslau Oberpegel + 3,12 Meter, bei Dueslau Unterpegel — 1,42 Meter, bei Frankfurt + 1,68 Meter. — Selschel bei Grabenmünde + 3,24 Meter. — Warthe bei Polen + 1,85 Meter. — Rye bei Uß — Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Dunderstraße. Ihre Zuschrift enthält nichts Neues, was nicht auch durch die Heimarbeitsstellung weiteren Stellen zugänglich gemacht ist.

Juristischer Teil.

20jähriger Abonment. 1. Reim. 2. Ja, aber in der Regel wird vor der Entscheidung der fröhliche Gatte gefragt, ob er zustimmt. Das Dispensgesetz ist bei dem Schiedsgericht einzureichen. — P. S. Niederschlag. 2. M. 90. Ja. — G. V. In einem Jahr. — G. S. 19. Ka, das wäre aber bei dem jetzigen Stande derartiger Anstalten und wegen der Kostenhöhe unrichtig. — J. C. 100. Leider nein. — J. 100. Nur auf Verlangen. — A. 100. Trug allemal würden wir nicht zur Stolanzsche raten. — A. H. Rüdorf. Die Kaffe ist im Unrecht, da § 2 nur vom Beitritt und § 5 nur vom Verlust aus anderen Gründen spricht. — G. S. 39. 1. Reim. 2. Wenn die Kaffe nach Ansicht der Schuldbekunde nicht vorhanden ist. — M. 24. 1.—3 und 5. Reim. 4. Wird gekündet. — P. 32. Der betreffende hat Unterstufung zu verlangen. — G. S. 18. 1. Die Eingabe ist zulässig. 2. Wenden Sie sich an die Offenbacher Anstalt. — 1414. Unverständlich: Sie müssen den Sie betreffenden Fall darlegen und an diese Darlegung die Frage knüpfen. — Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — A. C. 66. 1. Reimsweg. 2. Das ist kein Ehehindernisgrund. 3. Reim. 4. Ja. — A. 2. 15. Das hängt von der Höhe der Rente ab. — A. B. 99. Ringierte Forderungen und Bindungen wegen derselben können sich als fixierter Bezug qualifizieren. — 38. Ausländer (Nichtdeutsche) können sich behufs Naturalisation an den Polizeipräsidenten (in der Provinz an den Regierungspräsidenten) wenden. Ein Recht auf Naturalisation steht ihnen jedoch nicht zu. Die Naturalisationsurkunde kostet 50 M. — W. 17. Anmerkung die Ausgleichungsricht, hängt davon ab, ob und inwieweit die Wünsche zur Verwirklichung der Vermögensschuldfülle überließe. Die schriftliche Anweisung (Unterstützung) ist aber bindend. — W. D. 25. 1. und 2. Reim. 3. Deutscher Sozialdemokratischer Klub, Paris, Rue Namard 87.

Wenn Sie uns fragen würden, warum wir selbst am liebsten Josetti-Cigaretten rauchen, würden wir kurz antworten: „Wegen des würzigen Aromas und des milden, feinen Geschmacks, die ihnen eigen sind“. Diese Qualitäts-Eigentümlichkeiten werden selten vereinigt in türkischen Cigaretten gefunden und in keiner Sorte so vollkommen als in

JOSETTI CIGARETTEN

Wir haben viele türkische Cigaretten mit ausgesprochenem würzigen Aroma geraucht, aber die Stärke derselben war für dauerndes Rauchen unerwünscht. Es sind die bei der Herstellung von Josetti-Cigaretten verwendeten geschickten Mischungen, die das bouquetreiche Aroma der reifsten besten türkischen Tabake vereinigt mit mildem, lieblichem und doch vollsaftigen Geschmack bewahren. Dies kann nur mit absolut harmonisch zusammengestellten Mischungen erreicht werden. Dieses Ziel zu erlangen, ist uns stets als wichtigste Aufgabe in unserer langjährigen Praxis erschienen, und nur durch unermüdliche Bestrebungen ist es uns gelungen, Josetti-Cigaretten zu ihrer jetzigen Vervollkommnung zu bringen und uns den hervorragenden Platz, den wir in unserer Branche einnehmen, zu gewinnen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Zusammenstellung der Tabakblätter für Josetti-Cigaretten zum Verpacken in Ballen.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

Wir gestatten uns, den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Berlins hierdurch ergebenst mitzuteilen, daß wir unter dem Namen:

„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft, G. b. m. H.

ein Schneidergeschäft — für Roharbeit und fertige Konfektion — eröffnet haben. Unsere Geschäftsräume befinden sich:

Brunnenstraße 185 parterre
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße.

Verkauf nur gegen bar! Streng feste Preise!

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten Lohnbedingungen

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet

Hochachtungsvoll

„Hoffnung“
Berliner Schneider-Genossenschaft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Friedrich Schnitzer

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

112/12 Die Ortsverwaltung.

Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik

72. Wallstr. 72.

mo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmundel, Berlin Ka. Muster-Katalog gratis.

Zum unverzagten Rehberger

Johannes Fricke, Ragsir. 135

leben Mittwoch:

Frische Blut- u. Lebertourist

in bekannter tadelloser Güte.

3 Vereinszimmer, Räume für

3 x x x Festschichten. x x x

Fernsprecher Amt 2, 3157, 1502

Restauration, schönes Vereins- u.

Billards, u. and. Unternehmen (s. a. Berl. Chorinerstr. 32. 287/1

Am Montag verstarb nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Pflegemutter

Martha Freude geb. Fischer.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee aus statt.

Albert Freude, 27035

Klara Schulze, Charlotta Müller, Lichtenbergerstr. 20.

Berl. Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Frauen und Mädchen.

Am Montag, den 12. d. M. starb unser langjähriges Mitglied Frau

Martha Freude

im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

J. H.: Karl Müller, Waldemarstr. 43.

Augusta-Bad, Kassenbäder

jeder Art Köpenickerstr. 60. (17075)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Franz Jütz
am 7. Februar verstorben ist und am Sonntag, den 10. Februar, zur letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
80/5 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 11. Februar verstarb unser Kollege
Franz Grundei
im Alter von 54 Jahren an Nervenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Gartenstr. 62 aus nach dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf, Berlinerstraße, statt.
Rege Beteiligung wünscht
137/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler
Arthur Jokol
am 10. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/13 **Die Ortsverwaltung.**

Nach kurzem, doch schwerem Leiden entschlief Dienstag früh 5 1/2 Uhr mein lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Deffakateur
Wilhelm Zeige
(Schönhauser Allee 136)
im 63. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittend, gelassen
Willi Zeige und Frau.
Günther Zeige als Enkel.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Rieder-Schönhausen aus statt. 27156

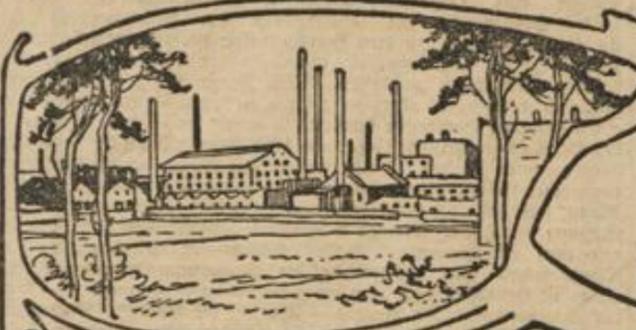
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Friedrich Haase
am 10. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags um 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Andreaskirche in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
80/6 **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonntag, den 11. Februar starb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau
Marie Schulze
geb. **Breitner**
im 37. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Mittwoch, 14. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf, statt.
Dies zeigt fleßbetäubt an
Der trauernde Gatte
Otto Schulze, Liebenwalderstr. 30.

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Jetzt:
Friedrichstr. 203 Schützenstraße.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

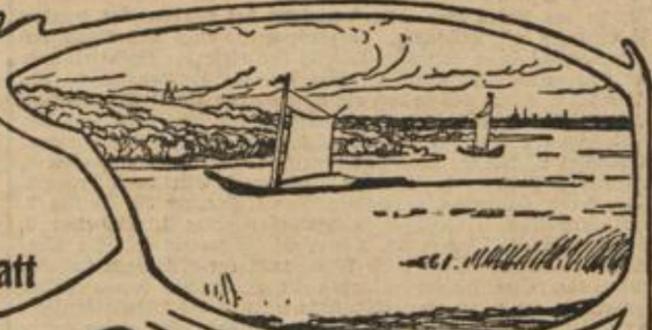
New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt
In jeder besseren Fahrradhandlung erhältlich.
Millionen im Gebrauch

Kufeke's Kinder-mehl
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.
36011/2



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 37. Mittwoch, den 14. Februar 1906.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet heute Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste! In Charlottenburg steht das Lokal der Witwe Bauer, Berlinerstr. 80a, der Arbeiterschaft zu den bekanntesten Bedingungen zur Verfügung.

In Sabotwa ist das Restaurant „Waldschänke“ gesperrt. Die Lokalkommission.

Pankow. Wir fordern alle diejenigen Genossen, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht an die Bezirksführer abgegeben haben, auf, dieselben zum heutigen Zahlabend mitzubringen. Die bereits abgegebenen Bücher werden heute wieder verausgabt.

Der Vorstand.

Tempelhof. Zu der heute abend 8 Uhr bei Noad, Berlinerstr. 10, stattfindenden Wählerversammlung erwarten wir, daß nicht nur jeder Parteigenosse erscheint, sondern daß auch alle bekannten Wähler der dritten Klasse eingeladen und mitgebracht werden. Ebenso ist es Pflicht der parteigenössigen Frauen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand.

Brick. Am Donnerstag, den 15. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weniger, Werderstr. 27, eine Vollversammlung statt. Schriftsteller Siewer spricht über: „Die Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung und der Klassenkampf“. Ferner steht auf der Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson. Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Einberufung.

Treptow-Baumhauweg. Heute abend findet in allen Bezirken in den bekannten Lokalen Zahlabend statt, zu welchem das Erscheinen der Parteigenossen unbedingt notwendig ist. Ferner dienen denjenigen Parteigenossen, welche an dem Lehrkursus des Genossen Brunwald teilnehmen, zur Nachricht, daß die Fortsetzung desselben morgen, Donnerstag abend stattfindet.

Vorort-Nachrichten.

Das Schicksal des Botanischen Gartens.

Die gemischte Deputation für die Erhaltung des Botanischen Gartens hat vorgestern seit langer Zeit wieder unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters getagt. Bekanntlich will der preussische Fiskus, nachdem der Botanische Garten seit Jahrhunderten eine Erholungsstätte für die Berliner Bürgerschaft gewesen, dieses Terrain der Wauspelulation ausliefern. Trotz des Widerspruchs der Stadtgemeinde ist die Regierung bereit, sich die Kosten der Verlegung des Botanischen Gartens und den Neubau der Charité durch die Ausschachtung des Terrains zu ersetzen.

Der preussische Finanzminister glaubt 16 Millionen Mark aus dem Verkauf zu erzielen. Aber der Fiskus fühlt doch ein menschliches Mitleid und bietet der Stadt an, gegen Zahlung von zwei Millionen Mark, Verzicht auf die Festsetzung von Fluchtlinien, Hergabe eines der Stadt gehörigen, vor dem Terrain liegenden Landstreifens und Verpflanzung, einen Teil des vom Fiskus kaufte zu lossenden Terrains als Park einzurichten und dauernd zu erhalten.

Man sieht, der Fiskus verkennt nicht die Bedeutung von Parks, er erhöht den Wert des zu verkaufenden Grund und Bodens dadurch, daß er das Innere des Baublocks — sonst bezeichnet man solches Land als „Dinterland“ — für Parkanlagen frei läßt, sich dabei aber einige Millionen dafür bezahlen lassen will.

Ueber dieses Angebot des Fiskus hat vorgestern die städtische gemischte Deputation verhandelt. In der eingehenden Erörterung fanden sich alle Redner in der Ansicht zusammen, daß die beabsichtigte Parkanlage in weit höherem Maße der Bevölkerung Schönebergs zugute kommen wird als der Berliner Bürgerschaft, weil der künftige Park, an der Grenze des Berliner Reiches gelegen, mehr Zutritt von Schöneberg als von Berlin haben wird.

Die Deputation einigte sich dahin, dem Magistrat zu empfehlen, mit der Gemeinde Schöneberg in Verbindung zu treten, um mit ihr das Projekt und ihre Beteiligung an demselben zu erörtern.

Ob die Stadt Berlin dazu berufen ist, dem Fiskus Terrainausschlachtungen dadurch zu erleichtern, daß sie Millionen für Herstellung und Erhaltung von inmitten fiskalischen Grundbesitzes liegenden Parkanlagen auswendet, wird noch weiter zu erörtern sein. Auch über den Regierungsentschluß, den bisherigen Botanischen Garten der öffentlichen Benutzung zu entziehen und nur einen Teil für diesen Zweck freizulassen, wird noch ein Wort zu reden sein. Jedenfalls beweist sich hier wieder, daß der preussische Fiskus seinem Geldhunger alle Rücksichten auf Erhaltung alter durch jahrhundertlanges Gemeinheitsrecht erworbener hygienischer Einrichtungen und Gesundheitsanlagen unterordnet.

Ob Magistrat und Stadtverordnete von Berlin sich trotz Bewahrung der größeren Hälfte des bisherigen Botanischen Gartens dazu verstehen sollen, sich mit mehreren Millionen die Erlaubnis, einen ringsum bebauten Park erwerben und erhalten zu dürfen, zu erlauben — darf ernstlich bezweifelt werden.

Will die Regierung eine othistorische Stätte der Belehrung und Erholung einer Wandel Millionen zuliebe preisgeben — so sollte ihr die Verantwortung hierfür nicht erleichtert werden.

Charlottenburg.

Um für unsere politische Organisation wirksamer und intensiver Propaganda treiben zu können, werden am hiesigen Orte bezirksweise Versammlungen abgehalten. Eine solche fand am 7. Februar im Lokale von Grafmünder, Wielandstr. 4, statt. Genosse Dr. Dorschardt referierte und richtete an die Genossen einen warmen Appell zum Anschluß an die Organisation und forderte zum Lesen der Arbeiterpresse auf. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen.

Mit Sublimat ihrem Leben ein Ende zu bereiten suchte gestern nachmittag gegen 5 Uhr die etwa 21 Jahre alte Tochter der Witwe Bräuel, Wisnarsstraße 6a. Sie war schon längere Zeit nervenleidend und hatte deshalb bereits mehrere Kuren unternommen, die indessen nicht von dem gewünschten Erfolge begleitet waren. Gestern nahm die Tochter in Abwesenheit der Mutter eine ein Gramm enthaltende Sublimatpastille. Schwerverleundet wurde sie von der Mutter aufgefunden. Mehrere sofort herbeigerufene Ärzte pumpten ihr den Magen aus. Leider besteht wenig Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens.

Schöneberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung erfolgte zunächst die Einführung des Rechtsanwalts Gottschalk. Das Kollegium ist nunmehr wieder vollzählig.

Der nächste Punkt der Tagesordnung brachte eine lebhafteste Fleischnotdebatte. Der Magistrat hatte beantragt, die Aufgabe der in Angelegenheiten der Fleischsteuerung eingesetzten gemischten Deputation infolge des Vorgehens des deutschen Städteverbandes als erledigt anzusehen. Dieser Magistratsantrag veranlaßte Genossen Frick, auf die Angelegenheit des Käfers einzugehen. Mit dem lahmten Protest des Städteverbandes könne die Sache für die gesamte Bevölkerung und speziell auch die Schönebergs keineswegs erledigt angesehen werden. Von der Regierung sei auch nicht das geringste zur Vinderung dieses Notstandes geschehen, im Gegenteil seien die Preise noch gestiegen und mit dem Inkrafttreten der Zollgesetze mühten weite Schichten der Bevölkerung die Fleischmangung noch weiter einschränken. Die hiesige Kommune könne, wenn sie wolle, auch aktiv etwas tun, sie könne die Riefelgüter selbst bewirtschaften und wenigstens auf dem Gebiete der Milchproduktion vorangehen. Sei es den bürgerlichen Vertretern Ernst mit ihrer so oft gerühmten Volkstreue, so mühten sie sich diesem Verlangen anzuschließen und den Magistrat um eine diesbezügliche Vorlage erziehen. Der Stadtverordnete v. Frankenberg glaubte etwas Besonderes tun zu müssen, indem er unter Berufung auf seine landwirtschaftlichen Kenntnisse — der Herr ist Landmesser — den Versuch machte, die Unrentabilität einer eigenen Bewirtschaftung der Riefelgüter nachzuweisen, mußte sich aber von seinen Befürwortern auf die Unrichtigkeit seiner Behauptungen aufmerksam machen lassen. Nach seiner Meinung bringt die Zollserhöhung der Landwirtschaft keinen Vorteil! Der weiteren Besprechung machte die Mehrheit durch einen Schlußantrag ein Ende. Gegen die neun sozialdemokratischen Stimmen gelangte der Magistratsantrag zur Annahme und die sozialdemokratischen Vorschläge zur Ablehnung. Ein weiterer Tagesordnungspunkt bezog sich auf die Errichtung einer Freidank. Obwohl die Polizei auf die Errichtung drängt, wurde die Vorlage einem Ausschuss überwiesen, der sich mit der Kostenfrage näher beschäftigen soll. — Der Gesellschaft „Verolona“ sollen Plätze vermietet werden zur Aufstellung von Trümpfen. Für eine Halle soll 800 Mark erhoben werden; der Vertrag wird auf fünf Jahre abgeschlossen.

Die Errichtung eines Kuratoriums für die Fortbildungsschule wird mit 22 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Die nächste Versammlung wird sich mit einer Petition der Schulärzte um Erhöhung ihres Gehaltes von 1000 auf 1200 R. zu beschäftigen haben.

Rixdorf.

In Rixdorf sind in letzter Zeit wiederholt Beschädigungen der am Rixdorfer Schiffahrtskanal angebrachten Rettungsgegenstände vorgekommen. Der dortige Magistrat hat sich deshalb veranlaßt gesehen, dagegen einzuschreiten. Er erläßt eine Bekanntmachung, in der er für die Ermittlung der Unzufügter eine Belohnung von 15 R. aussetzt.

Sichtenberg.

Das hiesige bedruckte Papier ist indigniert, weil wir es Käseblatt nennen. Wir fühlen und bekennen uns schuldig. Der Wahrheit die Ehre gebend sei konstatiert, daß die „Volls-Zeitung“ doch so etwas wie ein modernes, großstädtisches — Weltblatt ist. Wie für viele hundert andere Weltblätter desselben Kalibers, wird auch für die „Volls-Zeitung“ die „innere“ Weisheit und — Meinung, die dem Leser auf der zweiten und dritten Seite der respektiven Blätter verzapft wird, in einer Berliner Zentrale hergestellt. Der „Volls-Zeitungs“-Redaktion bleibt dann noch die schwere Aufgabe, die vierte Seite des Blattes mit Füllmaterial zu schmücken. Da hierbei der vorhandene Geist verpörrigt wird, kann davon ganz selbstverständlich für die erste Seite, welche weltblattnäßig den Dorfereignissen referiert bleibt, nichts mehr verlangt werden. Höchstens langst noch für ein — Wursblatt. Wohl in Erwartung unserer lokalen Anerkennung der „Volls-Zeitung“, Fähigkeiten stellt das Blatt an uns die Anfrage, ob es — zu unserer Erweiterung — nochmals die Wirtschaft in der hiesigen Ortskrankenkasse beleuchten solle? Obwohl wir nicht verstehen, an die Geisteskraft der Redaktion haltende Ansprüche zu stellen, können wir es uns doch nicht verlagern, das freundliche Angebot zu akzeptieren. Es fällt uns zu schwer, auf den Genuß zu verzichten, den uns der Wiederabdruck der geistreichen Elaborate bereiten wird. Als Entgelt wünschen wir der Redaktion, daß sie trotz der Riesensleistung das für die nächste Zusammenstellung der Füllmaterialien erforderliche Dinstmalz noch zur Verfügung hat. Jedenfalls erwarten wir bald nochmals die Artikel „Unser Odevald“ und „Affäre Weisflud“ im modernen — Wursblattchen zu lesen.

Steglitz.

Die beschädliche Beschäftigung erhalten hat nunmehr der im November von unserer Gemeindevertretung gefasste Beschluß, den Gemeindevorstand um ein Mitglied zu verstärken und dementsprechend die Zahl der Gemeindevorordneten zu erhöhen. Vom 1. April d. J. ab besteht also die Gemeindevertretung aus dem Gemeindevorsteher, 8 Schöffen und 24 Gemeindevorordneten. Bisher verwalteten die Schöffen ihr Amt ehrenamtlich, auch hier tritt eine Veränderung ein, als nach dem neuen Ortsstatut zwei Schöffen besetzt sein können. Vorläufig wird zum 1. April ein besoldeter Schöffe angestellt. Einige der zur engeren Wahl gestellten Bewerber um diese Stelle haben sich der Gemeindevertretung bereits vorgestellt; die Wahl dürfte in nächster Zeit erfolgen. — Von der Vergrößerung der Zahl der Gemeindevorleiter haben lediglich die Grundbesitzer den Vorteil. Nach der Landgemeindeordnung muß bekanntlich die Gemeindevertretung (inkl. Gemeindevorsteher) zu zwei Dritteln aus „Angesehnen“ bestehen, während ein Drittel die „Nichtangesehnen“ (Mieter) stellen können. Der neuen Gemeindevertretung können also zehn Mieter angehören. Nun zählt aber der Gemeindevorstand in seinen Reihen bereits drei Mieter, wozu noch der neu zu wählende besoldete Schöffe hinzukommt. Diese vier Personen verringern also die Zahl zehn auf sechs, so daß auf jede der drei Wählerabteilungen nur noch zwei Nichtangesehene entfallen

— ebensoviele wie bisher. In der dritten Abteilung wird von den beiden Mietermandaten nur eines frei, die große Zahl der Mieter kam also bei der bevorstehenden Wahl nur ein einziges Mandat mit einem Manne aus den eigenen Reihen besetzen, während drei weitere Mandate Grundbesitzern übertragen werden müssen. Wenn nun auch für die Sozialdemokratie der Unterschied zwischen Mieter und Hausbesitzer insofern nicht ins Gewicht fällt, weil unsere Gemeindevorleiter keine speziellen Mieterinteressen, sondern die Forderungen unseres Kommunalprogramms überhaupt zu vertreten haben, so wiegt andererseits der Mangel an geeigneten Kandidaten um so schwerer für uns. Wir werden jedoch hoffentlich in der Lage sein, auch diese Klippe zu umschiffen. An unseren Parteigenossen wird es dann liegen, mit reger persönlicher Agitation den Wahlausschuss zu unterstützen, dann, aber auch nur dann, wird es uns möglich sein, eine Niederlage wie vor zwei Jahren zu vermeiden. Also frisch ans Werk, tue jeder seine Pflicht!

Groß-Lichterfelde.

Marokkanische Weltpolitik. Ueber dieses Thema sprach am Mittwoch in Groß-Lichterfelde vor einer äußerst stark besuchten Versammlung Genosse Kurt Eisner. In dieser Versammlung waren eingeladen der Plattenverein, der konservative Verein und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Ortsgruppe Lichterfelde. Abgesagt hatten der konservative Verein und der Reichsverband, letzterer mit der Motivierung, daß ein angeblich unobjektiver Bericht im „Vorwärts“ über die frühere Paviillon-Versammlung ihn dazu veranlasse. Der Vorsitzende Genosse Benzler rügte diesen Entschuldigungssettel in humorvoller Beleuchtung, indem er erklärte, daß die Herren vom Reichsverband in jener Versammlung eine böse Schlappe erlitten, sich noch im Genesungsstadium befänden und durch einen Rückfall ihren Zustand nicht verschlimmern wollten. Der angeblich unobjektive Bericht im „Vorwärts“ sei nur das Mittel, sich den Rückgang zu decken.

Sodann nahm Genosse Eisner das Wort zu seinem Vortrage und führte etwa folgendes aus:

Während in Deutschland im Sommer vorigen Jahres dynastische Freudenfeste gefeiert wurden, sei ganz Frankreich in äußerst erregter Stimmung gewesen und habe die Kaiserreise nach Marokko in schärfster Weise verurteilt. Nach den vertraulichen Mitteilungen französischer Parteigenossen, die wohl informiert gewesen, stand Europa tatsächlich vor einem Abgrund, Deutschland und Frankreich vorn Arge. Man müsse sich unwillkürlich fragen: Wie sei es möglich, daß solche kriegerische Aktionen vorbereitet und zum Abschluß gebracht werden konnten, ohne daß ein Volk von Bildung und Kultur wie das deutsche davon unterrichtet sei, ja nicht einmal eine Ahnung davon habe? Diese politische Indifferenz hänge mit der ganzen politischen Entwicklung Preußen-Deutschlands und seinen vormaligen Zuständen zusammen. Wohl habe in inneren Fragen das deutsche Volk durch seine parlamentarische Vertretung einigen Einfluß — die auswärtige Politik jedoch sei die persönliche Angelegenheit herrschender Familien und die diplomatische Note entscheide den Krieg. Während in Deutschland die nationale Phrase vorherrsche und das Volk von der auswärtigen Politik so gut wie gar nichts wisse, sei in Frankreich die Bourgeoisie durch die große Revolution zu einer politischen Stellung gelangt, die es ihr ermögliche, sich über alles zu unterrichten. Wenn dieser unheilvolle Krieg damals verhindert worden, so sei dies ein Verdienst unserer französischen Genossen, speziell des Genossen Jaurès. Die politische Verlotterung Deutschlands sei zum großen Teil der Korruption der bürgerlichen Presse zuzuschreiben, die ihre Informationen aus dem auswärtigen Amt bezieht und natürlich dort nichts erfährt als gleichgültige Dinge und Unsinn. Das französische Weltbuch — Redner ist im Besitz desselben — sei ein Sittenbuch über die deutsche Weltpolitik, die so tief stehe, daß sie von keiner Kritik erreicht werden könne. Und nun zur Hauptfrage: Was gehe uns Marokko an?

In detailierten Ausführungen schildert Redner unter gespannter Aufmerksamkeit des Auditoriums die Geschichte, politischen und kulturellen Zustände des Landes, die Spezialitäten, die von den Herrschenden des Landes berichtet werden unter dem Regime eines unbeschränkten Absolutismus, der die Ideale unserer Junker in der denkbar vollkommensten Form noch übertreffe. Die Madrider Konvention vom Jahre 1880 bilde den Rechtsboden für die beteiligten Mächte. Die Verdienste um Marokko gehörten einzig und allein Frankreich. Die herrschende Klasse Frankreichs betreibe diese Reformen natürlich nicht aus idealen Gründen; diese dienten eben den kapitalistischen Interessen. Zudem sei Frankreich durch seinen Grenzstaat Algier besonders an dieser Frage interessiert. An der Hand des französischen Weltbuches und des deutschen Weltbuches schilderte Redner den diplomatischen Notenaustausch zwischen beiden Regierungen, die Reise des Kaisers nach Tanger, den schließlichigen Sturz des französischen Ministers Delcassé — ein Verdienst der französischen Genossen, besonders Jaurès. Natürlich habe diesen Sturz Delcassé die bürgerliche Presse als einen Sieg Willovs gefeiert. Delcassé mußte von den Sozialdemokraten bekämpft werden, aber es sei festgestellt, daß Delcassé gegenüber Deutschland sich nichts habe zuschulden kommen lassen. Begünstigt der nun einberufenen Konferenz sei — Rouvier Sieger, Frankreich bedrohetest geblieben, und die Staatskunst Willovs habe eine Niederlage erlitten. Von der ganzen Aktion sei weiter nichts als das schöne „Wort“ Konferenz geblieben. Es werde bei derselben nichts herauskommen. Doch wäre es verkehrt, wolle man glauben, daß alle Gefahren beseitigt seien. Deutschland habe bei allen Staaten das größte Mißtrauen erweckt und dieses noch durch seine fortdauernden militärischen und maritimen Rüstungen gesteigert. Deutschland feiere nun seine zehnjährige „Weltpolitik“, deren Bilanz sehr trübe sei. Die ungeheuren Kosten dieser unfruchtbareren und kostspieligen Politik würden nunmehr dem deutschen Volke in Form neuer und drückender indirekter Steuern präsentiert. Um solche gefährliche Abenteuer wie die marokkanischen zu verhindern, sei die politische Mitwirkung des ganzen Volkes nötig. Aber auch in dieser Beziehung könne man nur auf eine aufstrebende Klasse, das Proletariat und dessen politische Vertretung, die Sozialdemokratie seine ganze Hoffnung setzen.

Lebhafte Beifall lobte den Redner für seine zweieinhalbstündigen interessanten Ausführungen. Zur Diskussion meldete sich niemand. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden zum Anschluß an die Sozialdemokratie, zum Beitritt in den Wahlverein aufgefordert und auf die kommenden Gemeindevahlen hingewiesen, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Neuenhagen (Ostbahn).

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins wurden 24 Genossen als Mitglieder aufgenommen. Nach Erstattung des Jahresberichts durch Genossen Hartig berichtete der Kassierer über die finanziellen Verhältnisse. Eingenommen wurden 490,53 M., ausgegeben 292,22 M., so daß ein Bestand von 198,31 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl betrug 98 am Schluß des Vorjahres, jetzt 150. Nach Verlesen der Mitgliederliste wurde beschlossen, die Mitgliederzahl nicht über 200 zu lassen. Die Mitgliederliste wurde in der Versammlung genehmigt. Gewählt wurden als Mitglieder: 1. Arbeiter 22, Buchbinder 1, Barbier 1, Bäckermeister 1, Schreiner 1, Tischler 1, Schneider 1, Zimmerer 1, Gärtner 2, Friseur 1, Holzer 1, Kaufmann 1, Malermeister 1, Maurer 20, Sattler 3, Schleifermeister 1, Schlosser 5, Schlossermeister 1, Schneider 3, Schreiner 1, Tischler 10, Töpfer 24, Zimmerer 4. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Inhaber außer dem Schriftführer Genossen Böhm, welcher seinen Posten niederlegte, da er im Gewerkschaftskartell und als Bevollmächtigter der Poststelle der Tischler genügend zu tun hat. Für diesen wurde der Genosse Henkel einstimmig gewählt. Zu Vorposten wurden gewählt die Genossen Ranitzki und Fiedler, zu Bezirksführern Genosse Haber für Eggendorf, Genosse Fiedler für Bruchmühle, Alt-Landsberg und Adelsdorf, für Petershagen und Friedersdorf Genosse Jansen, für Vogelersdorf, Vollerdsdorf und Bahnhof Neuenhagen Genosse August Schmale und für Dorf Neuenhagen Genosse Bübcher. Die Zahl der aus der Landbestände Ausschreibenden hat sich von 21 auf 26 vermehrt. Gestützt wurde in der Versammlung, daß der Gemeindevorsteher einem Genossen verbot, beim Einsehen der Gemeindevorstände sich Notizen zu machen, während das einem bürgerlichen Herrn gestattet wurde. Zum Schluß wurde noch auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Parteipresse zu lesen. An die Genossen, die den hiesigen Ort besuchen, wird die dringende Bitte gerichtet, die Lokalliste streng zu beachten, da wir schwer mit der Lokalfrage zu kämpfen haben. Unser Verkehrslokal ist die Wünsche, Bahnhofstraße, zwei Minuten von der Bahn.

Mahlsdorf.

In der am Sonnabend, den 10. Februar, abgehaltenen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins referierten die Genossen Vertel und Weiß eingehend über sozialdemokratische Gemeindepolitik. In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Mahlsdorfer Gemeindevertretung einer scharfen Kritik unterzogen. Gemeindevorsteher Genosse Trappe führte aus, daß die Mehrheit der Gemeindevertretung alle Anträge, die von den Sozialdemokraten gestellt werden, ablehnt, dagegen aber in manchen Fällen dieselben Anträge annimmt, wenn sie von bürgerlichen Vertretern kommen. Der Antrag, den unsere Genossen schon wiederholt gestellt, die Sitzung nicht wie bisher um 4 Uhr sondern erst um 8 Uhr abends beginnen zu lassen, wird stets, ohne Angabe von Gründen, ohne weiteres gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Nachdem dann noch das Verhalten des vor einiger Zeit gegründeten liberalen Bürgervereins kritisiert und seine Politik in bezug auf die Gemeindevahlen ins rechte Licht gerückt worden war, wurde der Genosse Robert Vertel als Kandidat für die zweite Abteilung und der Genosse Hugo Weiß als Kandidat für die dritte Abteilung einstimmig gewählt.

Für Kaulsdorf wurden die Genossen Maurer Grahme und Tischler Goldig als Kandidaten für die dritte Abteilung aufgestellt. Wie wir noch erfahren, findet die Wahl zur Gemeindevertretung am Dienstag, den 18. März statt.

Ober-Schöneweide.

Großes Aufsehen verursachte in Ober-Schöneweide die Festnahme des 23-jährigen Eisendrehers H. aus der Wilhelmshofstraße. Gestern Mittag ist H. unter dem schweren Verdacht, den Mordmord in Poppitz bei Rositz im Königreich Sachsen verübt zu haben, verhaftet worden. Vor einiger Zeit wurde bei dem genannten Orte in einem stehenden Gewässer die Leiche eines jungen Mädchens, die mit Steinen beschwert war, ans Tageslicht gefördert. Die Untersuchung ergab, daß es sich hier um einen Mord handelte. Ein kleiner Verdacht, das Verbrechen begangen zu haben, lenkte sich schon frühzeitig auf den in Poppitz ansässigen Eisendreher Ernst H., er reichte jedoch nicht dazu hin, um zu einer Verhaftung zu führen. Vor etwa vier Wochen siedelte der junge Mann nach Ober-Schöneweide über. Inzwischen haben sich nun durch die Untersuchung die Verdachtsmomente gegen H. derartig verstärkt, daß zu seiner Festnahme geschritten wurde. Gestern Mittag wurde H., welcher in einem Eisenwerk in Ober-Schöneweide beschäftigt war, mitten aus der Arbeit heraus verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Das Verbrechen war frühzeitig im Walde bei Poppitz ausgeführt worden, und um die Spuren der Tat zu verwischen hatte der Mörder die Leiche seines Opfers nach einem nahen Lämpel geschleift, mit Steinen schwer belastet und in das Gewässer geworfen. Erst als das Mädchen vermählt wurde, entdeckte man bei einer genauen Durchsichtung der Umgebung von Poppitz das schauerliche Verbrechen.

Wilmersdorf.

Der Kreisaußschuß hat den Auseinandersetzungsvertrag, dessen Inhalt wir mitteilen, genehmigt.

Potsdam.

Soldaten — Arbeitswillige. Vor einiger Zeit brachten wir eine Notiz über die Beschäftigung von Reservisten als Maler beim Potsdamer Garnisonlazarett. Heute können wir einen anderen Fall mitteilen, der wieder einmal beweist, daß die militärische Dienstzeit noch viel zu lang ist. Denn sonst würde man die Soldaten doch nicht mit Arbeiten beschäftigen, die mit der militärischen Ausbildung wenig oder nichts zu tun haben. Direkt geschwiegen aber handelt die betreffenden Vorgesetzten, wenn sie Soldaten als — Arbeitswillige „beurlauben“, damit sie ihren Zivilberuf ausüben können. In den Lazaretten in den Städten fallen können. Das ist der Fall auf dem Regierungsausbau in Potsdam. Hier beschäftigen sich die Tapezierer seit kurzem im Auslande, weil ihnen die bisherigen Löhne ganz bedeutend gekürzt werden sollten. Der Unternehmer, Tapezierermeister Günther aus der Hohlstraße in Wilmersdorf, hat von der Bauleitung natürlich das wünschenswerte Entgegenkommen gefunden und vertritt nun mit einigen Streikbrechern weiter zu arbeiten. Auffallenderweise gehört nun zu den Arbeitswilligen auch der eigene Sohn des Herrn Günther, der seiner Militärdienstpflicht bei dem 35. Infanterie-Regiment genügen soll, tatsächlich aber jetzt in Potsdam als Tapezierer arbeitet. Und zwar ist dies bereits der zweite Arbeitsurlaub. Der Verband der Tapezierer hat sich bereits an das betr. Kommando gewandt. Offenbar wird dieses ohne weiteres dem Arbeitswilligen des Günther bald ein Ende bereiten. Es gibt genügend Zivil-Arbeitskräfte am Orte, die als Steuerzahler ein Recht auf Arbeit haben. Und die Bauleitung des Potsdamer Regierungsausbau sollte nicht dazu beitragen, die hiesigen Arbeiter brotlos zu machen.

Berliner Nachrichten.

Auf dem Gebiete des Luxus und des Genusses

scheint der deutsche Bourgeois den französischen Abkunft aus dem Felde schlagen zu sollen. In einer kleinen Stänkelei mit dem „Journal amusant“ wird im „Berliner Tageblatt“ unter der Überschrift: „Berlin an der Riviera“ ein Bild gezeichnet, das zur Veranschaulichung unserer gesellschaftlichen Zustände und der Wiedergabe wert erscheint. Es heißt da:

„Die Franzosen wissen recht gut, daß sich bei uns manches geändert hat, und daß der industrielle Aufschwung, in dem Deutschland sich befindet, bei uns gesellschaftliche Zustände und Wohnverhältnisse zu zeitigen beginnt, die allmählich Frankreich aus der tonangebenden Rolle auf dem Gebiete des Luxus und der genussreichen Lebensführung in den Auf des Altmodischen drängen könnten. Darum ist an die Stelle des Spottes der Berger getreten, und in den Blättern, die ständige Chroniken von der „Côte d'Azur“

bringen, wird es zur immer wiederkehrenden Klage, daß die Deutschen jetzt allwinterlich diese gesegneten Himmelstrich in solchen Rassen überschweben, daß sich ein richtiger Pariser dort gar nicht mehr zu Hause fühlen könnte. Und dabei stand es doch fest, daß die französische Mittelmeerflotte vom lieben Gott nur zu dem Zwecke in so verschwenderischer Geberlaune aufgestellt wurde, um blasierten Pariser Abwechslung und Erfrischung zu bieten.

Jeder, der auf der Promenade des Anglais in Nizza die heiße Sonne auf sich herabstrahlen ließ oder in Monaco am Trente-et-Quarante-Tische mit zweifelhaftem Glücke eine Cassinole gab, hat in der Tat mehr deutsche Leute an sein Ohr schlagen hören als andere. Und jeder hat sich plötzlich unerwarteten Bekannten gegenübergefunden, von denen er vielleicht erst vor einigen Wochen das heimliche Abschied nahm. Um diese Jahreszeit ist es nun beinahe, als hätte sich Berlin, das Berlin des Tiergartenviertels, an der Riviera Rendezvous gegeben. Sieht man die Fremdenlisten durch, so begegnet man fast auf jeder Seite wohlbelakuten Namen. Es ist Mode geworden für den, der etwas auf sich hält, wenigstens vierzehn Tage lang alljährlich im Winter Berlin gerade zur Zeit der sogenannten Saison den Rücken zu kehren, sei es auch nur, um nachher lässig im Gespräch erwähnen zu können, welche Toilette die Doro und die Juniors bei der Fête-de-Floris in Nizza trugen, und wie hoch der Großfürst Michael oder Nikolaus am Roulette pointierte. Denn dieses eigenartige Gemisch von echtem Glanze und unabweisbarem Lächeln ist es ja, was vielen die Riviera so anziehend macht. Selbst den solidesten Hausfrauen, die zu Hause in ihrem Salon nicht das leichteste zweiteilige Wort dulden würden, hängt doch die Riviera sogar schon an, als Ziel der Hochzeitsreisen des Berlin W. gewaltig in Mode zu kommen. Venedig ist trivial, spießbürgerlich geworden und erscheint, verglichen mit Monte Carlo (wer in Berlin nicht einfach „Monte“ sagt, ist ein Prolet), ungefähr wie ein Roman von Henry Gréville, den man in der Pension übersehen mußte, neben einem Bande Manassant, der einem sonifiziert wurde.

So die gute Gesellschaft ihr Banner aufspannt, da misst sich auch alsbald die Halbwelt ein. Die deutsche bereitet der Frankreich an der azurnen Küste schon eine sehr ernstliche Konkurrenz, aber man kann kaum behaupten, daß die leichte, lächelnde Grazie, die dem Leben an der Riviera eigen ist, dadurch eine sonderliche Bereinerung erfahren hätte. Im Gegenteil. Seien wir aber froh, daß Frankreich auf diesem Felde nun einmal nicht zu schlagen ist.

Schrankenloser Genuß und aufs höchste gesteigertes Vergnügen ist das Kennzeichen unserer besitzenden Klasse. Das Proletariat muß fröhnen, alle Werte schaffen, ohne an den Kulturgütern teilzunehmen. Wie lange noch?

Gewaltstörviskosen. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Aus Grund der von den Herren Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe erlassenen Bestimmungen über die Ausführung der periodisch zu wiederholenden polizeilichen Nach- und Gewichtsrevisionen bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß die unter Zuziehung eines Eisenmeisters stattfindenden technischen Revisionen am hiesigen Orte im laufenden Jahre mit dem 5. April beginnen.

Zur Vermeidung von Bestrafungen aus § 10 der Maß- und Gewichtsordnung und § 203 Nr. 2 des Strafgesetzbuches werden die Gewerbetreibenden hierdurch aufgefordert, ihre Waage usw., soweit deren fortdauernde Richtigkeit zweifelhaft erscheint, zuvor eichamtlich prüfen zu lassen.

Automobilomnidusverkehr bei der „Großen Berliner“. In der gestrigen Aufsichtsratsung der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Ausdehnung des Gesellschaftsvertrages auf den Betrieb von Kraftfahrzeugen vorzuschlagen. Der Antrag bezieht sich auf die Errichtung einiger selbstständiger Verkehrsverbindungen in einzelnen Straßenzügen die Herstellung von Ergänzungs- und Zubringerlinien für den Straßenbahnverkehr.

Man muß es der „Großen Berliner“ lassen, sie arbeitet schnell. Im Anschluß an obigen Beschluß des Aufsichtsrats wird berichtet:

Die Große Berliner Straßenbahn hat in Ausführung des gestrigen Aufsichtsratsbeschlusses bereits die polizeiliche Konzession für die Einrichtung von fünf Automobilomniduslinien nachgekauft. Es sind dies folgende Linien:

1. Potsdamerstraße (Ede Viktoriastraße) — Viktoriastraße — Mohrenstraße — Mariagenstraße — Französischestr. — Köpenicker Brücke.
2. Viktoria Straße — Wl. — Köpenickerplatz — Magdeburgerplatz — Viktoriastraße — Köpenicker — Kronenstr. — Mariagenstraße — Dönhofsplatz — Kommandantenstraße — Grünstraße — Ballstraße — Waisenbrücke — Blumenstraße — Straußbergerplatz.
3. Roabit (Zurstraße) — Eberfelderstraße — Panapl. — Großer Stern — Brandenburger Tor — Unter den Linden — Schlossfreiheit — Schlossplatz — Breitelstraße — Köpenicker — Dreßdenerstraße — Annenstraße — Michaelstraße — Mariannenplatz — Brangelstraße — Schleißisches Tor.
4. Stettiner Bahnhof — Eberfelderstraße — Oranienburger Tor — Friedländerstraße — Karlstraße — Wilhelmstraße — Anhalter Bahnhof — Königsgräberstraße — Großbeerenstraße — Kreuzberg — Viktoriapark.
5. Nitzdorf (Mathaus) — Berlinerstraße — Hermannplatz — Rottbuscher Tor — Oranienplatz — Dreßdenerstraße — Köpenicker — Breitelstraße — Schlossplatz — Berberstraße — Opernplatz — Anhalterstraße — Artilleriestr. — Oranienburgerstraße — Chausseest. — Wedding.

Die Wagen sollen in Einrichtung und Konstruktion besonders vorzüglich ausgestattet werden. Nach allem, was wir bisher von der „Großen Berliner“ wissen, ist das Verwirklichung dieses Beschlusses darin zu suchen, den geplanten südlichen Linien entgegenzuarbeiten und andererseits auch der Omnibusgesellschaft Konkurrenz zu bieten. Alle Bestrebungen laufen darauf hinaus, den gesamten öffentlichen Verkehr in ausschließliche Gewalt zu bekommen.

Opfer der Arbeit. Einen schrecklichen Tod mußte gestern nachmittag der Bauarbeiter Georg Hamann erleiden. Er war auf dem Abzug in der Hausflur 21 beschäftigt. Gestern nachmittag stürzte plötzlich ein geladeter Eisenträger aus beträchtlicher Höhe in die Tiefe hinab und traf den zu gleicher Erde stehenden H. mit solcher Gewalt, daß der Unglückliche mit zerstückelten Gliedern liegen blieb. Der Schwerverletzte wurde sofort in einem Kuppeligen Krankenwagen in die Charité gebracht, starb aber bereits auf dem Wege dorthin. Die Leiche ist polizeilich beiseite genommen worden.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern Abend in der Friedländerstraße zugetragen. An der Ecke der Mohrenstraße war der Kungelrat Otto Schön, Goharstr. 7 wohnhaft, beim Ueberqueren des Bahndamms begriffen und dabei von einer Equipage umgestoßen und überfahren worden. Bewußtlos wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Kronenstr. gebracht. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung erlitten und fand in bedenklichem Zustande Aufnahme im Krankenhaus Bethanien.

Mit Aufsehl vergisst hat sich der 54-jährige Gelegenheitsarbeiter Albert Schülle aus der Dundersstraße 73. Während sich seine Frau außerhalb der Wohnung befand, trauert der Lebensmüde eine flüchtige Lyöl. Bei der Rückkehr fand Frau Sch. ihren Mann bereits als Leiche vor. Lebensüberdruß hatten den Unglücklichen in den Tod getrieben.

Die Hennig-Jagd

geht weiter. Schon in der Provinz wird überall Hennig gefahren. So lief gestern aus W. oben a. d. E. eine Nachricht ein, daß ein Mann ergriffen worden sei, der Hennig „läusend ähnlich“ sehe. Sofort fuhren Berliner Beamte nach dort, um dann festzustellen, daß es sich um einen aus der Wanderherrschaft begriffenen Schneidergehilfen handelte, der mit Hennig nicht gemein hat. Nach anderen Nachrichten soll Hennig bereits in Frauenkleidern gefahren worden sein. Durch die vielen Meldungen scheint sich der hiesigen Polizei eine erhebliche Nervosität zu bemächtigen. Gestern sollte Hennig in der Wärmehalle am Alexanderplatz sein. Es kam ein Mann zu dem Hausinspektor der Wärmehalle mit der Frage, ob es angängig sei, innerhalb der Wärmehalle eine Verhaftung vorzunehmen zu lassen. Diese Frage mußte der Inspektor natürlich verneinen, aber — so fügte er hinzu — wenn es sich um einen schweren Verbrecher handelt, so würde er — der Inspektor — den Verdächtigen herausführen, und dort könne ja dann die Verhaftung vorgenommen werden. Gezeigt, getan. Der Mann, der die Verhaftung vornehmen lassen wollte und der meinte, er würde sofort ein „gemachter Mann“ sein, holte sich einen Säugmann und beide postierten sich vor dem Eingang der Halle. Wenige Augenblicke später kam der Inspektor mit dem „Delinquenten“. Der Säugmann in Erwartung der Dinge fragte nun, warum er die Verhaftung vornehmen solle. „Das ist Hennig“, sagte ihm der Inspektor. „Hennig?“ — fragte der Säugmann. „Ja, Hennig — hier ist die Karte“. Dabei zeigte der eifrige Wörberentdecker auf eine kleine Schramme am Gesicht des Verdächtigen. Natürlich stellte sich sofort der Irrtum heraus. Während der Mann, der schon die Belobung in der Tasche zu haben glaubte, plötzlich in wilder Flucht auslief, ging der falsche Hennig wieder in die Wärmehalle zurück und erhielt als Entschädigung für die ausgestandene Angst eine Extraluppe.

Die Hennig-Sache scheinen auch „gute Freunde“ auszubenten, um einem anderen schweren Unannehmlichkeiten zu bereiten. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn am Sonnabend ein großes Polizeiaufgebot in einer in der Gergierstr. 3a belegenen Wohnung errichtete, um eine Hausdurchsuchung nach Hennig vorzunehmen. In der Wohnung eines dort bereits 23 Jahre wohnenden Mieters erlitten ein Leutnant mit einem Kriminalwachmeister und zwei Kriminalassistenten und suchten alles gründlich durch. Alle Spindeln mußten geöffnet werden, auch der Boden wurde durchsucht. Hennig aber nicht gefunden. Da auch vor dem Hause Beamte postiert waren, enthielt ein großer Aufruhr. Die alten Leute, die von dieser Hausdurchsuchung betroffen wurden, waren ganz aufgeregt, in einen derartigen Verdacht geraten zu sein, denn sie haben noch nie etwas mit Verbrechen zu tun gehabt. Man kann nur annehmen, daß sich jemand mit den Leuten und auch der Polizei einen recht rohen Witz erlaubt hat.

Dem Vergnügen in den Tod. Bei einer Vorstellung im Zirkus vom Tode überrascht wurde die Frau des Stationsvorstehers H. aus der Leibnizstraße in Charlottenburg. Sie hatte den Zirkus Busch aufgesucht und brach zu Beginn der Vorstellung plötzlich zusammen. Kurz darauf verchied die Bedauernswerte an einem Herzschlag. Auf einem Roslenballe in einem Saale in der Kottbuscher Straße wurde eine ältere Dame vom gleichen Spital erlitten. Sie wurde nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht, ihr Leben war jedoch nicht mehr zu retten.

Eine traurige Aufführung hat das rätselhafte Verschwinden des 23-jährigen Geldhändlers Adolf Schüller aus der Pflaumenstraße 41 gefunden. Der junge Mann wurde gestern als Leiche aus dem Rigdortier Schiffabstall an der Köpenickerbrücke gelandet. In dem Kisten des Toten, der bereits sechs Wochen im Wasser gelegen hatte, fand man einen Brief, in welchem Sch. von seiner Braut herzlichen Abschied nimmt. Einem Leidens wegen war der Vermählte in den Tod gegangen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Vermißt wird seit dem 3. Juli 1905 der Handlungsgehilfe Hermann Franke, am 8. November 1879 zu Berlin geboren. Beschreibung: Gestalt: schlank, Größe: 1,88 Meter, Haare: dunkelblond, Augen: dunkelbraun, Nase: groß, Bart: feiner Schauerbart, Zähne: im Oberkiefer fehlt ein Zahn, Gesichtsbildung: länglich, Kennzeichen: auf der Nase einen kleinen roten Fleck. Bei seinem Fortgange war der Bekannte bescheid mit schwarzem steifen Hut, dunklem Jackett und Weste, Pfeffer- und salzgebeiter Dose, schwarzen Schnürstiefeln, grauen Strümpfen und Normalhemd.

Alle diejenigen, welche Angaben über den Verbleib oder zeitigen Aufenthalt des Vermißten machen können, werden gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 328 II, oder einem Polizeirevier zu den Akten 4733 IV 8 05 anzuzeigen. Photographie kann beichtigt werden.

Die Oberspree mit ihren zahlreichen Seen hat nun schon seit Monaten einen ungewöhnlich hohen Wasserstand aufzuweisen. Die Niedrungen sind meilenweit übersüdet und an vielen Stellen seit dem Herbst vorigen Jahres noch nicht wasserfrei geworden. Den Anliegern ist dadurch ein noch Millionen zahlender Schaden entstanden, da zahlreichen Besitzern im vorigen Jahre teilweise die zweite Ernte, aber fast allen Anliegern die dritte Ernte vernichtet wurde. Die Weidestellen sind verdorben und Wiesen und Felder für mehrere Jahre für die Landwirtschaft unbrauchbar.

Statt einen Rückgang hat das Hochwasser in der letzten Zeit noch eine Steigerung erfahren, während der untere Lauf der Spree, wenn er auch einen erhöhten Wasserstand aufweist, doch weniger folgenschwerere Schäden herbeiführt hat. Diese auffällige Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß der Wasserzufluß in die Oberspree bedeutend stärker ist als der Abfluß nach der Untersee. Der Abfluß wird wesentlich erschwert durch die bedeutenden Krümmungen, welche der Fluß bei Tetsch sowie zwischen Beeslow und Fühlenswalde beschreibt, ferner durch die nicht unbedeutende Verengung des Flußbettes zwischen Fühlenswalde und Eolner. Hierzu kommt, daß trotz der alljährlich stattfindenden Lagerungsarbeiten die Verengung des Flußbettes nicht verhindert wird und durch die oben erwähnten Krümmungen und Verengung der Spree eine wesentliche Begünstigung erfolgt. Uebrigens hat gegenwärtig auch die Havel Hochwasser aufzuweisen. Der Fluß ist auf bedeutenden Strecken aus den Ufern getreten und hat die Niedrungen unter Wasser gesetzt. In der Rathenower Gegend sind teilweise die Tongruben überschwemmt, so daß mehrere Biegeleien wegen Mangel an Rohmaterial die Betriebe einschränken resp. vorübergehend schließen mußten.

Strohspernung. Das Schleißiger Ufer wird vor dem Grundstück Nr. 1 behufs Umlegung des Bahndammes vom 13. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Am 13. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Warename	Einheit	Preis	Stationen	Warename	Einheit	Preis
Swinemünde	753 SD	3 bedekt	—	Dahranba	769 SD	4 bedekt	—
Quedlinburg	753 SD	1 bedekt	—	Siebersburg	769 SD	2 bedekt	—
Berlin	753 SD	wollfrei	—	Seitz	746 SD	6 begen	—
Kranz a. M.	753 SD	2 bedekt	—	Überbeem	746 SD	1 beiter	—
Randowen	753 SD	3 woffig	—	Varid	754 SD	1 woffen	—
Wien	753 SD	2 bedekt	—				

Wetterprognose für Mittwoch, den 14. Februar 1906. Teilweise heftig, sonst ziemlich heiter, nachts leichter Frost, am Mittag milde bei lebhaften südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.